

werden unsere Aufgabe nur dann erfüllen können, wenn wir sie als eine gesamtdeutsche Aufgabe und als eine für uns alle verstehen. Lassen Sie bitte unser heutiges Unternehmen dafür exemplarisch sein. Danke schön.

Archiv Bürgerbewegung e.V. Leipzig: Wir sind ein Verein. Gegründet wurde dieser gemeinnützige Verein vor 1 1/2 Jahren von jungen Leuten, die 1988/89 in Leipzig verschiedene Demonstrationen vorbereiteten und im Herbst 1989 das Kontakttelefon organisierten. Wir gehörten ganz unterschiedlichen Oppositionsgruppen an und sind auch heute unterschiedlich politisch engagiert, so daß die Arbeit im Archiv für alle nur einen Teil ihres kulturellen und politischen Engagements ausmacht. Die Arbeit unseres Vereins ist folgendermaßen strukturiert:

Einerseits recherchieren wir, um so in sinnvoller Weise unseren Dokumentenbestand zu erweitern, andererseits sind wir ein öffentliches Archiv, also in gewisser Weise ein Dienstleistungsunternehmen für Historiker. Außerdem versuchen wir, durch Öffentlichkeitsarbeit und Mitarbeit in anderen Initiativen uns an der Diskussion über die Aufarbeitung der DDR-Geschichte zu beteiligen. Damit dies plastisch wird, ein paar kurze Bemerkungen zu diesen Punkten.

Also anfangs haben wir zusammengetragen, was wir bei uns selber gefunden haben, also Flugblätter, Briefe, Sitzungsprotokolle und so etwas. Auf diesem Wege entstand schnell eine repräsentative Sammlung von Dokumenten Leipziger Basisgruppen und der politischen Vereinigungen der sogenannten Wende. Doch dabei haben wir es nicht belassen, sondern sind auf Politiker zugegangen und haben sie um die abgelegten Unterlagen z. B. der Runden Tische, Bürgerkomitees und der jeweiligen Parteien gebeten. Außerdem recherchieren wir in den verschiedenen Archiven der Stadt nach Zeugnissen des zivilen Ungehorsams. Dies ist natürlich, wie Sie wissen, nicht einfach, da die Archive zum großen Teil bis heute verschlossen sind. Durch Annoncen und Anfragen versuchten wir außerdem Zeugnisse von einzelnen über ihren Widerstand gegen die SED-Diktatur zu erhalten. Auf diesem Wege hoffen wir, wichtige Details über den Widerstand gegen die SED-Diktatur zu erschließen. Bis jetzt haben wir schon 70 Aktenordner bzw. Archivboxen mit entsprechenden Dokumenten anlegen können. Alle Dokumente wurden durch unseren Archivar, Uwe Schwabe, elektronisch gespeichert und so für eine Bearbeitung effektiv bearbeitet. Außerdem stellen wir eine Zeitungs- und Zeitschriftenschau über DDR-Vergangenheit zusammen. Alles, was wir gesammelt haben, kann bei uns eingesehen werden. Wochentags ist unser Archiv zur Allgemeinnutzung geöffnet. Da Leipzig in Westeuropa und in Amerika Symbol für das Ende der kommunistischen Diktaturen ist, haben wir besonders aus Frankreich, England und Amerika viel Besuch. Großes Interesse erweckt unsere Sammlung an politisch-kulturellen Drucken. Deutsche Wissenschaftler nutzen unseren Fundus jedoch kaum. Deshalb haben wir

begonnen, selber Studien und Dokumentationen zu erarbeiten. Nach anfänglichen Schwierigkeiten gewinnt diese Arbeit eigene Konturen und Perspektiven. So waren, wie ich schon angedeutet habe, große Anstrengungen nötig, um Einblick in die verschiedenen Archive zu erlangen, also in Stadt-, Staats- und auch Parteiarchive, kirchliche Gemeindearchive, Gauck-Behörde. Teilweise haben wir das bis heute natürlich noch nicht können. Modellhaft versuchen wir, diese verschiedenen Perspektiven, die in der DDR nie zusammenkommen konnten, in der Gesellschaft zusammenzuführen anhand der Dokumentation. Wir versuchen, die verschiedenen Perspektiven zusammenzuführen in einer Dokumentation über die Friedensgebete, die hier in Leipzig stattgefunden haben in der Zeit von 1982 bis 1990. Diese Dokumentation ist kurz vor dem Abschluß und wird 1993 erscheinen. Weitere Projekte, an denen wir uns beteiligen, sind eine Reihe von Diskussionsveranstaltungen zu verschiedenen Problemen in der Auseinandersetzung mit regionalhistorischen Ereignissen und sogenannte Täter-Opfer-Gespräche. Außerdem bereiten wir eine Geschichtswerkstatt Leipzig vor. Die nächste Veranstaltung, die wir machen, wird sein zum Thema „Das Geheimnis der Popularität von Manfred Stolpe“ aus Anlaß eines Abends, den Manfred Stolpe hier in der Nikolai-Kirche am 9. Oktober geben sollte, allerdings hat er zurückgezogen. Vielleicht können Sie sich so ein Bild über unsere Arbeit machen.

Bürgerkomitee Leipzig – Museum in der Runden Ecke –: Ich vertrete das Bürgerkomitee Leipzig. Nach mir wird noch kurz Frau Hollitzer sprechen, wir versuchen uns kurz zu halten. Wir wollen eigentlich Sie dann ja auch einladen in unsere Ausstellung, so daß ich denke, wir haben noch einmal Gelegenheit, uns darzustellen. Wir danken Ihnen ganz herzlich für diese Einladung. Wir freuen und ganz besonders, daß diese Anhörung hier in Leipzig stattfindet, eigentlich selbstverständlich, leider ungewohnt. Hier entstanden jenseits von viel Presserummel aus den Montagsgebeten in der Nikolai-Kirche die Demonstrationen, die die DDR zum Einsturz brachten. Maueröffnung und Wende sind Folgen dieser machtvollen friedlichen Demonstrationen. Das Bürgerkomitee Leipzig bildete sich nach einer solchen Montagsdemonstration am 4. Dezember 1989 anläßlich der ersten Kontrollen in den Gebäuden der Staatssicherheit. Ursprünglich sahen wir unsere Aufgabe ganz eng auf die Staatssicherheit begrenzt. Nach 4 Wochen Kontrolle und der Auflösung des MfS und der ersten DDR-weiten Bürgerkomitee-Versammlung am 4./5. Januar 1990 in Leipzig stellten wir jedoch fest, für die verfassungswidrige Tätigkeit des MfS trägt die SED die Verantwortung. Von dieser Zeit an stand die Auflösung des MfS für uns auch immer im Kontext zur Gesamtstruktur des SED-Staates. Es blieb leider nur bei sporadischen Kontrollen und, man möchte fast sagen, Ausflügen in die Organe der SED, Archive und Abteilung Inneres, weil uns die Kraft fehlte. Im nachhinein läßt sich sagen, daß das MfS auch in der Zeit der Auflösung und danach wieder Schild und Schwert der Partei

war. Während sich alle um das MfS kümmerten, konnte sich die SED in Ruhe umstrukturieren. Das Problem ist bekannt. Die konzentrierte Aufklärung über das MfS legte den Grund für die jetzige effektive Aufdeckung von Spitzeln. Als Facette der alten Konstellation sehen wir die Konzentration heute auf Staatssicherheit vor allem in der Presse, aber auch bei den Überprüfungen im öffentlichen Dienst und in den Parlamenten. Die alte Konzentration hat sich bis jetzt durchgehalten, und wir haben nach wie vor dieses falsche Gewicht. Ich hoffe, daß die Enquete-Kommission in dieser Hinsicht ein Gegengewicht zu halten hilft.

Die Staatssicherheit ist auch der Sündenbock für viele von uns ehemaligen DDR-Bürgern, die die eigene Verwicklung mit dem System nicht ernstnehmen wollen. Bürger wenden sich an uns, die höchstwahrscheinlich gar keine Stasiakte haben. Sie können schwer begreifen, daß Schule, volkseigene Betriebe, Volkspolizei und Volksarmee, in denen sie oft aktiv, manchmal auch als Handlanger mitgearbeitet haben, dazu beitrugen, mit Repressionen Widerständler gleichzuschalten. Das Bürgerkomitee Leipzig hat sich intensiv für den Erhalt der Stasiakten eingesetzt. Das ist Ihnen sicherlich bekannt. Unsere Weigerung, die Akten der Auslandsaufklärung – wie vor allen Dingen von Innenminister Diestel angewiesen – zur Vernichtung freizugeben, steht damit im Zusammenhang. Wir begrüßen daher auch Ihren Aufruf, werte Abgeordnete, Aktenvernichtung im nachhinein als Straftatbestand zu ahnden. Wir wären Ihnen, Herr Eppelmann, sehr dankbar, wenn Sie aus Ihrer heutigen Sicht sich zu den Aktenvernichtungen äußern würden, die bei der Nationalen Volksarmee passierten. Gegen den Widerstand der Regierungen Modrow und de Maizières setzten sich die Bürgerkomitees für die Öffnung der Akten ein. Wir arbeiteten im Volkskammerausschuß mit. Wir haben dann bei diesem Gesetz mitgearbeitet, das von der Volkskammer beschlossen wurde. Über diesen Ausschuß, geleitet von Herrn Gauck, haben dann Bürger – und wir haben uns dort auch beteiligt –, mit unkonventionellen Mitteln darauf dringen müssen, daß in einem Abschlußpapier in den Einigungsvertrag diese Grundsätze wenigstens aus dem Gesetz übernommen wurden. Wir haben dann auch an dem Stasiunterlagengesetz mitgearbeitet und haben als Bürgerkomitee mit als Erste einen Entwurf vorgelegt und auf vielen Ebenen u. a. auch in Gesprächen mit Ihnen als Bundestagsabgeordneten Einfluß nehmen können. Wir sind mit diesem Gesetz nicht ganz so zufrieden. Aber die Öffnung der Akten ermöglicht wenigstens, daß wir, soweit es die Staatssicherheit betrifft, die Eingriffe in unser individuelles Schicksal nachvollziehen können. Wir können Gleichschaltung und Repression etwas besser verstehen und wir können nachvollziehen, wie hinhaltender Widerstand Freiräume erhalten und vorseilender Gehorsam das Leben natürlich auch vergiftet hat. Weil wir immer wieder in der Erfahrung bestätigt wurden, daß Offenheit der beste Schutz der Öffentlichkeit vor Willkür ist, forderten wir die Öffnung der

Akten. Der Geheimdienst Staatssicherheit hat den Zusammenbruch der DDR gefördert. Eine demokratische Kontrolle hätte nie funktionieren können, weil sie zu tief dem Wesen eines Geheimdienstes widerspricht. Das sind Erfahrungen, die auch die neue Bundesrepublik verinnerlichen sollte. Verfolgung von kriminellen Delikten, organisierter Kriminalität oder ausländerfeindlicher Ausschreitungen gehört in die Zuständigkeit der Polizei. Die Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen Ideologien ist Aufgabe der Öffentlichkeit, auch über die Ereignisse in Rostock und Hoyerswerda. Nach wie vor bleibt nach unserer Ansicht kein Raum für Verfassungsschutz.

Ich will Ihnen noch in kurzen Sätzen vorstellen, was uns in den letzten Wochen bewegt hat. Wir haben einen Bunker bei den Lübschützer Teichen, die Ausweichführungsstelle der Bezirksverwaltung Leipzig. Wir streben auch dort eine Ausstellung an; wir hatten sie schon zeitweise eröffnet mit sehr vielen Besuchern. Jetzt hat die Kreisverwaltung gesagt, sie wolle dieses Gelände wegen Verwaltungs- und Sicherheitsschwierigkeiten abstoßen, während der Kreistag sich eindeutig dafür ausgesprochen hat, diese Bunker zu erhalten. Ich möchte Sie darauf hinweisen, vielleicht müssen wir Sie in dieser Angelegenheit um Unterstützung bitten, weil wir es für ein Beispiel halten, wie perfide dieses System sich selbst abgesichert hat unter dem Blickwinkel, „wenn ganze Regionen vernichtet werden, dann wollen wenigstens wir bei einem Atomschlag überleben“.

Ich gebe jetzt vielleicht kurz noch einmal an Frau Hollitzer, damit sie einige kleine Punkte berichten kann, was sie in der Ausstellung erlebte.

Frau Hollitzer: Als Mitglied des Leipziger Bürgerkomitees betreue ich seit Dezember 1990 die Stasiaausstellung in Räumen der Bezirksverwaltung, 'Runde Ecke' genannt. Diese Ausstellung entstand spontan im Juni 1990, damals hatten sich Bürgerkomitee-Mitglieder gesagt, es könne nicht angehen, daß nur eine kleine Anzahl von Menschen Einblick in die Machenschaften dieses Unterdrückungsapparates hätte. Vielmehr müsse öffentlich gemacht werden, wie es dazu kommen konnte, ein Volk über Jahre in Angst zu halten, einzuschüchtern, der äußeren und oft auch inneren Freiheit zu berauben, den vorausseilenden Gehorsam anzuerziehen und schließlich ein Volk zu haben, welches die unfreiwillig bzw. die selbst angelegten Fesseln als solche oft nicht mehr erkannte. Es würde jetzt hier zu weit führen, darüber nachzudenken, wie der 89er Aufbruch dennoch zustande kam. Uns ist es wichtig, mit unserer Ausstellung deutlich zu machen, wie dieser Machterhaltungsapparat der SED die Menschen in der DDR geprägt hat. Besucher aus den alten Bundesländern werden besser begreifen, warum Ex-DDR-Bürger oft anders sind. Auch hoffen wir, mit der Offenlegung die Menschen sensibel machen zu können für solcherlei Dinge. Geben wir uns keiner Illusion hin, es kann immer wieder geschehen. Als nach der Ausstellungseröffnung vor über 2 Jahren drei Wochen lang täglich über tausend Besucher in den Pavillon

am Leipziger Sachsenplatz kamen, zeigte uns das, wie sensationell es für unsere Bevölkerung war, in die Arbeitsweise eines Geheimdienstes – und noch dazu des eigenen – hineinzusehen. Unsere Ausstellung ist weiterhin eine vielbeachtete Einrichtung der Stadt Leipzig. Wir zählen zwischen 40 und 120 Besucher am Nachmittag. Außerdem bieten wir Führungen für Gruppen an. Von diesem Angebot wird immer häufiger Gebrauch gemacht: Leipziger Herder-Institut, Goethe-Institut München mit Seminarteilnehmern aus aller Welt, die politische Bildung aus den alten Bundesländern und Besucher von Kongressen in Leipzig. Daß wir die Ausstellung in Originalräumen zeigen können, erhöht ihren informativen Charakter. Dieser verbunden mit unserem DDR-Lebensweg und unserem persönlichen Engagement bei der Stasiauflösung bilden ideale Voraussetzungen für ein Museum solcher Art und sind vielleicht auch ein Grund für das positive Echo auf unsere Führungen hier. Inzwischen kommen auch Leipziger Lehrer mit ihren Klassen. Das Thema gehört zum Ethik-Unterricht. Ich habe den Eindruck, mancher Lehrer ist froh, diese Problematik für eine Unterrichtsstunde an uns abgeben zu können. Wir haben eine Wanderausstellung, die in den alten Bundesländern gezeigt wird. Dazu können Sie dann in der Ausstellung noch sich selber informieren. Die Möglichkeit der Akteneinsicht ließ die Leute in den ersten Tagen dieses Jahres zu Hunderten vor der Runden Ecke Schlange stehen, um sich Anträge zu holen. Ihre damit zusammenhängenden Fragen können wir leicht beantworten. Auch kommen viele Besucher mit persönlichen Problemen in die Ausstellung. Manch einem kann durch die Regierung an entsprechenden Beratungsstellen schnell geholfen werden. Aber Ratlosigkeit breitet sich oft auch bei uns aus, wenn die Menschen sich bitter beklagen, daß alte Strukturen noch immer funktionieren, weil Verantwortungsträger von gestern wieder die von heute sind. Ich weiß nicht, ob Sie mir noch Zeit lassen, ganz kurz drei ganz kleine Erlebnisse, die ich in der Ausstellung hatte, Ihnen zu sagen. Es geht ganz schnell.

Da läßt ein 16-jähriger Schüler während der Führung ganz nebenbei die Bemerkung fallen: „Alles Lügen“. Ein Versuch, mit ihm ins Gespräch zu kommen, scheitert. Hinter Arroganz verstockt er. Ich kann nur mutmaßen, Stasiverstrickungen in seiner Familie oder was sonst bringen ihn zu dieser Aussage. Für mich aber noch viel wichtiger der Gedanke: Heute Auschwitzlüge morgen Stasilüge. Warum haben wir solche Probleme mit der Akzeptanz der eigenen Vergangenheit?

Das zweite, ein Mann, ein Österreicher, kommt nach Leipzig, um abzurechnen. Sein Leben wurde durch die Staatssicherheit der DDR ruiniert. Haß spricht aus seinen Worten. Er kommt jeden Tag wieder. Erzählt immer wieder seine Geschichte, er schreit sie aus sich heraus, aber der Haß hat sein Gesicht schon versteinert. Dieser Mensch ist zerstört. Ich bin ratlos, kann nur zuhören. Das

macht ihn ein wenig ruhiger, und doch bin ich erleichtert, als er mir seine Rückfahrkarte nach Wien zeigt.

Ein letztes, einem Mann kommen Tränen angesichts des Plakates von Mathias Klemm „Stell dir vor, es gibt Schießbefehl und keiner führt ihn aus, Leipziger Herbst 1989“. Ein zaghafter Versuch mit ihm ins Gespräch zu kommen. Er war Kampfgruppenkommandeur in Leipzig, und ihm wird in diesem Moment bewußt, was er, wenn der Befehl gekommen wäre, an diesem 9. Oktober 1989 getan hätte. Diese Tränen, ich muß gestehen, auch ich war bewegt, wohl nicht zuletzt deshalb, weil ich solch eine Reaktion zum ersten Mal erlebte. Ich denke, wir brauchten mehr solcher Tränen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Dokumentations- und Informationszentrum Torgau, Brigitte Oleschinski:

Ja, warum haben wir solche Schwierigkeiten, uns der Vergangenheit zu stellen? Ich stelle Ihnen hier so kurz es eben geht das Projekt „Spuren des Unrechts“ in Torgau vor, das sich mit der Geschichte von Haftstätten in Torgau beschäftigt. Ich muß Ihnen ganz kurz erklären, was diesen Ort ausmacht. Torgau ist in gewisser Weise ein neuralgischer Punkt der deutschen Geschichte, man könnte auch sagen, die deutsche Geschichte hat diesem Ort mehr Probleme aufgeladen, als ein einzelner Ort, eine kleine Kommune, eigentlich tragen kann. Es hat dort von 1936 bis 1945 die beiden berüchtigtsten Wehrmachtsgefängnisse der NS-Militärjustiz gegeben. Dort sind Menschen gefangengehalten worden, mißhandelt, gefoltert, ermordet aufgrund der Militärjustiz, es hat zur gleichen Zeit ein Kriegsgefangenenlager dort gegeben, es hat ein KZ-Außenkommando dort gegeben, 1943–1945 zog das höchste deutsche Militärgericht, d. h. Kriegsgericht nach Torgau. Dann, 1945–1947 hat es die Speziallager Nr. 8 und 10 dort gegeben, sowjetische Speziallager. 1950 wurde diese Haftstätte übergeben an das DDR-Innenministerium, als Strafvollzugseinrichtung. Es hat dort Jugendstrafvollzug gegeben und Strafvollzug auch für politische Gefangene, gleichzeitig seit 1965 existierte in der Stadt der geschlossene Jugendwerkhof Torgau, eine Disziplinierungseinrichtung in der Verantwortung des Volksbildungsministeriums. Jürgen Fuchs hat darüber kürzlich unter dem Stichwort „Die Schnürsenkel von Torgau“ berichtet.

Diese Massierung von Haftstätten in einer Stadt, die ungefähr 23.000 Einwohner hat, hat so eine Art doppeltes Tabu erzeugt. In der DDR-Zeit wurde weder über die NS-Militärjustiz noch über die Gegenwart dieser Haftstätten gesprochen. Die Aufarbeitung der NS-Militärjustiz wurde ganz massiv behindert durch Stasi, durch Eingriffe gegen Versuche, dort Forschungen zu machen. Das Tabu des Strafvollzugs in der DDR brauche ich, glaube ich, nicht weiter zu erläutern. Wir haben es dort mit einer Fülle von Aufarbeitungsproblemen zu tun. Es gibt zum einen Betroffene, Opfer vor 1945, Opfer nach 1945, wo im Grunde genommen in der Art greller Symbolik sich auch zeigt, wie schwierig in Deutschland die Geschichte vor 1945 mit der Geschichte nach

1945 verklammert ist. Zu den vielen, die nach 1945 zu Unrecht in Torgau gefangen gehalten wurden, erst im Speziallager, später im Strafvollzug, zu denen gehörten auch Menschen, die beispielsweise verurteilt waren wegen Mißhandlung im Wehrmachtsgefängnis. Also so komplizierte Probleme gibt es dort. Das ist eine in gewisser Weise singuläre Problemlage, die auch einen gesamtdeutschen Einsatz erfordert. Wir haben dort inzwischen einen Förderverein, der aus einer Ost- und West-Initiative entstanden ist, einen gemeinnützigen Förderverein, der jetzt seit 1 1/2 Jahren besteht. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, dort drei Dinge gleichzeitig zu ermöglichen, die wir alle für unverzichtbar halten. Nämlich einmal das Gedenken an diesem Ort, daß Opfer dort einen Platz haben, an dem sie ihrer Leiden gedenken können, die Überlebenden und die Angehörigen einen Platz haben, an dem sie an die Toten denken können. Gleichzeitig muß dort Forschung möglich sein über diese kurz angesprochenen sehr komplizierten Probleme. Das ist ein Ort, der nicht nur einfach Gedenken und wissenschaftliche Forschung auf sich ziehen muß, sondern das muß auch ein Ort sein, an dem in den aktuellen Zusammenhängen über Vergangenheitsbewältigung als Problem derzeitiger politischer Kultur gesprochen werden kann. Der Förderverein hat inzwischen eine ganze Reihe von Projekten in Gang gebracht. Der Förderverein selbst ist recht klein, hat aber auch einige illustre Mitglieder, zum Beispiel den sächsischen Landtagspräsidenten Erich Iltgen oder den sächsischen Justizminister Steffen Heitmann. Wir haben zunächst ein kleines Flugblatt gemacht, was für Betroffene und Besucher eine allererste Information ermöglicht. In Zusammenarbeit mit dem Bundesinnenministerium haben wir eine kleine Wanderausstellung gemacht, die also durch verschiedene Städte gewandert ist, z. B. auch in der Frankfurter Paulskirche hing. Wir machen eine ganze Reihe von Veranstaltungen, Lehrerfortbildung, Geschichtswerkstatt, Videoprojekte mit Schülern, haben jetzt im Juli ein großes Seminar gemacht, „Verriegelte Zeiten“, über den Strafvollzug in der DDR. Das machen wir in Zusammenarbeit mit verschiedenen Bildungsträgern, ev. Akademien, Friedrich-Ebert-Stiftung. Wir machen im Herbst ein Häftlingstreffen für Häftlinge nach 1945, im kommenden Frühjahr eines für die Häftlinge vor 1945. Wir haben im Augenblick eine sehr aktuelle Diskussion, die sich beschäftigt mit der Frage, wie kann man an diesem Ort gemeinsam der Opfer vor 1945 und der Opfer nach 1945 gedenken. Es wird dort ein gemeinsames Gedenkkreuz geben, ein ziemliches Novum in dieser Frage. Wir bemühen uns, die Forschung voranzubringen. Es wird derzeit an einer Dokumentation gearbeitet über den geschlossenen Jugendwerkhof. Wir hoffen auf Förderung aus dem Bundesinnenministerium für einen Sammelband, der die Gesamtprobleme einmal skizziert, und wir arbeiten an einer ständigen Ausstellung, die wir hoffen, 1995 fertigstellen zu können.

Diese vielen Projekte werden derzeit nur punktuell gefördert. Das muß man

hier einmal ganz kurz sagen. Es gibt Förderungen für einzelne Veranstaltungen, für einzelne Projekte, es gibt keinerlei institutionelle Förderung, und das erste, was wir jetzt erreicht haben, ist, daß Gabriele Weiler (phon.) nun für 1 Jahr lang ständig am Ort arbeiten kann. Wir haben ausgerechnet, daß das, was da bisher an privaten Mitteln eingeflossen ist, ungefähr DM 150.000,- ausmacht an unbezahlter Arbeit. Das sage ich einfach deswegen, um klar zu machen, daß die vielen Appelle, die wir gestern gehört haben, die auch wesentlich sind und weil es die anderen Gruppen genauso betrifft, diese Dinge kosten eigentlich Geld, und die Appelle alleine nützen uns nichts. Wir müssen dem Bundestag auch sagen, diese Dinge kosten Geld.

Die Enquete-Kommission muß sich einfach bewußt werden, daß diese Dinge getan werden müssen, daß sie insgesamt in der Öffentlichkeit zu wenig gewürdigt, genutzt und gefördert werden.

Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstrasse e.V. (ASTAK): Meine Damen und Herren, ich spreche hier für den Verein antistalinistischer Aktionen, Berlin, Normannenstraße, kurz ASTAK e.V. Die ASTAK hat die Trägerschaft über die Forschungs- und Gedenkstätte in der Normannenstraße. Die Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstraße befindet sich in der Zentrale des MfS, und zwar in dem Haus, in dem Erich Mielke einst residierte. Vielleicht ein paar Worte zur Entstehung dieser Institution.

Die Forschungs- und Gedenkstätte geht zurück auf einen Beschluß des Zentralen Runden Tisches vom Januar 1990. Dieser Beschluß wurde dann später vom Ministerrat der DDR unter der de Maiziere-Regierung bestätigt. Allerdings wurden im Einigungsvertrag leider keine Festlegungen getroffen, die die Existenz der Institution dauerhaft gesichert hätten. Parallel zu diesen Entscheidungen im politischen Raum bildete sich aus dem Bürgerkomitee Berlin, das sich nach dem 15. Januar nach der Besetzung der Stasizentrale in Berlin gründete, eine Gruppe von Leuten, die Materialien sammelten, die bei der Auflösung der Stasi anfielen. Das waren oft genug Sachen, die einfach auf dem Müll gelandet waren oder wären, wenn sie nicht von uns gesammelt worden wären. Das betrifft zum Teil Bücher, Dokumente, aber auch viele andere Sachen, die ich als Politkitsch vielleicht einmal kurz charakterisieren kann, also Auszeichnungen und ähnliches, was die Herren sich bei festlichen Anlässen gegenseitig überreicht haben.

Der Verein ASTAK hat zur Zeit 84 Mitglieder, von denen allerdings nur ein Teil aktiv mitarbeitet. Wir beschäftigen zur Zeit in der Forschungs- und Gedenkstätte 13 Mitarbeiter über ABM-Mittel. Die ABM-Verträge laufen in Kürze aus, aber wir hoffen, daß sie uns doch noch ein Jahr verlängert werden.

Zu unserem Konzept: Die Forschungs- und Gedenkstätte versteht sich als Institution, die politische Bildungsarbeit macht. Ich kann das vielleicht ganz kurz zitieren aus unserem Konzept. Das politische Bildungskonzept der

Forschungs- und Gedenkstätte ist auf Informationen über die Geschichte und das politische System der DDR gerichtet und fordert darüber hinaus zu kritischen Auseinandersetzungen mit diesem Teil der deutschen Geschichte heraus. Am Beispiel der DDR soll das breite Spektrum von Mitteln und Methoden der Machtergreifung und der totalitären Machtausübung gezeigt werden. Insbesondere soll die Situation des einzelnen im Spannungsfeld zwischen Mittäterschaft, Anpassung und Widerstand verdeutlicht werden. Auch dadurch ist dies für rund 16 Millionen Menschen in den neuen Bundesländern eine Auseinandersetzung mit der eigenen Biographie. Den Bewohnern der alten Bundesländer bietet sich die Möglichkeit, sich mit jenem Teil der deutschen Nachkriegsgeschichte zu befassen, der in der politischen Bildungsarbeit der Bundesrepublik Deutschland oft genug vernachlässigt wurde.

Wir haben, nachdem wir die Möglichkeit hatten, einige Etagen in diesem Hause einzunehmen, in dem Mielke einst residierte, angefangen, dort eine Ausstellung aufzubauen. Diese Ausstellung wurde eröffnet im Herbst 1990. Seitdem wurde ständig an der Erweiterung und Verbesserung der Ausstellung gearbeitet. Einige Themenschwerpunkte der Ausstellung kann ich kurz aufzählen. Erstens einmal Arbeitsweise und Struktur der Stasi, wobei das Ganze eingebettet ist in das politische System der DDR. Die Stasi wird also nicht isoliert betrachtet. Es gibt einen Raum mit dem vorhin schon erwähnten Politkitsch. Es gibt einen Ausstellungsteil, in dem Betroffene dieses Systems berichten, in dem Einzelschicksale dokumentiert sind. Es gibt einen Ausstellungsteil über Internierungslager im Zeitraum 1945–1950 in der SBZ/DDR. Es gibt einen Ausstellungsteil über die innerdeutsche Grenze, über die Zwangsaussiedlungen nach dem Mauerbau und über die Berliner Mauer. Des weiteren werden von uns Veranstaltungen organisiert und durchgeführt, Diskussions- und Vortragsveranstaltungen. Es wurde von uns ein Konzept für Lehrerfortbildungskurse beim Berliner Schulsenat eingereicht. Wir sind des weiteren dabei, eine Bibliothek aufzubauen, die Bücher sammelt, die sich mit dem Thema befassen. Wir haben eine kleine Dokumentation von Stasi-Unterlagen und wir sind dabei, ein Zeitungsarchiv anzulegen. Des weiteren gehört zu den Räumen, über die wir verfügen, auch eine Begegnungsstätte. Das ist ein ehemaliges kleines Kasino, das für die engste Führungsriege Mielkes im Haus 1 existiert hat. Wir nutzen dieses Casino jetzt als Begegnungsstätte. Die Besucher, die zu uns kommen, das sind zum großen Teil auch Gruppen, angemeldete Gruppen von anderen freien Trägern der politischen Bildungsarbeit. Diese Gruppen treffen sich zum Abschluß der Führungen in diesem Begegnungscafé, haben die Möglichkeit, über die Eindrücke, die sie gerade vermittelt bekamen, sich noch einmal auszutauschen. Sehr wichtig ist nach unserer Erfahrung diese Begegnungsstätte vor allen Dingen für die Besucher, das sind in aller Regel Einzelbesucher, die selbst Opfer dieses Systems gewesen sind. Gerade bei diesen Leuten spürt

man sehr oft, wie notwendig es ist, nachdem sie diese Räume dort gesehen haben, die Ausstellung besichtigt haben, mit irgend jemandem zu reden. Wir haben ausgebildetes Personal dafür. Dieses Café wird nicht von einer Kellnerin betrieben, sondern von einer ausgebildeten Lehrerin, die in der Lage ist, fast therapeutische Gespräche zu führen.

Als abschließenden Punkt vielleicht zu unseren Aufgaben. Wir haben den Titel Forschungs- und Gedenkstätte, wobei wir bisher nicht die Möglichkeit hatten, wirklich Forschung zu betreiben. Dazu haben uns die personellen und finanziellen Voraussetzungen gefehlt. Wir sind jetzt gerade dabei, einen Antrag beim Arbeitsamt auf Bewilligung von zwei ABM-Stellen für Forschungstätigkeit zu stellen.

Evangelische Kirche in Deutschland, Oberkirchenrat Heidingsfeld: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, herzlichen Dank für die Einladung zu diesem Symposium und für die Gelegenheit, zu Ihnen zu sprechen. Wir verfolgen in der Evangelischen Kirche in Deutschland Ihre Arbeit mit großem Interesse und sehen den Resultaten Ihrer Arbeit auch mit hohen Erwartungen entgegen. Ich werde Ihnen nicht alles, was man zu dem Thema sagen kann, heute morgen vortragen können, aber Sie haben ja z. B. in Superintendenten Passauer einen kompetenten und jederzeit verfügbaren Gesprächspartner.

Ich habe 4 Punkte, die ich in den 10 Minuten versuche mit Ihnen zu teilen. Erster Punkt: Die Evangelische Kirche in Deutschland war bis 1969 reine Evangelische Kirche in Deutschland. Dann kam die organisatorisch-rechtliche Trennung, also die Gründung des Bundes der evangelischen Kirchen in der DDR. Dies hat aber nicht bedeutet, daß sich die Kirchen aus den Augen verloren hätten, sondern sie hielten an der besonderen Gemeinschaft, wie das in den jeweiligen Grundordnungen ausformuliert war, fest, und diese besondere Gemeinschaft hat über die Jahrzehnte hinweg zu einem sehr intensiven und dauerhaften und kontinuierlichen Geflecht ganz unterschiedlicher Beziehungen geführt, seien sie auf Gemeindeebene geführt worden, seien sie auf der Ebene von Einzelpersonen geführt worden oder auch auf der Ebene von Kirchenleitungen.

Zweitens, eine der Folgen der friedlichen Revolution in der einstigen DDR ist die (Wieder-)Vereinigung der Evangelischen Kirchen in Ost- und Westdeutschland gewesen. Diese Wiedervereinigung fand statt im Juni 1991, aber die Aufhebung der organisatorisch-rechtlichen Trennung bedeutete noch nicht die Vollendung des kirchlichen Vereinigungsprozesses. Dies, meine Damen und Herren, ist ein Vorgang, der noch anhält und der noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird. Wir haben inzwischen gelernt, daß das Gespräch über all die Dinge, die aus der Zeit des Kirchenbundes herrühren und die nun Eingang finden sollen auch in die Arbeit der einen Evangelischen Kirche in Deutschland, sorgfältig miteinander bedacht und erörtert werden müssen. Dabei gibt es einige kontroverse Fragen, etwa wenn ich an die Militärseelsorge

denke oder an das Staat-Kirche-Verhältnis. Aber es gibt auch eine ganze Reihe weniger problematischer Fragen, etwa wenn ich daran denke, wie Kirche in Zeugnis und Dienst, in Mission und Evangelisation zusammen etwas tun kann.

Drittens, die Debatte um die Staatssicherheit und die Kirchen ist eine Debatte, die uns als Evangelische Kirche in Deutschland, wie Sie unschwer wissen können und wissen werden, schwer zu schaffen macht. Und diese Debatte hat auch dazu geführt, daß wir als Evangelische Kirche in Deutschland Schaden genommen haben in der öffentlichen Wahrnehmung, und zugleich bindet diese Debatte eine Menge an Kraft und Zeit und Energie und führt dazu, daß wir eine Reihe von Aufgaben, die uns als Kirche am Ende dieses Jahrhunderts aufgegeben sind, nicht mit der Intensität wahrnehmen können, mit der wir sie eigentlich wahrnehmen müßten. Ich möchte an dieser Stelle der Kommission nicht verhehlen, daß ich mir gewünscht hätte, daß wir in der Kirche einen uns gemäßen Weg gefunden hätten, mit dem Problem Staatssicherheit umzugehen. Dazu hätte auch gehört, daß die, die solche Kontakte hatten, von sich aus und unter Offenlegung ihrer Motive und Ziele berichten. Das ist nur in wenigen Fällen geschehen. Die Schlagzeilen sind zur Zeit von denen bestimmt, die über ihre Beziehungen zum Ministerium für Staatssicherheit und über die Motive und Ziele, die sie dabei geleitet haben, nichts oder zu wenig gesagt haben. So entstand und entsteht der Eindruck, die Kirche in der vormaligen DDR sei bis über den Hals involviert gewesen, was gewiß nicht zutreffend ist.

Lassen Sie mich hier zwei weitere kurze Anmerkungen machen. In der Debatte über Kirche und Staatssicherheit, wie sie jetzt geführt wird, droht unterzugehen, welcher Freiraum Kirche in der einstigen DDR tatsächlich gewesen ist und in welchem hohem Maße sie Gruppen, Einzel- wie Querdenker unter ihr schützendes Dach genommen hat. Und ich möchte hinzufügen, die Konzentration auf den Staatssicherheitsdienstaspekt bei der Frage nach der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit führt dazu, daß viele andere ebenfalls aufklärungsbedürftige Fragen in den Hintergrund geraten.

Viertens, die Evangelische Kirche in Deutschland und die Gliedkirchen, zumal ihre östlichen Kirchen, haben im Zuge ihrer Bemühungen um eine möglichst umfassende positive wie negative Seiten gleichermaßen berücksichtigende Aufarbeitung der Vergangenheit eine Reihe von Schritten getan und Maßnahmen ergriffen. Ich beschränke mich auf die wesentlichen.

a) Die Synoden bzw. Kirchenleitungen der östlichen Gliedkirchen haben im Verfahren unterschiedlich die kirchlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die ehrenamtlich tätigen Synodalen und andere Personengruppen aufgefordert, darüber Auskunft zu geben, ob sie mit der Staatssicherheit zusammengearbeitet haben, dabei Vergünstigungen angenommen und anderen geschadet haben. Manche der eigens dazu eingesetzten Ausschüsse hatten und haben das Recht, Überprüfungen beim Bundesbeauftragten in die Wege zu leiten. Zugleich

haben die Landeskirchen in den neuen Bundesländern in der Regel Seelsorge- und Vertrauensausschüsse gebildet, deren Aufgabe es nicht ist, Verdächtigungen gegen kirchliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufzuklären und ggf. die dienstrechtlichen oder sonstigen Konsequenzen zu beraten, sondern sie waren und sind vielmehr gedacht als ein Gesprächsangebot an diejenigen, die in einem seelsorgerischen, also unter dem Schweigegebot stehenden Gespräch über ihre Beziehungen zum MfS reden wollen. Es ist verständlicherweise nicht möglich, quantitative Angaben darüber zu machen, in welchem Umfang von den beiden erwähnten Ausschüssen Gebrauch gemacht worden ist. Ich habe das dazu veröffentlichte Material dem Ausschuß heute morgen überreicht.

b) Die Synode der EKD hat im November 1991 beschlossen, bei der EKD einen rechtlich unabhängigen und an keinerlei Weisung gebundenen Ausschuß zu errichten, der die Aufgabe hat, bei Vorliegen eines erheblichen Verdachts gegen kirchliche Mitarbeiter und Mitglieder kirchlicher Organe wegen einer nicht mit ihren Pflichten und Aufgaben in Einklang stehenden Zusammenarbeit mit dem MfS Ermittlungen zur Aufklärung des Sachverhalts zu führen. Die Ermittlungen geschehen „auf der Grundlage der beim Antragsteller geltenden rechtlichen Bestimmungen“. Dieser sogenannte Vorprüfungsausschuß, dessen Tätigwerden alle Gliedkirchen der EKD zugestimmt haben, „stellt das Ergebnis seiner Ermittlungen schriftlich zusammen und schließt diese mit der Erwägung ab, ob eine nicht mit den Pflichten und Aufgaben in Einklang stehende Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit gegeben war. Danach leitet er den Vorgang dem Antragsteller zu“, also der jeweiligen Landeskirche. Bei diesem Vorprüfungsausschuß sind derzeit etwa 15 Ermittlungsanträge anhängig. Eine der Ermittlungen ist bislang abgeschlossen worden. Es liegt in der Natur der Arbeit dieses Vorprüfungsausschusses, daß die Ergebnisse bzw. die Empfehlungen seiner Arbeit nicht publiziert werden können.

c) Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland hat im Februar die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte gebeten, eine fachwissenschaftliche Dokumentation auf der Grundlage kirchlichen Archivmaterials zur Frage „Kirche und Staat in der DDR“ herauszugeben. Dieser Auftrag ist inzwischen weiter präzisiert worden. Es wird eine Arbeitsgruppe für Kirchliche Zeitgeschichte geben, deren Standort dicht bei den wichtigen Archiven, also im Großraum Berlin-Potsdam, liegen soll. Unter den Gesichtspunkten des Exemplarischen und einer verhältnismäßig kurzen Bearbeitungszeit sind bereits Einzelarbeitsvorhaben in Gang gekommen bzw. angeregt worden. Ich erwähne zwei, die kirchliche Beteiligung an der Diskussion über die DDR-Verfassung von 1968 und die Auseinandersetzung um die Formel „Schwerter zu Pflugscharen“. Aus diesen Einzelprojekten soll dann jene fachwissenschaftliche Dokumentation entstehen, von der ich gesprochen habe.

d) Speziell die östlichen Gliedkirchen haben eine Arbeitsgemeinschaft zur Aufarbeitung der Vergangenheit gebildet. Damit soll den zunehmenden Irritationen und Anfragen der Öffentlichkeit wie unter Gemeindemitgliedern und kirchlichen Mitarbeitern an die Arbeit des einstigen Kirchenbundes Rechnung getragen werden. Was er gewollt und bewirkt hat, erfordert durch gemeinsame Bestandsaufnahme und kritische Sichtung eine Verständigung unter den Gliedkirchen, die den Kirchenbund getragen haben. Die Arbeitsgemeinschaft hat sich vorgenommen, zunächst in einem Selbstverständigungsprozeß den Fragen nachzugehen: Wer waren wir, was wollten wir und was haben wir erreicht?

e) Wir werden in absehbarer Zeit die Protokolle jener beiden Gremien herausgeben, die zwischen 1969 und 1990 in besonderer Weise die besondere Gemeinschaft aufrechtzuerhalten hatten. Das waren zwei Gremien, die von den jeweiligen Kirchenleitungen eingesetzt worden waren, einmal die Beratergruppe und zum anderen die Konsultationsgruppe. Nicht zuletzt mit Blick auf das zuletzt Aufgeführte, will ich darauf hinweisen, daß für die Benutzung des kirchlichen Archivguts maßgebend ist die entsprechende Verordnung, die es in der EKD dazu gibt. Das heißt, das kirchliche Archivgut steht, unter Wahrung bestimmter Formvorschriften und Benutzungsbeschränkungen, für amtliche wie nichtamtliche Zwecke zur Verfügung. Hie und da anderslautende Gerüchte entsprechen weder der Rechtslage noch der Wirklichkeit.

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, man könnte sehr viel mehr dazu sagen. Ich möchte schließen mit einigen persönlich gehaltenen Bemerkungen. Die Kirchen in Ost- und Westdeutschland haben während der Zeit ihrer Teilung und der Teilung Deutschlands den Gesprächsfaden nicht nur nicht abreißen lassen, sondern sie haben im engen Austausch und Miteinander gelebt. Manches, was jetzt die Titelseiten prägt, möchte einen eher gegenteiligen Eindruck erwecken, nämlich den von Fremdheit suggerieren. Wir haben uns auf westlicher Seite, und ich weiß, wovon ich spreche, denn ich habe eine Zeit meiner Arbeit in diesen Gremien mit zugebracht, wir haben uns auf westlicher Seite keine Illusionen über den real existierenden Sozialismus in der DDR gemacht, und unsere kirchlichen Gesprächspartner dort haben sich, von Ausnahmen abgesehen, auch keinen Täuschungen über dessen wahren Charakter und über die Machtverhältnisse in ihrem Lande hingegeben. Zu finden war von ihnen ein Weg zwischen Anpassung und Widerstand; gemeinsam haben wir in Ost und West entspannungspolitische Anstrengungen unterstützt – in der Hoffnung, daß dadurch die Grenzen durchlässiger würden und die Restriktionen in der DDR, aber auch in anderen osteuropäischen Ländern, abnehmen. Dabei gab es immer mal wieder Ausrutscher nach der einen wie nach der anderen Seite. Daß wir im Westen von manchen Gesprächskontakten und Aktivitäten erst jetzt erfahren, hängt vor allem auch damit zusammen, daß es bis zur Wende ein ungeschriebenes Gesetz war, dem alle, die verantwortlich am kirchlichen Ost-

West-Gespräch teilnahmen, folgten, daß nämlich niemand aus diesem Kreis mehr wissen wollen sollte, als er unbedingt für die Erfüllung seiner Aufgaben benötigte. Die heutige Beurteilung damaligen Handelns muß aufpassen, daß sie die damaligen Umstände, Möglichkeiten und Erwartungen, den denkbaren Entwicklungsrahmen und die Stimmungslage zur Tatzeit miteinbezieht, um so den Handelnden und ihrem Tun gerecht zu werden.

Historisches Dokumentationszentrum Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e.V.:

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, das Bürgerkomitee Magdeburg hat sich am 5. Dezember 1989 auf Beschluß des Runden Tisches Magdeburg gegründet, ist dann anschließend auf den gesamten Bezirk des ehemaligen Bezirks Magdeburg ausgeweitet worden und hat sich 1990 dann als eingeschriebenen Verein registrieren lassen. Wir verstehen uns als Verein zur Aufklärung des Machtmißbrauchs durch SED und MfS und haben in diesem Sinne ein Dokumentationszentrum aufgebaut, sind noch dabei allerdings wieder mit ABM-Kräften; die Problematik wurde ja schon einmal angesprochen über die ABM-Kräfte. Wir haben in der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt des MfS in Magdeburg zusammen mit einem anderen Verein eine Gedenkstätte und dieses Dokumentationszentrum für die Bevölkerung errichtet. Wir haben in diesen Arbeitsgebieten eine Bibliothek, ein Copy-Center, einen Versammlungsraum mit Videotechnik vorläufig provisorisch eingerichtet, der von der Bevölkerung angenommen wird. Ich muß allerdings sagen, weniger von der Bevölkerung aus den neuen Bundesländern, vielmehr aus den alten Bundesländern haben wir sehr große Besucherströme, die hierher kommen und die unsere Ausstellung sehen wollen. Wir haben in den Ausstellungen die Rolle der SED bei der Repression der Bevölkerung mit ihrem Schild und Schwert der Partei dargestellt. Wir haben das Schulwesen, die Verwaltung und ähnliche andere Einrichtungen des Staates hier dargestellt und verändern diese Ausstellungen ständig. Wir haben dazu Materialien, die wir aus den PDS-Archiven, die wir nun möglicherweise für uns schon längere Zeit hätten nutzen sollen, aber jetzt erst in der letzten Zeit richtig intensiv durchforsten konnten, und wir haben bei der Auflösung der Staatssicherheit in Magdeburg damals Dokumente der Staatssicherheit kopiert, die wir jetzt nutzen können, Dokumente des Leitungswesens auf allen Ebenen, und mit diesen Dokumenten arbeiten wir jetzt. Wir haben weiterhin Befehle, Richtlinien und Weisungen in verschiedener Form ausgewertet für Vorträge, die gehalten werden seitens unseres Vereins, und zwar in enger Zusammenarbeit mit der politischen Bildungsstätte Helmstedt e.V., einem der größten politischen Bildungszentren aus den alten Bundesländern, und von dort aus strahlt das Magdeburger Bürgerkomitee quasi auch in viele alte Bundesländer aus und bringt dort nun die Informationen herüber, und zwar vorläufig zu den Themen SED-MfS „Schild und Schwert der Partei“, Strukturen und Wirkweisen eines Repressionsapparates, MfS Volkspolizei- K1. Diese Themen werden intensiv

durchgenommen in Verbindung gleichzeitig mit einer Fahrt nach Magdeburg zur Besichtigung der Untersuchungshaftanstalt, die ja Gedenkstätte ist, und der kleinen Ausstellung, die wir ständig weiter bearbeiten und verändern. Wir haben bisher mehrere Publikationen seitens unseres Vorsitzenden vorliegen. Wir stellen diese Ihnen auch hier zur Verfügung. Da ist einmal das Werk „Magdeburg Kroatenvogel“, das Jürgen Vogel publiziert hat über die Zeit der Wende von 1989 bis 1990, und das Buch „Abgesang der Stasi“, eine Dokumentation einmal von Zeitungsartikeln aus der Braunschweiger Zeitung und der Magdeburger Volksstimme, damals noch SED Organ, und zum anderen von Befehlen, Weisungen und Anweisungen der Staatssicherheit als Werk für den Geschichtsunterricht. Wir haben nämlich die Schulen in Magdeburg aufgefordert, für den Geschichtsunterricht, oder wie auch immer man das nennen wird, die Ausstellung zu nutzen, den Dokumentationsraum zu nutzen und mit den Schulklassen herzukommen, um diese Vergangenheit aufzuarbeiten. Seit 57 Jahren haben wir ja nun alle, die hier in der alten DDR wohnten und lebten, eine verschiedene Wertung der Diktaturformen verschiedenster Coleurs erleben müssen. Wir müssen heute eindeutig feststellen, daß in der 44-jährigen SED-Diktatur die 13-jährige Hitler-Diktatur nur einseitig im Sinne der SED beurteilt und aufgearbeitet werden durfte. Das bedeutet heute immense Anstrengungen für uns und alle demokratischen Organisationen und Parteien, denen wir uns als Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt selbstverständlich mitangehörig fühlen, nach bestem Wissen und Gewissen, als beteiligte Zeitzeugen, objektive Informationen kommenden Generationen zu überlassen. Das kann nun wieder nur geschehen, indem solche Fördermittel u.ä. Gelder über diese Vereine ausgeschüttet werden, die das Ziel haben, diese Aufarbeitung vorzunehmen, und dann auch wirklich fruchtbringend leisten.

Komitee zur Rehabilitierung der Opfer des Stalinismus in Mecklenburg-Vorpommern, Heiko Lietz: Herr Vorsitzender, lieber Rainer, meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen ganz herzlich danken für die Einladung. Ich begrüße Ihre Entscheidung, die 13. und 14. Sitzung der Enquete-Kommission hier in Leipzig in der ehemaligen DDR durchzuführen, vielleicht rückt dadurch der Gegenstand Ihrer Arbeit und der Bereich, aus dem er erwachsen ist, etwas näher zusammen und bewirkt, daß Sie noch sensibler für die Betroffenen der letzten 45 Jahre werden.

Kurze Vorstellung unseres Komitees. Dieses Komitee zur Rehabilitierung der Opfer des Stalinismus ist eine kommunalpolitische Initiative im Lande Mecklenburg-Vorpommern. In diesem Komitee sind je 2 gewählte Vertreter aus allen Kreistagen und kreisfreien Städten, das sind gut 60 Mitglieder, und dieses Komitee besteht seit dem Juli 1990. Zunächst im Bezirk Schwerin und dann nach der Gründung des Landes Mecklenburg-Vorpommern im ganzen Land. Diesem Komitee steht ein Sprecherrat vor, der die Arbeiten dieses Komitees leitet. Das Komitee ist Ansprechpartner zum einen für die Betroffenen

und zum anderen für die politischen Instanzen des Landes, vor allem den Landtag und das Justizministerium. Finanziert wird unser System durch eine einmalige Zuwendung des Landtages und durch Mittel der Landkreise bzw. kreisfreien Städte sowie teilweise durch die Eigenfinanzierung der Mitglieder und durch Bezahlung von ABM-Kräften. Das Büro des Komitees befindet sich in Güstrow.

Das Arbeitsgebiet des Komitees, die Zielgruppen: Es sind alle Personen, die im Rehabilitierungsgesetz der Volkskammer vom September 1990 erfaßt worden sind, d. h. die von 1945 bis 1949, dann die strafrechtlich Verfolgten ab 1949, die durch willkürliche Verwaltungsakte Benachteiligten und die wegen ihrer Überzeugung beruflich Diskriminierten. Mit diesem Gesetz, das 1990 im September verabschiedet wurde, sind sehr große Hoffnungen der Betroffenen geweckt worden, und diese Hoffnung, der Pegel dieser Hoffnungen, ist sozusagen das Maß, an dem alle nachfolgenden Gesetzgeber gemessen werden, wie weit sie diesen Hoffnungen entsprechen können. Das ist ein Konflikt. Die Zielstellung des Komitees, es ist die Scharnierstelle zwischen den Betroffenen einerseits und dem Justizministerium und den Staatsanwaltschaften andererseits, d. h. wir vermitteln im Grunde genommen einzelne Betroffene an die Ministerien bzw. an die Stellen, in denen die Rehabilitierungsanträge bearbeitet werden, und wir üben eine politische Funktion aus in die Öffentlichkeit hinein. Das Komitee bündelt die Interessen der einzelnen Sprachlosen und ist damit sozusagen eine Art Lobby in der politischen Öffentlichkeit. Wir haben im Laufe unserer Arbeit Einfluß genommen auf die Gestaltung des Unrechtsbereinigungsgesetzes. Dazu gab es verschiedene Gespräche auch in Bonn bei den einzelnen Fraktionen mit dem Ziel, die Interessen der Betroffenen zu wahren gegenüber anderen Interessen. Der für uns hauptsächliche Konfliktgegner war in diesem Fall das Finanzministerium. Wir streben die Zusammenarbeit mit Initiativen und Vereinen in Mecklenburg-Vorpommern an, in denen sich unmittelbar Betroffene zusammengeschlossen haben. Das sind einmal die Vereine der Opfer des Stalinismus und der Verein der Zwangsausgesiedelten, der auch über Mecklenburg-Vorpommern ja hinaus in der ganzen ehemaligen DDR sich organisiert hat. Unsere Forderung geht nach der Erweiterung der im Einigungsvertrag festgelegten Problemgruppen. Da sind ja eigentlich nur die strafrechtlich Verfolgten gesetzlich fixiert worden. Der Bereich der verwaltungsrechtlich und beruflich Rehabilitierten ist im Einigungsvertrag nicht vorgesehen, wird aber, wenn alles gut geht, hoffentlich im zweiten Unrechtsbereinigungsgesetz dann auch erfaßt werden, und es werden entsprechende gesetzliche Regelungen geschaffen werden. Wir haben, weil wir gemerkt haben, daß es nicht ausreicht, sich nur um die Betroffenen selber zu kümmern, sondern daß es auch notwendig ist, die Hintergründe, aus denen heraus Menschen zu Betroffenen oder Opfern geworden sind, zu erhellen, im Rahmen dieses Komitees eine Arbeitsgruppe zur Aufarbeitung der eigenen

Vergangenheit gegründet, die sich aber noch in den Anfangsstadien befindet, wo wir politische, wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Hintergründe genauer erfassen wollen, die die Voraussetzung für die Lebensschicksale der Betroffenen gewesen sind.

Offene Probleme für die Bewältigung der Vergangenheit, ich möchte vier nennen. Probleme, die sich eigentlich mit der Situation unseres vereinigten Deutschlands befassen.

Das erste, wir stellen die Schwierigkeit der Westdeutschen fest, die Lebenssituation der Ostdeutschen in ihrer ganzen Tragik wirklich nachzuvollziehen und zu erfassen.

Das zweite Problem, wir stellen bedauerlicherweise eine mangelnde Bereitschaft fest, die berechtigten Forderungen der Betroffenen anzuerkennen und ihnen auch in Form von Gesetzen zu entsprechen. Das Hick-Hack der finanziellen Entschädigung für die strafrechtlich Verfolgten der letzten Monate hat in uns einiges Unbehagen ausgelöst und ist für uns eigentlich ein Signal mangelnder Sensibilität.

Drittens, die unterschiedliche Beurteilung, welchen politischen Stellenwert die Rehabilitierung der Betroffenen für den inneren Frieden und das Aufeinander-zugehen der Ost- und der Westdeutschen de facto hat.

Und viertens, die Erfahrung vieler Betroffenen, daß die Urheber ihres Leides entweder ohne Strafe davonkommen bzw. schon wieder in neuen Schlüsselpositionen sind, vor allem im Bereich der Wirtschaft.

Aus diesen vier Problemlagen heraus möchte ich an Sie, werte Abgeordnete, eine Frage stellen. Wie wollen und werden Sie mit den Hoffnungen aller umgehen, die mit großen Erwartungen den Weg in das gemeinsame Deutschland mitgegangen sind? Für diese Menschen wird der Rechtsstaat, der vielgepriesene, nur dann Akzeptanz finden, wenn er imstande ist und bereit, diese Menschen zu rehabilitieren und angemessen zu entschädigen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich bin gespannt, wie schwierig die jetzige Einheit werden wird, und zwar geht es jetzt darum, daß die Sachverständigen und Abgeordneten der Enquete-Kommission Fragen stellen können an die sieben Initiativen, die sich bis jetzt vorgestellt haben. Man kann bloß dankbar sein, wenn man feststellt, mit wieviel Einsatz und Phantasie hier an einem Thema gearbeitet wird, das uns allen wichtig erscheint. Von daher Ihnen einen ganz herzlichen Dank.

Jetzt also, wie gesagt, die Möglichkeit für Abgeordnete und Sachverständige. Wenn ich herzlich darum bitten darf, keine Grundsatzstatements, sondern Fragen. Reinhard von Schorlemer als erster.

Abg. Frhr. von Schorlemer (CDU/CSU): Ich habe eine kurze Frage an den Vertreter von Bürgerkomitee Leipzig – Museum in der Runden Ecke. Sie haben in Ihrem Bericht davon gesprochen, daß sich in Ihrem Besitz auch Akten der

Auslandsaufklärung befinden, die ja zentral in Berlin damals noch von der Regierung Modrow ganz bewußt vernichtet worden sind. Wie umfangreich ist dieses Konvolut, bezieht sich das nur auf Akten aus dem Bezirk Leipzig oder auch darüber hinaus?

Sv. Prof. Dr. Alexander Fischer: Zunächst nur eine kleine Korrektur und eine Anregung. Die Korrektur bezieht sich, wenn ich das so sagen darf, auf die erste Gruppe Archiv Bürgerbewegung. Sie hatten die Anmerkung gemacht, daß vor allem ausländische Kollegen, Historiker, bei Ihnen einfallen. Sie vermissen die Deutschen, ich gebe das einmal ein bißchen zurück. Das Problem liegt natürlich daran, daß die Öffentlichkeit für diese Gruppen offensichtlich noch zu wenig hergestellt ist, insofern begrüße ich diese Runde außerordentlich. Ich spreche jetzt einmal als Historiker und möchte als Anregung eigentlich an unseren Chef sozusagen geben, wir müssen wohl diese Runde hier und darüber hinaus die Gruppen, die anderswo noch existieren, versuchen zu dokumentieren und an die Forschung heranzubringen. Also jedenfalls von Bonn aus kann ich schon ankündigen, daß sich meine Arbeitsgruppe mit Ihnen in Kürze in Verbindung setzen wird.

Sv. Prof. Dr. Hermann Weber: Ich habe zwei Fragen. Es haben einige der Gruppen ja auf ihre Archivalien, Dokumente usw. verwiesen. Meine Frage ist: Wieweit sind diese zugänglich aufgearbeitet, gibt es am Ende gar schon Findbücher? Es wird auch über Forschungen gesprochen, und da komme ich zur zweiten Frage. Etwa bei der Normannenstraße wurde gesagt, daß man nach der Stasi forscht. Wieweit gibt es da schon Kontakte, Abreden mit der neuen Forschungsstelle bei der Gauck-Behörde? Also auch die übrigen, wenn Sie forschen: Mit wem haben Sie da Kontakte und Verbindungen? D.h. dann auch natürlich bei den Archivaren: Haben Sie sich mit Archivaren schon einmal zusammengesetzt um zu erörtern, wie das Ganze dann auch tatsächlich gesichert werden kann und über eine längere Zeit hinaus, oder ist das einfach noch nicht geschehen?

Sv. Karl Wilhelm Fricke: Ich habe eine Frage an die Vertreter des Bürgerkomitees Leipzig und erweitere sozusagen die Frage, die Herr von Schorlemer schon aufgegriffen hat. Sie erwähnten ja in Ihren Ausführungen, daß es eine Aktenvernichtung gegeben habe auf Weisung des damaligen Innenministers Peter-Michael Diestel. Eine Frage an Sie: Gibt es darüber einen dokumentarischen Beleg? Zweite Frage an das Dokumentations- und Informationszentrum Torgau, Frau Oleschinski: Wie erklären Sie sich, daß in der Zeit der DDR die historische Erforschung der Militärstrafanstalt Torgau behindert wurde?

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Es gibt ja nicht nur eine Bringschuld, es gibt ja auch eine Holschuld. Ich will im Nachklang zu den Kollegen Fischer und Weber Sie alle fragen, wie die neuen Hochschulen, die aus den alten DDR-Hochschulen entstehen, wie sich Zeitgeschichtler, Soziologen

und Politikwissenschaftler auf das Material „stürzen“, das Sie in Ihren Archiven gesammelt haben. Wird dieser ganze Bereich in die notwendige regionalgeschichtliche Aufarbeitung dieser Vorgänge?

Abg. Frau von Renesse (SPD): Auch eine Frage an Frau Oleschinski im Nachgang zu dem, was Herr Fricke schon gefragt hat. Auf welche Weise erfolgte die Behinderung der Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte Torgaus, und gibt es darüber Belege, die man auch dann aufarbeiten könnte?

Und eine Frage an den Vertreter der EKD. Gibt es Möglichkeiten für die Wissenschaft, an die Archive der Kirche heranzukommen?

Abg. Hilsberg (SPD): Ich möchte hier zunächst festhalten, daß ich sehr dankbar über die Anregung bin von dem Kollegen aus dem Historischen Dokumentationszentrum Magdeburg in bezug auf den Kontakt zu den Schulen. Ich glaube auch, daß es sehr wichtig wäre, diese Thematik mit in die politische Bildung aufzunehmen, die jetzt in der Weiterbildung läuft. Ich habe eine Frage an den Oberkirchenrat Heidingsfeld im Zusammenhang mit dem schwierigen Problem MfS-Kirche. Auch ich würde mir wünschen, man würde mehr über die politischen Hintergründe sprechen, über die politische Zielrichtung des eigentlichen politischen Konflikts zwischen der SED und der Kirche. Insofern noch einmal im Nachgang zu dem Vertreter von dem Bürgerkomitee Leipzig, der das ja ähnlich sieht. Andererseits habe ich mich immer gefragt, warum verfällt die Kirche in den Irrtum, daß diejenigen, die innerhalb der Kirche quasi fürs MfS gearbeitet haben, nun nach der Wende mehr Verantwortung zeigen würden, als sie vor der Wende gehabt haben? Und zum zweiten, wäre es nicht doch sehr wichtig angesichts der schweren und der drängenden Thematik des MfS, sich dieses Problems innerhalb der Kirche offensiver, als bisher geschehen, anzunehmen?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich möchte noch drei Fragen zulassen und dann erst einmal eine Möglichkeit zum Antworten geben. Herr Hansen, Herr Poppe, Herr Meckel. Herr Hansen, bitte.

Abg. Hansen (F.D.P.): Frage an die Sprecher aus Torgau und Magdeburg, weil die beiden ganz ausdrücklich davon gesprochen haben, daß es hier auch um zwei Vergangenheiten geht. Wie ist die Resonanz bei Ihnen jeweils vor Ort auf diese Aufgabenstellung, zwei Vergangenheiten hintereinander, nebeneinander in Unterschieden, Vergleichbarkeiten, wie auch immer, zu bearbeiten, überhaupt, und wie fallen die Diskussionen bei Ihnen in den Arbeitskreisen selber oder eben mit interessierten Besuchern oder sonstiger Umgebung aus? Gibt es dort schon „verwertbare“ Erkenntnisse hinsichtlich dieser Fragestellung?

Abg. Poppe (Bündnis 90/Die Grünen): Einige der Vortragenden haben berichtet über ihre Schwierigkeiten z. B. finanzieller Art, ich würde das auch von denen, die nichts dazu gesagt haben, gerne noch einmal hören, damit auch klar ist, welche Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Unterstützung

sie sehen, denn schließlich gibt es sehr wenige, die Möglichkeiten haben wie z. B. die evangelische Kirche, die ja auf solche Unterstützung nicht angewiesen ist. Des weiteren würde ich auch bei denen, die noch nichts über Öffentlichkeitsarbeit gesagt haben, dazu noch ein paar Äußerungen hören. Insbesondere auch über die Zusammenarbeit der verschiedenen Initiativen. Wenn ich jetzt zuhöre, dann sehe ich doch, daß es sehr viele Themen gibt, die sich überschneiden. Inwieweit gibt es jetzt bereits eine Zusammenarbeit, wo man dann also auch die jeweiligen Dokumente oder die entsprechenden Resümees der Arbeit austauschen kann?

Von Herrn Heidingsfeld würde ich gern noch wissen, wie es denn aussieht mit den Archiven. Sie haben vorhin so eine optimistische Ausschau gegeben, daß es vielleicht doch nicht so schwierig ist, diese Archive kennenzulernen; bisher habe ich aus den Medien immer gänzlich andere Informationen erhalten. Ich würde an Sie z. B. einmal die Frage richten: Ist es denn gegenwärtig möglich oder unter welchen Bedingungen ist es möglich, z. B. etwas zu erfahren über die Rolle, die Manfred Stolpe oder Bischof Forck 1988 im Januar, Februar in Berlin gespielt haben bei den Verhandlungen mit den staatlichen Stellen über die zeitweise Abschiebung von Mitgliedern der Bürgerbewegung oder Initiative Frieden und Menschenrechte. Welche Chancen sehen Sie, daß nun auch einmal aus Ihren Archiven zu diesen Vorgängen gegengelesen werden kann? Bis jetzt kennen wir eben dazu Stasiakten, oder wir kennen das, was täglich in den Zeitungen steht, und was so bruchstückweise auf uns zukommt.

Abg. Meckel (SPD): Das schließt sich unmittelbar an die letzten Redner an. Die Frage der Akten der EKD und ihrer Zugänglichkeit ist schon angesprochen worden, es betrifft ganz konkret auch die Enquete-Kommission selbst. Wir werden zum Ende des nächsten Jahres das Thema „Kirche in der DDR“ behandeln. Wir haben eine Arbeitsgruppe, und da wäre natürlich wichtig, daß die an die jeweiligen Akten herankommt. Ist dies möglich bzw. wie ist der Gang der Dinge dafür? Die erweiterte Frage brauche ich nicht zu stellen, die ist schon gestellt worden.

Die zweite Frage bezieht sich auf die Themenkomplexe, die von Ihnen jetzt zentral behandelt werden sollen, also einmal die Verfassungsdiskussion und dann später die Auseinandersetzung um die Formel „Schwerter zu Pflugscharen“ Anfang der 80er Jahre. Ich möchte fragen, ob es nicht sinnvoll und möglich ist, einen weiteren Punkt näher zu untersuchen, und zwar die Vorgänge von 78. Wir hatten am 6. März 1978 das Gespräch, das bekannt ist, zwischen Honecker und Schönherr und wenige Wochen später die Auseinandersetzung um den sogenannten Wehrkundeunterricht. Ich denke, daß dies ein ganz zentraler Punkt ist. Die Kirchenpolitik der 80er Jahre ist davon sehr grundsätzlich berührt. Ich glaube deshalb, daß diese Untersuchung der Monate im Vormärz 1978 wie auch bis zum Ende des

Jahres 1978 eine große Bedeutung hätte. Ich möchte Ihnen sehr empfehlen, diese Untersuchung im Rahmen einer solchen Dokumentation vorzunehmen. An die verschiedenen Gruppen die Bitte – da es vielleicht nicht sinnvoll ist, das hier zu machen, zumal dies ja auch oft nicht so unmittelbar aus der Hand gemacht werden kann –: Es wäre gut, wenn Sie uns einmal Ihre Arbeit und ihre Finanzierung darstellen könnten. Sie sollen uns das dann auch schriftlich zuleiten. Wir müssen dann prüfen, wo trotz der angespannten Haushaltslage es Möglichkeiten für die Unterstützung gibt. Denn ich denke, dies ist nicht nur eine kommunale oder eine Verantwortung der östlichen Länder, sondern auch eben eine gesamtdeutsche.

Letzter Punkt, es ist schon die Frage der Findbücher über Aktenbestände gestellt worden. Grundsätzliche Bitte und Aufforderung: Überall da, wo eine genauere Bestandsaufnahme vorhanden ist, wäre es sinnvoll, sie uns zuzuleiten, damit sie dann von uns aus sowohl selbst genutzt als auch weitergeleitet werden kann.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich bitte, die gezielten Rückfragen genauso kurz zu beantworten, wie sie gestellt wurden. Also jetzt, wenn irgendmöglich, nur Antworten auf Verstehens-, Verständnis- oder Sachfragen.

Bürgerkomitee Leipzig – Museum in der Runden Ecke –: Die Anfrage zu den Unterlagen der Abteilung 15, diese Unterlagen liegen nicht bei uns, sondern in der Gauck-Behörde. Zweitens, wir waren damals noch in die Verantwortung eingeschlossen und haben uns geweigert, auf eine Anweisung, die auch Herr Diestel erteilt hat, diese Unterlagen nach Berlin zu geben; das können wir in der Ausstellung belegen. Ich lade Sie noch einmal herzlich ein, daß wir an diesem Dokument nicht vorbeigehen werden. Zur Frage finanzielle Schwierigkeiten nur soviel: Wenn uns abverlangt wird, Miete zu bezahlen, dann machen wir noch einmal einen Quieckser, und dann ist unsere Ausstellung zu Ende. So ist unsere finanzielle Situation. Allerdings nicht als Bürgerkomitee noch kurz eine Äußerung, was die Universitäten tun, weil ich das aus beiden Richtungen kenne, ich arbeite an der Universität Leipzig: Ich habe erst ganz wenige Rückfragen aus der Universität bekommen. Anlässlich einer Tagung hat uns das Herder-Institut besucht, aber eine kontinuierliche geschichtliche Aufarbeitung hat bis jetzt nicht stattgefunden, konnte nicht stattfinden, weil die Universität so mit sich beschäftigt ist, daß gerade im Bereich Geschichte alles in Bewegung ist.

Evangelische Kirche in Deutschland, Oberkirchenrat Heidingsfeld: Ich möchte kurz auf zwei Komplexe eingehen. Erster Komplex, weil es mehrfach angefragt worden ist, das Archivgut. Ich beziehe mich jetzt auf die EKD im engeren Sinne, also ich spreche nicht von den Landeskirchen, die ja eigene Regelungen haben. Ich habe Herrn Dr. Lehmberg ein Exemplar der Ordnung für das EKD-Archivgut gegeben, da können Sie die Einzelheiten der Benutzung dieses Archivmaterials ansehen, es steht amtlichen wie nichtamt-

lichen Zwecken zur Verfügung, natürlich wie jedes Archiv mit bestimmten Einschränkungen, die sich z. B. auf Personalakten beziehen. Das ist aber keine Besonderheit etwa der Archivgutordnung der EKD, sondern eine solche Einschränkung finden Sie in allen Archivordnungen bei uns in Deutschland. Es wird auch zur Zeit dieses Archivgut bereits etwa von Journalisten, aber auch zu Forschungszwecken von Universitätsangehörigen genutzt. Ich möchte eine Klammerbemerkung machen, mit einem gewissen Vorbehalt. Die EKD hat ja die Rechtsnachfolge des Kirchenbundes angetreten, d. h. sie verfügt auch über das Archivmaterial, das dem Kirchenbund gehört. Ich warne vor übertriebenen Erwartungen an die Fülle und Intensität der Akten. Ich habe das in den vergangenen Wochen einmal unter bestimmten Aspekten durchgesehen, da ist vieles nicht bei den Akten, und zwar nicht einmal Material, von dem man es verstehen könnte, sondern auch Material, das man sozusagen ganz ungefährlich hätte zu den Akten geben können, aber das beruht auf ganz unterschiedlichen Gründen. Der Vorsitzende residierte in Greifswald, und das Büro war in Berlin, vieles blieb in Greifswald und kam dann nicht nach Berlin. Ich warne hier vor gewissen überzogenen Hoffnungen und Erwartungen.

Das Zweite, worauf ich kurz eingehen möchte, ist, ich stimme Ihnen zu, die Dinge sind offensiver anzugehen. Da haben wir in der Tat manches in der Vergangenheit versäumt. Ich will nur hinzufügen, ich habe nicht erwähnt, daß es ja auch das breite Spektrum der evangelischen Akademien bei uns gibt, die sich ja in den letzten eineinhalb Jahren mit einer Fülle von Veranstaltungen zu diesen Themen, die uns heute hier beschäftigen, befaßt haben, und gerade am Wochenende werden wir in Berlin eine sehr umfangreiche Akademietagung der Berliner Akademie zu diesen Fragen haben.

Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstrasse e.V. (ASTAK): Ich denke, ich kann zu verschiedenen Fragen einige Auskünfte geben. Es gab eine Frage nach den Archivmaterialien, die in den einzelnen Institutionen vorhanden sind und nach dem Grad der Aufbereitung dieser Materialien. Für die ASTAK kann ich sagen, daß unser Archiv sehr klein ist, allerdings auch noch völlig oder weitgehend ungeordnet. Es gibt keine Findbücher bei uns. Wir haben keine umfangreichen Dokumente. Es sind zwar Kisten, die in den Kellerräumen lagern mit verschiedensten Sachen, die aber zum großen Teil nicht gesichtet sind, das sind Fotos, das sind irgendwelche Texte, das sind keine Unterlagen, die unter das Stasiunterlagengesetz fallen. Ich kann vielleicht als Randbemerkung sagen, daß kürzlich einige Vertreter der Gauck-Behörde unsere Einrichtung besucht haben und sich die Inhalte unserer Schränke haben zeigen lassen und die Unterlagen mitgenommen haben, von denen sie meinten, sie fielen unter das Stasiunterlagengesetz.

Es gab eine weitere Frage nach der Forschung, nach Kontakten mit der Forschungsabteilung der Gauck-Behörde. Wir haben ungefähr Anfang des Jahres, als die Forschungsabteilung noch nicht bestand, eine Anfrage an die

Gauck-Behörde gerichtet, ob es möglich wäre, gemeinsam zu forschen. Wir bekamen von Herrn Geiger damals die Auskunft, daß sich die Gauck-Behörde das durchaus vorstellen könne, aber die Gauck-Behörde nicht in der Lage sei, Personalmittel zur Verfügung zu stellen. Wir haben an dieser Stelle dann nicht mehr konkret nachgehakt, weil uns dazu auch die personellen Kräfte gefehlt haben. Unsere Arbeit konzentrierte sich bisher vorwiegend auf den Bereich der Ausstellung, den Forschungsbereich haben wir ein bißchen vernachlässigen müssen. Wir haben allerdings Kontakte zum Forschungsverbund „SED- Staat“ an der FU Berlin, dem Herr Wilke auch angehört. Die Teilnehmer an diesem Forschungsverbund treffen sich in ungefähr monatlichen Abständen, und wir nehmen an diesen Treffen auch teil.

Zur Zusammenarbeit mit anderen Organisationen kann ich sagen, es gibt in größeren Abständen Treffen von Dokumentationszentren, Gedenkstätten usw. aus den neuen Bundesländern. An diesen Treffen haben wir bisher auch teilgenommen. Wenn ich das richtig in Erinnerung habe, war ein Treffen in Dresden sowie ein Treffen in Magdeburg. Wir haben ferner in Berlin regelmäßige Kontakte auf der Arbeitsebene mit der Umweltbibliothek, mit der Gedenkbibliothek für die Opfer des Stalinismus, mit dem Bürgerkomitee 15. Januar, und wir stimmen uns auch ab, was beispielsweise das Thema Sammlung von Dokumenten von Literatur usw. betrifft; dort gibt es eine Arbeitsteilung. Zugang zu den Archiven: Das ist für uns aus zwei Gründen interessant, einmal, um Materialien zu bekommen, die wir für den Bereich unserer Ausstellung nutzen können, da wäre für uns Zugang zum Gauck-Archiv sehr interessant. Zum anderen, für die Forschungsarbeit, die wir hoffentlich demnächst einmal auch beginnen können, wäre es auch wichtig für uns. Aber da dieser Forschungssektor bei uns noch nicht existiert, haben wir da auch noch nicht konkret nachgehakt. Die Gauck-Behörde hat uns freundlicherweise für den Bereich unserer Ausstellung Materialien zur Verfügung gestellt aus den Beständen, und zwar ging es dort um Formulare des Ministeriums für Staatssicherheit. Das war ja eine ordentliche preußisch-deutsche Behörde, und da gab es für alles Mögliche Formulare. Wir haben von der Gauck-Behörde einen dicken Stapel, ich glaube ungefähr 800 Exemplare verschiedenster Arten von Formularen. Inwieweit man die für die Ausstellung nutzen kann, das müssen wir erst noch sichten.

Abschließend zu unserer finanziellen Situation. Nachdem die ASTAK sich gegründet hatte, waren es allein die Vereinsmitglieder, die aktiv gewesen sind. Es war sehr schnell klar, es wird auch Geld gebraucht, wenn man eine Ausstellung machen will, kostet das Geld. Es wurden damals, das war noch zu Zeiten der DDR, die Altparteien alle angeschrieben und um Spenden gebeten. Von einigen dieser Parteien und damals noch existierenden Massenorganisationen kamen auch Spenden, das war in der ersten Zeit sehr hilfreich. Wir bekamen dann später von der Stiftung Kulturfonds einmalig

DM 80.000,-. Wir bekamen einmal im Frühsommer von der Gauck-Behörde DM 100.000,-; daß wir diese DM 100.000,- bekommen haben, geht zurück auf eine Unterstützung Ihres Kollegen, des Abgeordneten Poppe, der die Gauck-Behörde gebeten hatte, unsere Einrichtung doch zu unterstützen. Und wir haben einmal projektgebunden für eine Wanderausstellung, die gegenwärtig in Greifswald gezeigt wird, 100.000,- aus Lottomitteln erhalten. Das klingt jetzt erst einmal sehr viel an Zuwendungen, ist auch eine ganze Menge, das muß ich zugeben. Auf der anderen Seite haben wir auch relativ hohe Ausgaben. Die Räume, die wir dort nutzen können, stehen uns zwar mietfrei zur Verfügung, aber nicht kostenfrei. Dieses ganze Gelände der Stasizentrale fiel ja zunächst unter Treuhandverwaltung und wird jetzt von der Oberfinanzdirektion verwaltet. Wir müssen an die Oberfinanzdirektion monatlich einen Betriebskostenanteil zahlen, der beläuft sich auf 12.000,- pro Monat. Wir haben des weiteren natürlich weitere Unkosten für Reinigung, für Aufsichtspersonal u.ä., d.h. wir haben im Monat rund 25.000,- fixe Kosten, ohne daß wir zusätzliche Aktivitäten entfalten, ohne daß wir ein einziges Plakat drucken, mit dem wir auf unsere Einrichtung aufmerksam machen, ohne daß wir ein einziges Inserat in irgendeiner Zeitung geschaltet haben. Die Situation sieht aber doch noch nicht ganz so schlecht aus. Das Abgeordnetenhaus hat Anfang dieses Monats beschlossen, daß unsere Einrichtung auch weiterhin unterstützt werden soll, so daß unsere Existenz zumindest bis zum Herbst nächsten Jahres gesichert ist. Wir hoffen, daß auch anschließend an diesen Zeitraum es weitere Zuwendungen geben wird.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Danke schön. Dieser Exkurs, meine ich, war ein ganz ganz wichtiger, er setzt aber die Nachfolgenden unter Druck, noch straffer zu antworten. Die oder der nächste bitte.

Dokumentations- und Informationszentrum Torgau, Brigitte Oleschinski: Ich möchte zuerst auf die Frage von Frau von Renesse eingehen, dann auf das, was Herr Fricke gefragt hat, und dann zum Schluß zu Herrn Hansen kommen.

Ich will drei Beispiele erzählen für die Behinderung der Nachforschungen zur NS-Militärjustiz in der Zeit der DDR in Torgau. 1948 hat die VVN, damals noch existierend in beiden Teilen Deutschlands, eine große Umfrage gemacht über alle Haftstätten im Dritten Reich. Die Unterlagen in Torgau kamen schon später zustande als woanders und sind 1950 von der SED aus Torgau abbeordert worden. Sie sind auch aus anderen Orten abgeordert worden mit dem Hinweis darauf, sie sollten zentral gelagert werden und eine zentrale Stelle sei besser in der Lage, mit diesen Akten umzugehen. De facto hieß es aber, daß seitdem von diesen Akten nichts mehr zu hören und nichts mehr zu sehen war.

Ein zweites Beispiel. In den 70er Jahren hat es in Torgau am Gelände der Strafvollzugseinrichtung Skelettfunde gegeben. In diesem Fall hat das

Ministerium für Staatssicherheit die Ermittlungen an sich gezogen, das war selbstverständlich. Aber das Problem der Skelettfunde dort war natürlich, daß man nicht genau entscheiden konnte, sind es Skelette aus der Zeit vor 1945 oder sind es Skelette aus der Zeit nach 1945. Nach den Unterlagen über diese Vorgänge fahnden wir immer noch. Wir haben sie auch in der Gauck-Behörde bisher nicht gefunden.

Ein drittes Beispiel. In den 80er Jahren hat das dortige Kreismuseum immerhin den Versuch unternommen, mit Betroffenen der Wehrmachtsgefangnisse Interviews zu führen und diese Interviews zu dokumentieren. Das hat eine dortige Museologin unternommen. Als sie mit ihrer Arbeit fertig war, also diese Interviews dokumentiert hatte, wurden diese von der Volkspolizei in den Tresor genommen und sie wurde vergattert, über diese Forschung kein Wort mehr verlauten zu lassen. Das also drei Beispiele dafür, daß dort in Torgau der Mantel des Schweigens wirklich ziemlich dicht war.

Herr Fricke fragte, wie wir uns das erklären. Ich denke, es hat drei wesentliche Gründe. Ein Grund ist, daß die Militärjustiz in der Forschung sowohl in West wie auch in Ost ein Defizit gewesen ist und immer noch ist, das ist ja auch erst in den späten 80er Jahren in Westdeutschland wenigstens in Ansätzen überhaupt aufgegriffen worden, die Frage, wie viele Menschen durch die NS-Militärjustiz überhaupt zum Tode verurteilt worden sind durch drakonische Urteile u.ä. mehr. Das Zweite ist, daß Torgau, der Haftort, natürlich weiter genutzt worden ist, d. h. wenn man sich mit der Zeit vor 1945 beschäftigt hätte, hätte man unweigerlich auch den Blick auf die Zeit nach 1945 gelenkt. Das ist in der DDR immer schon ein ganz wichtiger Punkt gewesen, also da darf man nicht dran rühren. Also kümmerte sich da kein Mensch drum, das wurde abgeblockt. Das dritte ist, daß die Fragen, die man an das Forschungsproblem NS-Militärjustiz stellen muß, daß die auf Problemstellungen hinauslaufen, die in der DDR auch nicht sonderlich gefragt waren, denn da geht es ja nicht um einen politisch gebundenen Widerstand, den man mit dem Etikett antifaschistisch versehen könnte, sondern da geht es in vielen Fällen um militärischen Ungehorsam, um Kriegsdienstverweigerung, um Desertion, um Menschlichkeit in bestimmten Situationen, vermischt mit durchaus anderen Problemlagen. Das alles waren Stichworte, die in das Geschichtsbild vom verordneten Antifaschismus in keiner Weise hineingepaßt haben. Ich denke, das sind die Dinge, die wir jetzt direkt sagen können. Ob es da noch in irgendeiner Form wirklich durchgestellte Linien gegeben hat, die gesagt haben, also rührt da nicht dran, laßt die Finger davon, das ist etwas, was wir herausbekommen möchten.

Zur Resonanz vor Ort. Wichtig ist zu sehen, daß die Stadt Torgau, ich sagte es eben schon, da einiges zu tragen hat auch stellvertretend für das gesamte Deutschland und daß sie insofern eine Stadt ist, die man auch nicht alleine lassen darf mit dieser Geschichte. Die Stadtverwaltung unterstützt uns sehr.

Es ist nicht völlig unumstritten, aber man kann sagen, daß die Stadt als Stadt sich große Mühe gibt. Wir haben derzeit mietfrei einen Raum zur Verfügung für ein Büro, was sich zwar noch nicht einrichten läßt, weil die beantragten Mittel beim Land Sachsen noch nicht bewilligt worden sind, vielleicht auch nicht bewilligt werden, aber immerhin die Stadt Torgau tut das ihre in diesem Zusammenhang, und natürlich ist es ein sehr schwieriges, sehr komplexes Feld. Wir haben z. B. festgestellt, daß die einzelnen Opfergruppen, Opfer vor 45, Opfer nach 45, durchaus verständliche Schwierigkeiten haben miteinander zu sprechen. Das ist etwas, was wir in der Arbeit aufzufangen versuchen, soweit das ein Dokumentations- und Informationszentrum im Aufbau, im Planungsstadium, tun kann. Deswegen ist also dieser Versuch, dort ein Gedenkkreuz aufzurichten, das zwar in getrennten Tafeln, aber auf einem Gedenkkreuz beider Opfergruppen nebeneinander gedenkt, schon einmal ein ganz wesentlicher Schritt. Aber das sind Konflikte, denen man sich stellen muß, denen wir uns auch in den verschiedenen Veranstaltungen stellen, wo wir immer wieder sehen, daß diese Kontinuitäts- und Diskontinuitätsfragen einfach ganz ganz wesentlich sind.

Historisches Dokumentationszentrum Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e.V.:

Ich möchte gleich anschließen an das zuletzt Gesagte und auf die Frage nach den Geschehnissen im Dritten Reich antworten. Es gibt in Magdeburg bzw. gab auch in den anderen Bezirkshauptstädten beim Ersten Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Bezirks eine Abteilung, die sich den Verfolgten des Naziregimes widmete und Personalakten aller dieser Leute gesammelt hat; die sind in Magdeburg gesichtet worden. Aus diesen Personalakten ist die Einsicht hervorgegangen, daß die Fragen, die nach 1989/1990 standen, 1945 schon einmal da waren. Ich denke dabei an der Art, wie Vergangenheit versucht wurde zu bewältigen, manche drücken sich drumherum, manche wollen davon nichts mehr wissen, andere kriegen sehr schnell die Kurve wieder in eine andere Richtung. Anhand dieser Fragen ist eine Materialsammlung erstellt worden aus diesen VDN-Personalakten. Sie liegen jetzt im Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, und es gibt ein Forschungsprojekt, das anhand der erstellten Dokumentation diese Personalakten aufarbeitet. Da sind die Parallelen ganz deutlich. Daß in sehr vielen Fällen politische Hintergründe bestanden, ist dort auch deutlich geworden, denn manche haben natürlich ihre KZ-Zeit ausgenutzt, um in der DDR zu Amt und Würden zu kommen, obwohl sie wegen krimineller Delikte im Konzentrationslager gewesen sind; da kann man sehr viele Schiebereien sehen. Soweit zu diesem Punkt.

Zur Finanzierung kann ich nur sagen, unsere Arbeitsbeschaffungsmaßnahme läuft aus im Februar nächsten Jahres. Wir haben uns bisher finanziert durch die Erstattung der Sachkosten, die wir vom Arbeitsamt bekommen haben, und wir haben Unterstützung durch den Magistrat Magdeburg, der eben keine Miete und bisher auch noch keine Kostenbeteiligung von uns verlangt.

Zur Vernetzung der Dokumentationszentren ist zu sagen, daß da nicht erst zwei Treffen stattgefunden haben, sondern seit geraumer Zeit monatliche Treffen in Dresden, Berlin und Magdeburg stattfinden. Es sind auch noch Vertreter anderer Dokumentationszentren hier, die dazu etwas sagen können.

Archiv Bürgerbewegung e.V. Leipzig: Ich möchte zu zwei Themen, die mehrmals angefragt wurden, etwas sagen, einmal zur Aufarbeitung der Dokumente und dann zu finanziellen Problemen. Was die Historiker interessiert, wir haben es geschafft, unsere Dokumente aufzuarbeiten, unser Rückstand beträgt vielleicht eine Woche. Ansonsten ist durch den Computer jederzeit genau festzustellen, was bei uns da ist und wieweit das gebraucht wird. Was die finanziellen Probleme anbelangt, werden wir subventioniert durch die ABM-Maßnahme. Wir haben zwei Stellen, ansonsten ist nichts Nennenswertes. Wir müssen Miete bezahlen und was dazugehört, und wenn die ABM-Maßnahmen auslaufen, dann hätten wir also auch die 2 Ganztagsstellen nicht. Alles andere läuft ehrenamtlich und ist mit viel Aufwand verbunden. Das Problem, denke ich, stellt sich nicht nur hier in Leipzig. Der Kreis der Engagierten ist sehr klein, und man macht nicht nur in einem Verein und nicht nur bei einer Sache mit, sondern mehreres gleichzeitig. Um so dringender wird die Absicherung der Arbeit, wenn die ABM-Maßnahmen auslaufen. Was den Schutz der Archivalien anbelangt, was ja Prof. Weber angefragt hat, wir können den richtigen Schutz gar nicht finanzieren. Wir verhalten uns so, daß gar nicht alle Dokumente im Archiv liegen, denn wenn eingebrochen wird, wenn es da brennt oder so, können wir sie nicht so schützen. Wir sind im Erdgeschoß. Also wir werden auch nicht drüber reden, wo die Akten liegen, aber sie sind einzusehen. Auf solche Methoden müssen wir jetzt zurückgreifen.

Vorsitzender Eppelmann: Herzlichen Dank. Noch sieben Frager. Als nächster Dr. Schmieder, dann Herr Prof. Soell, dann Frau Barbe.

Abg. Dr. Schmieder (F.D.P.): Ich möchte zwei Fragen stellen an die Vertreter der Gruppen, die sich vorrangig mit der Aufarbeitung der Stasi-Hinterlassenschaft beschäftigen, und zwar vor allen Dingen meine ich die beiden Leipziger Bürgerkomiteegruppen. Wie beurteilen Sie im nachhinein die Beschlüsse des Runden Tisches während der Modrow-Zeit zur Vernichtung des zentralen Datenspeichers zum einen, und zum anderen, zur Vernichtung der Unterlagen der Hauptabteilung Aufklärung: Finden sich unter Umständen in Leipzig noch verwertbare Materialien? Und dann eine ganz pragmatische Frage: Finden sich in Ihren Unterlagen Hinweise darauf, daß Fragmente des zentralen Datenspeichers unter Umständen in der Hinterlassenschaft der Sonderabteilung K1 der Kriminalpolizei sich befinden könnten?

Abg. Frau Barbe (SPD): Ich möchte ganz kurz auf die Finanzierungsfragen eingehen. Ich finde es ganz wichtig, daß von den einzelnen Gruppierungen ganz deutlich gesagt wird, wo ihre Schwierigkeiten liegen. Vielfach wird auf die Länder verwiesen und gesagt, Verfassungsaufgabe der Länder, dabei ist

sie ein gesamtdeutsches Problem. Deshalb müssen noch einmal von allen wirklich hier auch die Finanzierungsschwierigkeiten genannt werden. Das ist ein ganz wichtiger Punkt für uns, weil wir ja politische Schlußfolgerungen ziehen wollen. Und der zweite Punkt: Das betrifft eine Anhörung Anfang Dezember, da wird es eine Opferanhörung geben, und zur Vorbereitung dieser Tagung brauchte ich auch von allen, die heute schon hier sind, weil wir in den nächsten Wochen darüber beraten müssen, auch noch einmal Hinweise darauf, welche Probleme gibt es beim Verwaltungsunrecht. Denn es ist leider nicht so wie Heiko Lietz gesagt hat, wir hoffen, daß es positiv ausgeht im zweiten Unrechtsbereinigungsgesetz. Ich sehe große Schwierigkeiten, wenn es um die Finanzierungsfragen geht. Sollte man z. B. nur sagen, wie ist das mit Leuten, die nicht studieren konnten, die jetzt noch studieren wollen: BAfÖG-Erweiterung? Nur ein Punkt, da wird das Problem schon ganz groß. Wir brauchen dringend noch einmal von allen auch Hinweise darauf, welche generellen Probleme beim Verwaltungsunrecht anstehen, so daß wir sie sammeln können in den nächsten 14 Tagen, um diese Vorarbeit zu leisten.

Abg. Professor Dr. Soell (SPD): Ich wollte Herrn Heidingsfeld noch einmal fragen, weshalb das Buch von Besier und Wolf über Kirche und Stasi eigentlich mit soviel Reserve bis hin zur Ablehnung in Kreisen der EKD aufgenommen worden und weshalb eigentlich der Auftrag an die Kommission für Kirchliche Zeitgeschichte relativ spät erfolgt ist. Gab es politische Widerstände in der EKD-Spitze, oder gab es Probleme in der Kommission selber, die sich ja nun überwiegend mit dem, was Nationalsozialismus und unmittelbare Nachkriegszeit gewesen ist, bisher beschäftigt hat, und diesen Auftrag zunächst als ungewöhnlichen Auftrag empfunden hat? So meine Frage.

Sv. Prof. Dr. Friedrich-Christian Schroeder: Schon nach den ersten sieben Darstellungen ist man beeindruckt von der Vielfalt der Initiativen, aber natürlich auch etwas verwirrt über diese Vielfalt. Man sieht, daß viele ähnliche Aufgaben erfüllen. Gibt es bei Ihnen, sind bei Ihnen Verfahren entwickelt worden, daß Sie einerseits keine Doppelarbeit betreiben, andererseits Erfahrungen von Nachbargruppen oder Schwestergruppen oder Brudergruppen, wie man da sagen will, verwerten können? Gibt es eine Art Dachverband, der diese ganzen Initiativen zusammenfaßt und vielleicht dort eine Verallgemeinerung der Erfahrungen ermöglicht? Wenn nicht, dann möchte ich das hiermit anregen. Und als erstes müßte wohl auch ein Verzeichnis, ein Katalog aller dieser Initiativen erstellt werden, wobei ich gleich davor warnen möchte, daß wir die hier abgelieferten Papiere zur Grundlage nehmen, das ist nämlich viel zu umfangreich. Es müßte ein knapper Katalog sein, wo jede Initiative mit etwa 15 Zeilen vorgestellt wird, damit man sich ein plastisches Bild von dem jeweils eigenen Profil machen kann.

Sv. Prof. em. Dr. Herbert Wolf: Meine Überlegungen gehen in ähnliche

Richtung, und zwar ausgehend von der Feststellung, alte Täter befänden sich in neuen Schlüsselpositionen zum Teil in der Regierung, Wirtschaft usw. Die Reaktion zeigt, daß das doch offenbar nicht nur eine vereinzelte Feststellung ist, und man kann das doch irgendwie nicht in diffusem Unbehagen verbleiben lassen. Ich deute das so, da sind schuldig Gewordene oder höchstwahrscheinlich schuldig Gewordene, die sind nun nicht irgendwo, sondern an Schaltstellen von neuen gesellschaftlichen Machtstrukturen tätig. Meine Frage oder Bitte oder Anregung: Kann man nicht, da hier sehr viele, wenn auch noch nicht alle, Organisationen vertreten sind, die sich mit Aufarbeitung befassen, die Anregung geben, Informationen beim Sekretariat unserer Kommission zu zentralisieren, wo sich solche Fälle konkret abzeichnen, wer, wie, was zu veranlassen sei. Der Auftrag unserer Kommission heißt ja nicht nur Geschichte, sondern auch Folgen, und von unseren 6 Themengruppen sind mindestens 1 und 3 einschlägig, und sogar bei 6 heißt es Fortwirken von Strukturen und Mechanismen von Diktatur, d. h. an Informationen dieser Art müßten wir interessiert sein, aber mit konkreten Namen und Adressen. Mein Vorschlag also, ob man so etwas einrichten könne oder solle? Dann würde man schon vielleicht ein etwas klareres Bild bekommen und vielleicht manche Dinge in Gang bringen, die eben bisher nur so ganz allgemeines Unbehagen auslösen. Danke schön.

Abg. Dr. Jork (CDU/CSU): Herr Lietz schloß seinen Vortrag mit einem Appell an die Politik. Ich sehe da eine Verbindung zu dem, was wir gestern berieten. Meine Frage: Haben Sie, und das gilt auch an andere bitte, geprüft, wo die Politik leistungsfähig oder leistungsfähiger werden muß und wo die Justiz bei jetziger Rechtslage nicht ausreichend leistungsfähig sein kann, so daß Sie uns als Abgeordneten Schulaufgaben mitgeben?

Sv. Martin-Michael Passauer: Meine Frage ist ähnlich wie die von Dr. Jork, bloß ein bißchen vor einem anderen Hintergrund. Heiko Lietz hat gesagt, die Hauptaufgabe bestehe darin, die Interessen der Betroffenen zu wahren. Meine Frage richtet sich nochmal auf diese Interessen der Betroffenen. Sind das ausgesprochenermaßen justitielle Interessen, d. h. also gerichtet auf eine justitielle Aufarbeitung, oder stecken dahinter auch andere Interessen? Dies würde ich gerne noch einmal genauer wissen, und dann möchte ich gerne wissen, was ihr selber tut als Komitee, um die offenen Probleme, die ihr selber genannt habt, zu lösen. Also z. B. den ersten Punkt, das Problem der Nachvollziehbarkeit von Vertretern aus den alten Bundesländern. Aber auch eine Frage an alle anderen, es war ja vorher schon ein bißchen mit der Lehrerin in dem Casino angedeutet worden: Welche Form der politisch-moralischen Aufarbeitung haben Sie bisher in Ihren Gruppen angedacht oder sehen Sie, die Sie uns auch als eine Hilfestellung oder als eine Bitte zur Weiterarbeit mit auf den Weg geben?

Abg. Frau Prof. Dr. Wisniewski (CDU/CSU): Ich würde gerne auch

noch einmal auf die ganz praktischen Dinge eingehen. Wieweit gibt es eigentlich Verbindung mit dem Bundesinnenministerium, ich meine also jetzt Projektförderungen, und wieweit gibt es Verbindungen mit der Bundeszentrale für politische Bildung, auch Projektförderungsmöglichkeiten bestehen da, wieweit gibt es Verbindungen zu den Universitäten, also die Frage, könnten Sie sich vorstellen, daß, ich glaube hier speziell das Leipziger Institut z. B. an die Leipziger Universität irgendwie angeschlossen werden könnte? Das sind also alles Fragen, die jetzt sicher die Kollegen, die im Bundesinnenausschuß sind, gerne mit in ihre Obhut nehmen würden, weil wir doch so manche Vermittlung herstellen können. Ich glaube Herr Dr. Schmieder von der F.D.P. und ich, wir wären gern bereit zu helfen, wenn Sie direkt Kontakt mit uns aufnehmen würden.

Sv. Prof. Dr. Alexander Fischer: Die Anmerkung von Frau Wisniewski veranlaßt mich zunächst zu einem Hinweis. Das Ost-West-Kolleg in Köln der Bundeszentrale für politische Bildung bereitet eine größere Tagung zur sogenannten Vergangenheitsbewältigung in Deutschland, sag ich einmal etwas weiter ausholend, vor. Im Moment sind die Diskussionen dahingehend, ob man die alten Kämpfen der DDR- und der Deutschlandforschung hier einbeziehen soll, oder ob man nicht stärker in die neuen Bundesländer ausgreift. Herr Mitter und einige andere von uns wissen, daß ich sehr dafür plädiere, daß der letztere Schwerpunkt gesetzt wird, und ich werde also auch nach der Tagung heute noch einmal einige Adressen nach Köln weitergeben. Inwieweit die dann aufgenommen werden, wird man sehen, aber ich halte es für wichtig, daß hier im Blick auf diese Gruppierungen eine größere Öffentlichkeit hergestellt wird.

Meine eigentliche Frage oder mein eigentliches Problem, noch mal generell an die, die bisher gesprochen haben, es zielt so ein bißchen in die Richtung: Wie viele Mitglieder haben Sie eigentlich? Wie viele Mitarbeiter? Mein Eindruck, aus dem Hessischen gesehen, mit etwas Distanz, daß die Zahl wohl sehr gering ist. Sie haben eben gesagt, der Kreis der Engagierten sei sehr klein. Mich würde interessieren, muß man daraus schließen, daß in der hiesigen Bevölkerung, ich meine also, in der Bevölkerung der neuen Bundesländer, das Interesse an der Aufarbeitung der Vergangenheit geringer wird?

Abg. Frhr. von Schorlemer(CDU/CSU): Herr Vorsitzender, ich möchte nicht mit einer Frage anschließen, sondern ich möchte noch mal zurückgreifen auf die Fragestellung von Frau Professor Wisniewski. Die Frage lautete ja, welche Möglichkeiten bestehen für die Leipziger Gruppen, auf die Uni zuzugehen. Und hier möchte ich also mit der Information, die ich habe, nicht hinterm Berg halten. Ich habe also Hinweise darauf, daß der Personalchef der Leipziger Uni nach dem Tag der Deutschen Einheit, also im Oktober 90, eine Anweisung aus dem Vorjahre verwirklicht hat und praktisch Anweisung gegeben hat, daß allen

Beschäftigten dort Gelegenheit gegeben werden soll, die Personalakten zu bereinigen.

Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU): Viele der Damen und Herren, die hier sitzen, haben zu recht beklagt, ich betone, aus meiner Sicht zu recht geklagt, daß auch die Aufarbeitung der Vergangenheit in den westdeutschen Bundesländern nicht die Rolle spielt, die sie spielen müßte. Wir haben das Thema auch gestern schon einmal gehabt. Meine Frage, vielleicht kann das der eine oder andere beantworten: Inwieweit haben Sie Verbindung mit den jetzt neu aufgebauten Landeszentralen für politische Bildung und damit auch der Bundeszentrale für politische Bildung, so daß Ihre Arbeit in der politischen Bildungsarbeit hier, aber auch in den westdeutschen Bundesländern aufgenommen wird? Wieweit haben Sie also versucht, aus der Isolierung herauszukommen, um in dieses Netz der politischen Bildungsarbeit, wie wir es in der Bundesrepublik Deutschland haben, aufgenommen zu werden?

Archiv Bürgerbewegung e.V. Leipzig: Ich gehe ein auf die Frage der politischen Bildung, die verschiedenen Zentralen. Wir haben in Sachsen nun endlich die Bestimmung für die Förderung, Projektförderung und Sockelförderung. Für unser Archiv müßte es eine Sockelförderung sein. Die ist aber gar nicht möglich, weil es gar nicht vorgesehen ist, solch ein Archiv wie das unsrige zu fördern. Wir haben also gar keine Chance, auf dem Wege zu Geld zu kommen. Und was die Zahl der Engagierten anbelangt: Ich denke, daß die Zahl sich nicht stark verändert hat, daß der Kreis immer klein gewesen ist derer, die sich wirklich engagiert haben, auch um zu forschen, herauszubekommen, wie war es wirklich, wie sind die Strukturen gewesen, um die Verantwortlichkeiten klarzustellen. Ich denke, da kann man nicht sagen, 1990 war es anders als 1992.

Historisches Dokumentationszentrum Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e.V.: Das gleiche kann ich bestätigen für Magdeburg. Wir haben eine geringe Mitgliederzahl von 25 Personen, alle, fast alle, im Berufstätigenalter und auch noch berufstätig bis auf wenige. Zwei oder drei sind es insgesamt, die nicht berufstätig sind, die sich also ganztagig für diese politische Arbeit zur Verfügung stellen können. Die anderen machen das nach Feierabend und ehrenamtlich. Das ist die eine Seite. Die zweite Sache ist, die Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung wird erst jetzt langsam anlaufen, etwas zähflüssig, wahrscheinlich etwas über den Hinterweg, nämlich über Niedersachsen. Wir sind mit denen in Kontakt getreten und haben jetzt schon etwas nähere Informationen über die weitere Zusammenarbeit gefunden.

Dokumentations- und Informationszentrum Torgau, Brigitte Oleschinski: Ich möchte einmal kurz auf das Stichwort „Doppelarbeit“ eingehen. Es gibt eine ganze Reihe von Versuchen, die verschiedenen Initiativen zusammenzuführen. In Torgau haben wir z. B. im Mai eine Anregung aus Buchenwald fortgesetzt, daß die Initiativen, die sich mit den Speziallagern beschäftigen,

zusammenkommen. Es gibt die Stasi-Gedenkstättenreffen. Wir machen in Torgau im kommenden Jahr ein bundesweites Gedenkstättenreffen, im Juni. Es gibt hier in Leipzig, man muß ja doch vielleicht noch mal daran erinnern, das Forum zur Aufklärung und Erneuerung, in dem sich also doch auch eine ganze Reihe von Initiativen zusammengeschlossen haben. Wir machen jetzt auch am Wochenende hier in Leipzig einen Kongreß, der sich mit dem Stichwort Staatskriminalität, so eine Art Bestandsaufnahme, beschäftigt. Aber, alle diese Versuche, Gruppen zusammenzuführen, vielfältige Kontakte herzustellen, ersetzen natürlich nicht das, was auch gestern mehrfach anklang, also eine solide, wissenschaftliche Forschung, die an irgendeinem Punkte auch einigermaßen konzentriert ist, sei es in Berlin, sei es in Potsdam, das viel besprochene, viel gewünschte Institut für Zeitgeschichte zur DDR-Geschichte. Das zweite ist, daß, gerade hier im Lande Sachsen es große Probleme gibt, die eben schon angesprochene Sockelförderung für Institutionen und Gedenkstätten herzustellen. Die Projektförderung ist ja gar nicht das Problem, also Projekte kann man hier und da und dort immer wieder fördern lassen. Dann kommt auch einiges an Geld herein. Aber wenn man keine Institution hat, die wenigstens mit ein oder zwei oder drei oder je nachdem, wieviel notwendig sind, Kräften das laufende Archiv verwaltet, die laufende Korrespondenz erledigt usw., dann nützen diese ganzen Projektmittel herzlich wenig. Also, es ist wirklich erstaunlich, wenn Sie sich umgucken, und die Enquete-Kommission wird es ja jetzt auch sehen, es ist wirklich erstaunlich, was unter diesen, absolut schmähhlichen Bedingungen von diesen ganzen Institutionen bisher bereits geleistet worden ist. Aber, das kann ich dann also nur wieder als Appell dann auch formulieren, diese Institutionen brauchen eine Grundausrüstung, die einigermaßen sicher ist, sonst können sie nicht arbeiten. Gut. Das ist also der dringende Appell, den ich hier noch mal und noch mal und noch mal wiederholen kann.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Er hat ja Unterstützung gefunden. Ich hoffe, nachher auch in der Realität.

Komitee zur Rehabilitierung der Opfer des Stalinismus in Mecklenburg-Vorpommern, Heiko Lietz: Die Bereiche der beruflichen und der verwaltungsrechtlichen Rehabilitierung sind im Einigungsvertrag nicht vorgesehen. Es besteht dringender Handlungsbedarf, wenn diese Leute nicht das Gefühl haben sollen, daß sie aufgrund einer unverantwortlichen Verkürzung im Einigungsvertrag einfach durch das Sieb fallen. Das sind einzelne, menschliche Schicksale, auch im Bereich der beruflichen Rehabilitierung. Und das kann man nicht einfach übergehen mit dem Argument, es komme im Einigungsvertrag nicht vor, deswegen könne man ein bißchen locker damit umgehen. Jede Enttäuschung schlägt sich politisch nieder in der Verunsicherung des politischen, inneren Friedens. Ich möchte diese Beziehung noch mal ganz deutlich machen, daß in der Summe der Betroffenen, sozusagen, ein kritisches Potential

von unheimlichem Frust entsteht, gerade in den neuen Bundesländern, wo Demokratie ja noch nicht stabil ist, sondern wo sie aufgebaut werden muß. Von daher denke ich, Sie als Politiker haben da, müßten da unwahrscheinlich sensibel sein, daß Sie das nicht so einfach übergehen. Es gibt ja inzwischen einen Referentenentwurf, ich weiß nicht, ob Sie das wissen, vom Bundesinnenministerium, für diese beiden Bereiche, und ich will Sie dringlich bitten, diesen Referentenentwurf zur Kenntnis zu nehmen und intensiv voranzutreiben. Ich denke, daß diese Dinge von Ihnen ganz ernst genommen werden müssen. Ich appelliere dringend an Sie als Vertreter dieser Gruppen, die selber kein Sprachrohr haben. Was das Interesse oder das Nachlassen des Interesses an der Aufarbeitung der Vergangenheit betrifft, es sind in diesen zwei Jahren schon so viele neue Probleme aufgekommen, die, sozusagen, die Vergangenheit der DDR überlagert haben. Mecklenburg-Vorpommern: faktische Arbeitslosigkeit von 50%, jeder Zweite nur hat einen festen Arbeitsplatz. Da kann man sich den Luxus einer Vergangenheitsaufarbeitung kaum noch leisten. Sie ist fast akademisch geworden. Selbst ich, der ich, sozusagen, ganz engagiert seit zwei Jahren das betreibe, habe das Gefühl, ich kann mir eigentlich die Zeit nicht mehr dafür nehmen, während, sozusagen, in Mecklenburg die Asylheime brennen. Da ist es dann ja natürlich jetzt verfehlt, Artikel 16 zu ändern, sondern die Probleme liegen anders, bloß um Sie nicht gleich auf die falsche Fährte zu setzen. Und das Dritte, was die Information über Altlasten betrifft, was Sie angeregt haben. Ich denke, das wäre gut, wenn hier von Bundesseite aus das Angebot käme, Leute, wo Name und Adresse nachweisbar ist, an einer zentralen Stelle zu melden, damit damit politisch umgegangen werden kann. Ansonsten sagen viele: Es ist doch nicht zu fassen, nach 2 Jahren sitzen diejenigen, die uns damals gekantet haben, wieder da und kanten uns neu aus den Betrieben, nicht? Und dies ist politisch auch ein ganz großes Problem, und ich bitte Sie auch dringend, diese Dinge wirklich nicht nur in Ihrem Herzen zu bewegen, sondern in Ihre politische Konzeption umzusetzen.

Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstraße e.V. (ASTAK): Ich will nur auf zwei Fragen kurz eingehen. Frau Dr. Wilms hatte gefragt nach Zusammenarbeit mit der Landes- oder Bundeszentrale für politische Bildung. Da gibt es, was unsere Institution betrifft, eine sehr gute Zusammenarbeit. Wir erhalten sehr viel Unterstützung von der Landeszentrale. Das betrifft beispielsweise Bücher, die wir in den Bestand unserer Bibliothek hereinnehmen können. Das betrifft aber auch nichtmaterielle Unterstützung, in Form von Hinweisen für die Organisation der Arbeit und ähnliches. Ich möchte dann noch kurz auf die Frage von Frau Barbe zurückkommen, ob die Sicherstellung der Arbeit der ganzen Initiativen, die heute auch hier anwesend sind, nicht auch Aufgabe des Bundes ist. Und ich bin der Meinung, daß darüber doch wirklich noch einmal nachgedacht werden muß. Sicherlich muß man das auch differenzieren. Es gibt sicherlich Initiativen, die nur eine lokale oder regionale Bedeutung und

Ausstrahlung haben, aber es gibt halt auch eine Reihe von Initiativen, Gedenkstätten, die eine überregionale Bedeutung haben. Wir haben das gehört von Besuchergruppen, die teilweise aus dem Ausland kommen oder zumindest aus den alten Bundesländern angereist kommen. Und ich denke, dort wäre auch der Bund in der Pflicht zu überlegen, wie Rahmenbedingungen geschaffen werden können, daß diese Gedenkstätten und Initiativen weiterarbeiten können.

Bürgerkomitee Leipzig – Museum in der Runden Ecke –: Zwei Dinge. Erstens, das Problem: Löschung der Datenspeicher. Wir haben damals sehr kontrovers diskutiert im Bürgerkomitee, ob der Entschluß des Runden Tisches, diese elektronischen Datenspeicher zu löschen, richtig sei. Wir sind auch jetzt darüber noch nicht einig. Ich will Ihnen nur zwei Stichpunkte dazu nennen. Das eine ist, der elektronische Zugriff wurde nach meinem Eindruck zurecht von Datenschützern heftig diskutiert, d. h. es wäre eben schwierig gewesen, wenn diese Datenträger erhalten geblieben wären, sie so zu nutzen. Das andere ist natürlich, man muß deutlich sehen, daß der Zugang zu dem Finanzprojekt beim MfS einen unwahrscheinlichen Fortschritt gebracht hat, bei der Aufklärung der Strukturen des MfS auch ganz deutlich. Ich glaube, diese beiden Stichworte genügen. Was allerdings für mich jetzt interessant ist, und ich habe es vorhin schon angeschnitten, ich wäre natürlich froh, wenn man die Diskussion, wie frühere Entscheidungsträger weiterbeschäftigt werden, auch unter dem Gesichtspunkt Nationale Volksarmee noch einmal aufnehme. Das interessiert mich brennend, und ich glaube, es ist eine Stelle, wo wir auch konkret werden könnten hier am Tisch.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Völlig zurecht weist Professor Soell darauf hin, daß seine Frage, die er an den Vertreter der evangelischen Kirche gestellt hat, noch keine Möglichkeit hatte, beantwortet zu werden.

Evangelische Kirche in Deutschland, Oberkirchenrat Heidingsfeld: Sie hatten zwei Fragen gestellt. Die erste zu dem Besierbuch und der reservierten Aufnahme in der EKD. Insgesamt war die Aufnahme natürlich sehr bunt, aber es hat in der Tat reservierte Aufnahmen gegeben, die sich an zwei Aspekten besonders und, wie ich denke, auch zurecht festgemacht haben. Erstens, der Kumpaneivorwurf in der Einleitung von Besier und Wolf gegenüber den Kirchen in der früheren DDR und zweitens, die wissenschaftlich nicht sehr saubere Art des Umgangs mit den Quellentexten, also nicht die präzise Belegung, wo man das jeweilige Dokument verifizieren und nachlesen könnte. Das hat vor allem dazu geführt zu sagen, das ist nicht die Art und Weise, wie wir uns den Umgang mit diesem schwierigen Gebiet vorstellen. Besier hat gesagt, seit dem 03. Oktober 90 unter den neuen Bedingungen, die ja dann noch mal verstärkt worden sind durch das Stasiunterlagengesetz, sei es ihm zunächst mal nicht möglich gewesen, das, was er vorher mit seinen Mitarbeitern eingesehen hatte, dann sozusagen noch einmal zu verorten. Das war sein Einwand gegen die Einwände, die in dem zweiten Punkt kamen.

Ich halte trotzdem das Petition aufrecht. Es ist bis heute nicht möglich, die von Besier veröffentlichten Quellentexte sozusagen wieder aufzufinden, wenn man gerne nachsehen möchte, ob der Wortlaut stimmt, wie er wiedergegeben worden ist. Das Zweite, die Frage, ob es politische oder grundsätzliche Widerstände gegeben hat im Blick auf die mehr wissenschaftliche, systematische Aufarbeitung. Das muß ich verneinen. Hat es nicht gegeben. Es hat allerdings Überlegungen gegeben, ob die Arbeitsgemeinschaft der Kirche zur Zeitgeschichte in ihrer Zusammensetzung und Arbeitsweise tatsächlich schnell in der Lage sein wird, darauf zu reagieren. Das haben Sie selber zu einem Teil ja schon mit dargestellt. Die hat ja einen ganz anderen Arbeitsschwerpunkt bislang gehabt, wird jetzt auf diesem neuen Arbeitsschwerpunkt mit einsteigen. Bedeutet aber personell und strukturell und in den sonstigen Überlegungen doch eine ziemliche Veränderung. Und es war natürlich auch die Frage, soll man es gleich auf diese hohe, wissenschaftliche Ebene heben, oder braucht man nicht etwas schneller auch etwas mehr für den täglichen Gebrauch abzielende Publikationen. Und die andere Überlegung: Müßten nicht diejenigen, die sozusagen unmittelbar dran und betroffen sind, die Gelegenheit haben, sich zu diesen Fragen zu äußern? Im Resultat hat es eben dazu geführt, daß einerseits, wie ich sagte, die Arbeitsgemeinschaft das machen wird, andererseits es aber auch eine Arbeitsgruppe geben wird aus der früheren Konferenz der Kirchenleitungen und was damit zusammenhängt, um sich diesen Dingen zuzuwenden.

Vorsitzender Eppelmann: Herzlichen Dank. In besonderer Weise den sieben Initiativen, die sich hier vorgestellt haben und zu Rückfragen bereit gewesen sind. Wir treten jetzt in eine ganz kurze Pause ein.

Wie angekündigt, möchte ich gerne mit der Projektgruppe zur Aufarbeitung der Geschichte der Humboldt-Universität beginnen. Bitteschön.

Projektgruppe zur Aufarbeitung der Geschichte der Humboldt-Universität (MfS-Verflechtung) beim Studentenrat, Frau Sasse: Mein Name ist Sasse, ich bin Studentin an der Universität. Ich würde gern etwas zur Arbeitsweise der Gruppe sagen. Die ist sicherlich einfacher als die Arbeitsweise von Bürgerkomitees oder von sehr allgemeinen Einrichtungen, weil die Universität doch ein sehr in sich geschlossenes System ist. Es ist überschaubar und eine Reihe der Leute, die zu befragen wären, sind noch an der Universität. Seit 1990 existieren an der Humboldt-Universität eine Ehrenkommission und eine Rehabilitierungskommission. Die Ehrenkommission arbeitet auf Antrag einzelner Kommissionen oder auf Antrag universitärer Institutionen und führt primär Gespräche mit Personen, über die ein Endbescheid der Gauckbehörde vorliegt. Die Rehabilitierungskommission funktioniert etwas anders. Sie arbeitet auf Antrag der Betroffenen. Hier werden politisch und wissenschaftlich benachteiligte Angehörige oder ehemalige Studierende der Universität gehört. Bisher gab es 200 Gespräche in der Rehabilitierungskommission. Aber, man-

gels eines Rehabilitierungsgesetzes kann ihnen bisher praktisch nicht geholfen werden. Den Leuten wird mitgeteilt, daß sie rehabilitiert sind, ohne daß für die Praxis etwas daraus folgt. Die Erfahrungen sowohl der Ehrenkommission als auch der Rehabilitierungskommission legen die Vermutung nahe, daß an der Universität Machthierarchie bestanden haben, die man über Einzelfallprüfungen schlecht recherchieren kann. Auf Veranlassung von Studenten hat die Universitätsleitung im Frühsommer '91 ein Schreiben an die Gauckbehörde gerichtet mit der Bitte um Einsicht in alle Sach- und Vorgangsakten, die die Universität betreffen. Anfang Januar '92 gab es zwischen Studenten und dem Bundesbeauftragten, Herrn Gauck, einen Gesprächstermin, und ab Januar 1992 hat unsere Arbeitsgruppe Einsicht sowohl in Sach- und Vorgangsakten als auch in personenbezogene Akten. Die Betreuung der Arbeitsgruppe wird durch die Abteilung Bildung und Forschung, speziell durch eine Mitarbeiterin realisiert. In der Arbeitsgruppe arbeiten zehn Studenten aus verschiedenen Fachbereichen sowohl naturwissenschaftlicher als auch geisteswissenschaftlicher Art. Unsere Finanzierung sieht sehr trocken aus. Sie kennen ja sicherlich die finanzielle Situation der ostdeutschen Universitäten und Hochschulen. Für zehn Studenten stehen zwei projektorientierte Plätze von je 400,- DM im Monat zur Verfügung. Unsere Sachkosten gehen fast gegen minus unendlich, weil da überhaupt nichts vorhanden ist. Wöchentlich gibt es eine feste Zusammenkunft, sonst arbeiten wir einzeln oder in kleinen Gruppen in der Behörde an den Akten selbst. Zum Arbeitsgebiet ist folgendes zu sagen. Bevor wir Akteneinsicht hatten, stand schon eine Reihe von Themenkomplexen fest, die teilweise fächerübergreifend, aber teilweise auch fächerspezifisch sind. Zu den Themenkomplexen gehören Fragen nach den allgemeinen Strukturen einer Universität ebenso wie nach Forschungsleistungen des einzelnen Faches für das MfS. Außerdem ist für uns die Verbindung zu Blockparteien und Massenorganisationen interessant, und eine weitere Frage, die ich bis hierher von anderen Gruppen leider vermißt habe, ist: Wie haben sich die Leute an der Universität, die nicht Täter waren, in die für sie konstruierten Machtstrukturen eingefügt und wie sehen sie die heute? Die Bearbeitung der Themenkomplexe kann nicht losgelöst von Personen betrachtet werden. Die Zusammenarbeit funktioniert primär immer universitär mit den schon genannten Kommissionen, mit der Ehrenkommission, mit der Rehabilitierungskommission. Zielgruppe der Arbeit soll primär die Universitätsöffentlichkeit sein, um die Auseinandersetzung mit wissenschaftlichen und politischen Vergangenheiten zu qualifizieren. Die Zielgruppe darüber hinaus ist durchaus auch eine breitere, speziell Berliner Öffentlichkeit. Zu den Besonderheiten dieser Universität ist einiges zu sagen. Die Humboldt-Universität war eine der exponiertesten und stand darüber hinaus in der geteilten Stadt Berlin und war deshalb für Blockparteien, Massenorganisationen, für die SED und auch für das MfS sehr interessant. Eine Reihe von Fächern gab es nur an der Humboldt-Universität, sonst nicht in der DDR, wie z. B. die Sektion Kriminalistik und das Institut

für Sozialtherapie. Eine hohe Zahl von Dienstseinheiten des MfS hat an der Universität gearbeitet, da sie halt auch eine Forschungseinrichtung war. Gegenwärtig scheint die Humboldt-Universität die am besten aufgearbeitete Hochschule durch die Gauckbehörde zu sein. Durch die Nichtabwicklung, also durch die verhinderte Pauschalbehandlung des Personals, ist eine ziemlich gute Auseinandersetzung mit einzelnen Fällen über die Ehrenkommission ermöglicht worden. Ich will aber noch einmal mit Nachdruck darauf hinweisen, daß wir die Erfahrung gemacht haben, daß die IM-Tätigkeit durchaus ein gesamtdeutsches Problem ist, da jetzt die ersten Erkenntnisse über die Freie Universität in der Presse aufgetaucht sind. Zu den genutzten Dokumenten der Gauck-Behörde gebe ich das Wort an Frau Labrens-Weiß weiter, die in der Abteilung Bildung und Forschung tätig ist.

Frau Labrens-Weiß: Ich bin in der Gauck-Behörde seit mehr als einem Jahr beauftragt, als Sonderrechercheurin die Unterlagen der Humboldt-Universität aufzuarbeiten. Seit Januar '92 bin ich wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Bildung und Forschung. Im letzten Jahr habe ich eine Studie erarbeitet zu dem Thema „Einfluß des MfS auf das Hochschulwesen am Beispiel der Humboldt-Universität“. Diese Studie umfaßt circa 70 Seiten. Ich habe fast alle Akten gelesen, die sich in der Bezirksverwaltung Berlin befinden. Im ersten Teil konnte ich im groben erste Strukturen des MfS an der Humboldt-Universität erarbeiten. In dem zweiten Teil der Studie befasse ich mich mit der Analyse der Recherche, den Ergebnissen aus der Überprüfung von 780 Professoren und Dozenten nach verschiedenen Kriterien.

Fortsetzung Frau Sasse: Zu weiteren Dokumenten ist zu sagen, daß wir Entwicklungskonzeptionen der Universität mit beachten, wie z. B. Kaderentwicklungspläne oder Nomenklaturordnungen, die uns zugänglich sind. Es finden Gespräche mit Betroffenen beider Seiten statt, beispielsweise mit ehemaligen relegierten Studenten und entlassenen Mitarbeitern. Es finden ebenso Gespräche mit ehemaligen Funktionären der zuständigen Ministerien und der SED sowie der ehemaligen FDJ innerhalb der Universität statt. Unsere Öffentlichkeitsarbeit bezieht sich primär auf die Universität. Die Sitzungen der Arbeitsgruppe finden teilweise öffentlich statt. Wir haben eine sehr, denke ich, streng gehaltene Arbeitsordnung, da wir z. T. auch Akten lesen von Leuten, die gegenwärtig noch in der Universität sind. Betroffenengespräche finden öffentlich statt, also Befragungen von Funktionären, von repressiv behandelten ehemaligen Mitarbeitern und Studenten. Die Medien haben zumindest im Berliner Raum sehr großes Interesse gezeigt, besonders die Presse und der Rundfunk. Und die Öffentlichkeitsarbeit erfolgt immer anhand dieser Arbeitsrichtlinien, die wir haben. Zur Bedeutung der Aufarbeitung ist zu sagen, daß die wissenschaftlichen Aspekte der Geschichte der Universität eigentlich nur seriös gesehen werden können, wenn man sich der Geschichte vielschichtig zuwendet und auch differenziert. Wir haben die Erfahrung ge-

macht, daß die hinzugezogenen Akten Zeitzeugen sind, also historische Quellen, die geschichtlich, soziologisch und psychologisch eingeordnet werden müssen und können, und daß eine direkte Verwendung auch Gefahren in sich birgt. Die an der Universität jetzt zu treffenden strukturellen und personellen Entscheidungen müssen mit Sachkenntnis getroffen werden, wie z. B. die Schließung belasteter Fächer oder die Entscheidung über Kündigung und Weiterbeschäftigung von Personen. Der Ausschluß von Erpreßbarkeiten ist sicherlich eher eine Sache der Ehrenkommission, spielt aber in die Arbeit unserer Arbeitsgruppe auch mit hinein. Primär, denke ich, ist es auch an uns, Rehabilitierungsfälle zu beschleunigen und zu unterstützen. Sowohl eine materielle als auch eine ideelle Rehabilitation ist an einer Universität bisher kaum möglich, weil Gesetze fehlen. Ein Rehabilitierungsgesetz gibt es nicht, und die materiellen Möglichkeiten der Universität sind sehr begrenzt.

Rehabilitierungskommission ehem. Einrichtungen gem Art. 36 EV, Silvia Müller: Mein Name ist Silvia Müller. Ich spreche hier gleich für zwei Projekte im Medienbereich, die sich mit der Aufarbeitung sowohl der Geschichte und Struktur wie auch der gesellschaftlichen und individuellen Folgen der SED-Diktatur befassen. Die erste Initiative ist die Rehabilitierungskommission der ehemaligen Rundfunkeinrichtung gemäß Artikel 36 des Einigungsvertrages. Sie bildete sich auf Veranlassung des Hörfunkrates, dessen Mitglied ich war, bereits im Frühjahr 1990, also kurz nach Konstituierung der frei gewählten Volkskammer der DDR, im inzwischen veränderten DDR-Rundfunk. Auch durch Beteiligung der Redakteurs- und künstlerischen Räte sowie durch Einflußnahme neu entstandener demokratischer Parteien im Funkhaus Berlin-Nalepastraße wurde die in diesen Tagen amtierende Generalintendanz dazu veranlaßt, der Einrichtung einer Rehabilitierungskommission zuzustimmen und sie mit entsprechenden Vollmachten auszustatten. Seit ihrer Gründung sieht die Rehabilitierungskommission ihren besonderen Auftrag darin, politische Unrechtsentscheidungen und Repressionen aufzuklären, die gegen Journalisten, Künstler und andere Rundfunkmitarbeiter in 40 Jahren autoritärer Medienpolitik des SED-Staates verhängt wurden, wenn sie sich seinen Doktrinen verweigert hatten. Als die Rehabilitierungskommission im Mai 1990 ihre Arbeit aufnahm, gab es noch die Illusion, daß auch die Täter – die Verantwortlichen für die unterschiedlichen Repressionen, von der fristlosen Entlassung bis zur Strafverfolgung – an den Beratungstisch geholt werden könnten. Die begrenzten juristischen Befugnisse der Kommission verhinderten dies leider, und in der Mehrzahl waren die Verantwortlichen auch schon nicht mehr Mitarbeiter im Rundfunk. In Anhörungen und durch zusätzliche Recherchen in Personalunterlagen und internen Aktennotizen wurden und werden Rehabilitierungsanträge Betroffener geprüft. Erwiesene berufliche Benachteiligung oder Ausgrenzung, Berufsverbote, ungerechtfertigte Entlassungen und dergleichen werden in Erklärungen dokumentiert, um so das in der Öffentlichkeit geschä-

digte politisch-moralische Ansehen der Betroffenen wiederherzustellen. Wenn über eine Wiedereinstellung ein angemessener Ausgleich für erwiesenes Unrecht zu erreichen war, machte sich die Kommission zum Befürworter solcher Wünsche, denn für finanzielle Wiedergutmachung gab und gibt es leider noch immer keine rechtliche Grundlage. Seit Mai 1991 ist die Kommission auf Veranlassung des damaligen Rundfunkbeauftragten Mühlfenzl auch für die Anträge ehemaliger Mitarbeiter des DDR-Fernsehens zuständig. Als Bilanz ließ sich im Juni dieses Jahres festhalten: 82 Wiedergutmachungsanträge wurden an die Kommission gerichtet, davon 49 aus dem Hörfunkbereich, 33 aus dem Fernsehfunk. Die Kommission konnte 53 Rehabilitierungsfälle anerkennen und in Erklärungen bestätigen. Diese Erklärungen wurden bis zum 31. Dezember 91, also bis zum Zeitpunkt der Auflösung der Einrichtung, im Funkhaus Nalepastraße und im Deutschen Fernsehfunk Adlershof öffentlich ausgehängen. Hinter jedem der hier „Fälle“ genannten Schicksale verbirgt sich eine bewegende Lebensgeschichte. Es sind Lebensberichte von großer Eindringlichkeit, die eine andere als die aus offiziellen Dokumenten bekannte Geschichte des DDR-Hörfunks und -Fernsehens nachzeichnen. Nach unserer Ansicht können sie zu einer differenzierten Darstellung des Mediensystems der DDR wesentlich beitragen. Seit Januar diesen Jahres ist die Tätigkeit der sieben gewählten und unentgeltlich arbeitenden Kommissionsmitglieder an den Auftrag der NFL-Gesellschaft zur Abwicklung der Rundfunkeinrichtung gebunden. Dieser gilt nur noch bis zum 31. Dezember diesen Jahres. Sorge macht uns, wie mit neu eingegangenen Rehabilitierungsanträgen nach dem 31. Dezember verfahren werden soll. Ist es nun das „Pech der Zu-spät-Gekommenen“, wenn wir ihren Anspruch auf Wiedergutmachung abweisen müssen? Es belastet uns, wenn einzig durch ein Datum der Glaube an rechtsstaatliche Aufarbeitung berechtigter Ansprüche aus der Vergangenheit des SED-Staates erschüttert werden sollte. – Vielleicht ist – für Sie als Mitglieder der Enquete-Kommission des Bundestages – noch mein persönliches Motiv für diese Arbeit von Interesse. Ich selbst erhielt 1984, als Journalistin bei der „FF dabei“ Berufsverbot aufgrund meines Engagements in der Friedensbewegung der DDR. Im Berliner Verlag wurde niemals eine Rehabilitierungskommission gebildet, auch nicht nach der Übernahme durch Gruner und Jahr. Zum Teil sind damals Verantwortliche nach wie vor in Verantwortung, nun bei Gruner und Jahr. Keiner hat sich je bei mir entschuldigt.

Nun zur zweiten Initiative, für die ich hier spreche. Die Arbeitsgruppe **„Exemplarische Aufarbeitung der 40-jährigen Geschichte des DDR-Rundfunks und seiner Struktur“** entstand im Mai 1991, als sich nach einjähriger Tätigkeit der Rehabilitierungskommission die Notwendigkeit einer historischen Aufarbeitung der diesen politischen Konfliktfällen zugrunde liegenden Struktur des DDR-Rundfunks abzeichnete. Während die Rehabilitierungskommission mit dem pragmatischen Ansatz politisch-moralischer Wiedergutmachung

auf Betroffene reagiert, die sich von sich aus an die Kommission wandten, untersucht die Arbeitsgruppe zur Rundfunkgeschichte die Ebenen der Verantwortung, die politischen und kulturpolitischen Mechanismen des Unrechts im DDR-Rundfunk historisch. Ich möchte dies einmal an einem Beispiel veranschaulichen. Im Gründungsmonat der DDR wurde Heinz Schmidt, damaliger Intendant des Berliner Rundfunks, durch Politbürobeschuß „wegen nationalistischer Überheblichkeit seiner Funktion enthoben“. Heinz Schmidt lebt nicht mehr und steht somit für viele, die sich nicht mehr an eine Kommission wenden können, um zur Aufarbeitung der SED-Vergangenheit beizutragen. Im Zentralen Parteiarchiv der SED in Berlin fand ich das Protokoll einer siebenstündigen Sitzung, zu der das erweiterte Parteiaktiv Berliner Rundfunk am 30. Oktober 1949 eigens ins Zentralsekretariat der SED geladen wurde. Dort nannte Hermann Axen Hintergründe und wies die politische Linie: „Es geht in diesem Fall am wenigsten um den Genossen Heinz Schmidt, sondern es geht um die Frage der Partei, der Partei neuen Typs, um die Frage der Abwehr aller feindlichen Kräfte, auch jener ideologischen Infiltration des Feindes, die man auf den ersten Blick als solche nicht erkennen kann. Denn der Gegner wird, wie der Rajk-Prozeß und die Moskauer Prozesse bewiesen haben, nicht offen auftreten, sondern mit Leuten, die nach außen scheinbar Verdienste um die Arbeiterbewegung errungen haben.“

Ein anderer Fund aus dem Bundesarchiv Potsdam ist ein 1961 verfasster „Bericht über die Kaderentwicklung im Deutschen Demokratischen Rundfunk“. Darin wird die allmähliche Zentralisierung des Rundfunksystems mit ihren gesellschaftlichen und individuellen Folgen schwerster Tragweite beschrieben. „1951/52 erfolgte eine durchgreifende Reorganisation... systematisch wurden etwa 1000 klassenfremde und schwankende Elemente, vor allem in Berlin, ausgeschaltet... Die Bildung des Staatlichen Rundfunkkomitees war eine entscheidende Maßnahme bei der Säuberung des Rundfunks... Nur die besten, unserer Partei und Regierung treu ergebenden Mitarbeiter wurden übernommen... Es wurden in enger Zusammenarbeit zwischen der Abteilung Agitation und Propaganda (des ZK der SED), der Parteileitung des Rundfunks und dem Komitee Diskussionen über Sendungen und zurückgewiesene Beiträge auf den verschiedenen Ebenen innerhalb des Rundfunks geführt... Entscheidungen über Kaderfragen wurden von der ideologischen Standfestigkeit des Mitarbeiters abhängig gemacht. So wurden wiederholt wichtigste Entscheidungen über Umbesetzung, Beförderung und Degradierung nach ideologischen Diskussionen gefaßt.“ Zusammen mit einigen engagierten Mitarbeitern tragen wir in unserer Arbeitsgruppe zur Rundfunkgeschichte aus den verschiedenen Archiven Dokumente zusammen. Die Auseinandersetzung mit pauschalen Interpretationen des Stalinismus soll verbunden werden mit einer strukturellen Analyse der jeweils historisch und politisch determinierten SED-Medienpolitik am Beispiel des DDR-Rundfunks. Dazu soll die Rolle der Ideologie in der

DDR unter folgenden Gesichtspunkten untersucht werden: In ihrer politischen Funktion als Legitimationsinstrument; die Funktionalisierung der Medien und ihre ideologische Instrumentalisierung unter dem Diktat der Politik; herrschendes Bewußtsein als Bewußtsein der Herrschenden; und Herrschaftstechniken von Manipulation und Mobilisierung aus ideologiekritischer Sicht. Dabei setzt die Arbeitsgruppe exemplarisch für wesentliche politische Konfliktfälle zeitliche Schwerpunkte. Das Archivalienstudium wurde von uns bereits und soll weiter durch lebensgeschichtlich angelegte Interviews ergänzt werden. Durch diese Interviews mit Journalisten, Künstlern, ehemaligen Leitungskadern und Parteifunktionären aus den für Agitation und Propaganda zuständigen SED-Apparaten sollen die der Ideologie zugewiesenen Aufgaben in der Medien-, Kultur- und Personalpolitik weiter erhellt werden. Zusammenfassend besteht also der besondere Wert dieser Arbeit darin, über Rehabilitierungen hinausgehend mit Hilfe von Dokumenten und Zeitzeugen Strukturen aufzuarbeiten und damit eine Analyse des Systems der Vermittlung des Herrschaftsdenkens als gesellschaftliches Bewußtsein abzugeben. Bisher fehlt es der Arbeitsgruppe jedoch an jeglicher gesellschaftlicher Anerkennung und Unterstützung des Projektes. Die Arbeitsgruppe, die bis 1991 vom Funkhaus Nalepastraße gestützt wurde, besteht seit Januar nur noch als eine freiwillige Arbeitsgemeinschaft von „Idealisten“, so muß man es wohl beschreiben. Meine sieben Mitstreiter und ich engagieren sich ohne eine finanzielle Entschädigung, allein der Sache wegen, bislang noch. Dringend benötigte Arbeitsmittel wie Kopierer, Computer, Diktiergeräte, Kassetten, Disketten usw. stehen nicht zur Verfügung. Die Interviews müssen mühsam selbst transkribiert werden, weil Honorargelder fehlen. Zu befürchten ist, daß ohne finanzielle und materielle Förderung des Projektes unsere Forschungsarbeit vorzeitig und ohne Abschluß abgebrochen werden muß. Daher ist es uns wichtig, von Ihnen zu erfahren, ob über eine mögliche Arbeitsvereinbarung mit der Enquete-Kommission des Bundestags der Fortbestand der von mir vorgestellten zwei Initiativgruppen zu sichern wäre.

Umweltbibliothek Berlin – Domaschk-Archiv –: Die Umweltbibliothek ist eine Gruppe, die auch schon länger besteht. Ich möchte deshalb kurz in die vergangenen Jahre ausholen. Die Umweltbibliothek Berlin wurde 1986 in den Kellerräumen der Zionskirchgemeinde bei Pfarrer Simon im Rahmen der damaligen Möglichkeiten in der DDR als Gruppe innerhalb der Evangelischen Kirche gegründet. Im Juli 1990 wurde sie als Verein eingetragen. Der Trägerkreis der Umweltbibliothek, der Friedens- und Umweltkreis, bestehend seit 1983, hat es von Anfang an als sein Anliegen gesehen, die Zusammenhänge zwischen Ausbeutung der Umwelt, Ausbeutung im eigenen Land und Ausbeutung der Dritten Welt zu erarbeiten und öffentlich darzustellen. In diesem Zusammenhang und zu diesem Zweck entstand auch 1986 die Bibliothek, die eine intensivere Art von Öffentlichkeitsarbeit ermöglichen sollte. Ebenso seit 1986

wurden illegal als Sprachrohr des Kreises die „Umweltblätter“ herausgegeben. In der Galerie der Umweltbibliothek konnten staatlich unterdrückte Künstler ausstellen, fanden neben dem normalen Cafébetrieb unter anderem Vorträge, Seminare und Filmveranstaltungen statt. Eine Arbeitsgruppe beschäftigte sich z. B. mit den Restmülldeponien im Berliner Raum. Nachdem die Staatssicherheit im November 1987 mit einem mißlungenen Überfall unfreiwillig einen Reklamefeldzug für die Umweltbibliothek durchgeführt hatte, galt unsere Gruppe für weite Kreise der DDR-Bevölkerung als moralische Instanz. Eine entsprechende Verbreitung fanden die Umweltblätter, deren Auflage nur technisch begrenzt war. Die verschiedenen Arbeitsgruppen und Hilfsmittel der Umweltbibliothek standen allen Basisgruppen der DDR zur Verfügung und wurden auch stark in Anspruch genommen. So wurden die meisten Broschüren und Flugblätter, die vor der Wende in der DDR erschienen, bei uns geschrieben und gedruckt.

Diese Stellung hat sich seit der Maueröffnung und der neueren politischen Entwicklung natürlich stark relativiert. Die Auflage unseres Informationsblattes, jetzt unter dem Namen „telegraph“, sank von technisch bedingten 8.000 auf 1.700 Exemplare. Die Aufarbeitung der DDR-Oppositionsgeschichte, die Auswirkung der SED-Diktatur mit ihrem weit verflochtenen Netz der Staatssicherheit, dessen tragisches und tiefgreifendes Erbe meines Erachtens die Zerstörung der menschlichen Beziehung ist, nimmt in unserer Zeitschrift „telegraph“ einen breiten Raum ein. Das heißt für uns auch, den Geschehnissen den Stellenwert einzuräumen, den die Menschen ihnen nach ihrem eigenen Empfinden beigemessen haben, z. B. wenn ich selbst im Knast gesessen habe oder hätte, dann kann auch nicht eine andere Version darüber befinden, wie es mir dabei ergangen ist. Es darf nicht in Vergessenheit geraten, wie prägend die Macht eines Geheimdienstes auf die gesamte Lebens- und Umgehensweise der Menschen untereinander sein kann. Wir haben in unserem Heft u. a. auch mehrfach Gespräche zwischen hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeitern abgedruckt, auch zwischen Vernehmern und den ehemals Oppositionellen, die sich damals im Stasiknast befanden.

Die bisherige Aufgabe im Widerstand gegen das staatliche Informationsmonopol hatte sich erledigt. In der wiedervereinigten Stadt Berlin steht unter den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen den Lesern eine Fülle von Spezialbibliotheken zu all den Themen zur Verfügung, zu denen die Umweltbibliothek in der DDR bisher allgemeine Information lieferte. Als sich abzeichnete, daß das gesamte Stasiaktenmaterial nach Koblenz abtransportiert und ganz oder teilweise die Geschichtsaufarbeitung unterbunden werden sollte, wurde uns deutlich, daß wir uns selbst dieser Problematik annehmen müssen. Im September 1990 fand neben der Besetzung von Räumen der Berliner Stasizentrale vor dem Gebäude eine mehrwöchige Mahnwache statt. Die Mitglieder der Umweltbibliothek hatten daran erheblichen Anteil. Das Ergebnis dieser

Mahnwache, an der sich auch andere Städte beteiligten, sind der Verbleib der Akten auf dem DDR-Gebiet und die Einrichtung der Gauckbehörde sowie die Mitarbeit am Stasiunterlagengesetz.

Für uns ergab sich daraus die weiterführende Konsequenz der Sammlung, Veröffentlichung und Aufarbeitung von Staatssicherheitsmaterial, aus dem dann später das Matthias-Domaschk-Archiv im Jahr 1990 entstand. Dennoch ist die Zusammenarbeit mit der Gauckbehörde nicht zufriedenstellend. An die Gauckbehörde wurden mehrere Forschungsanträge gestellt. Ein Forschungsauftrag zur Umweltbibliothek lief jetzt an. Nach Herausgabe der „telegraph“-Sondernummer zu Gregor Gysi wurde ein Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen uns eröffnet seitens der Behörden. In unserem Antwortschreiben wiesen wir darauf hin, daß die Gauckbehörde erst auf Grund eines harten Kampfes von Besetzern und Mahnwächterinnen im September und Oktober 1990 eingerichtet wurde und demzufolge jener Herr, der uns des Verstoßes gegen das Stasiunterlagengesetz bezichtigt, erst seine Arbeitsstelle erhielt. Außerdem sind wir nicht bereit, dieser Behörde die alleinige Vorherrschaft auf den Besitz und damit verbundenen Kenntnisstand der Stasiakten einzuräumen. Wer diesen Briefwechsel nachlesen möchte, draußen liegen die „telegraph“-Hefte. Es ist Nummer 7, es ist darin enthalten das Schreiben der Gauckbehörde wie auch unser Antwortschreiben.

Auf die Frage nach der Zielgruppe gibt es wohl keine befriedigende Antwort, sicher wohl auch keine erwartete, dafür aber eine ehrliche. Die primäre Zielgruppe sind wir selbst. Wer, wenn nicht wir als Selbstbetroffene, würde mit solch einer Zielstrebigkeit, Ausdauer und nahezu pathologischer Beharrlichkeit sich mit stundenlangem Aktenstudium befassen, sich mühsam durcharbeiten durch Abkürzungen und teilweise unverständliche Formulierungen. Wer, wenn nicht wir als Betroffene, Entrechtete und Gedemütigte, hat wochenlang in kalten Nächten und feuchten Zelten zugebracht, zwanzig Zentimeter über dem Straßenpflaster, um den Verbleib der Stasiakten zu sichern mit der Forderung, die Akten gehören uns. Wir suchen in den Akten unsere Vergangenheit, unser Schicksal, rekonstruieren unseren Lebenslauf und suchen nach den vermeintlichen Mitstreitern, die sich als Verräter herausstellten. Darin erschöpft sich unser Anliegen jedoch nicht. Um Einblick in die Arbeitsweise und Zielstellung eines Geheimdienstes zu erlangen, müssen zwangsläufig Materialien zusammengetragen und ausgewertet werden. Es stellt sich jedoch die Frage, wozu werden Akten gesammelt und dokumentiert, Gelder erbettelt, Räume von eigenem schmalen Einkommen finanziert, wenn es für die meisten Täter keine Konsequenzen gibt. Welche Konsequenzen werden auf staatlicher Entscheidungsebene daraus gezogen?

Die einflußreichsten Machthaber bleiben unberührt oder werden mit lächerlichen Strafen versehen bzw. für längst vergangene Sachverhalte bestraft. Für den Verfassungsschutz wird ein neues Verfassungsschutzgesetz vorgestellt, das

die Möglichkeiten der Bespitzelung ausdehnt. Kriegsdienst- und Totalverweigerer werden strafrechtlich verfolgt. Der kalte Krieg wurde in Deutschland beendet, und dafür wurde ein heißer Krieg im Nahen Osten unterstützt. Mein Mitarbeiter, rechts neben mir, wird noch kurz etwas zu den Projekten innerhalb der Umweltbibliothek sagen.

Ich will nur kurz sagen, was eigentlich unsere Besucher oder die Interessierten bei uns nutzen können. Das sind also verschiedene Archive, das Oppositionsarchiv. Da verfügen wir über vielleicht das umfangreichste Archiv von Flugblättern, Informationsschriften, also diese Sammelsatzsachen, die sicherlich auch in anderen Archiven gesammelt werden. Da gibt es auch eine beginnende Zusammenarbeit. Dann ein Zeitungsartikelarchiv. Auch hier läuft sicherlich manches parallel mit ASTAK usw., aber wir haben dann auch zu inhaltlichen Schwerpunkten aktuelle Zeitungsausschnitte gesammelt. Ein Videoarchiv. Da können wir auch Leihgaben der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit in Berlin anbieten, Fernsehmitschnitte und Aufzeichnungen auch von Oppositionsveranstaltungen, z. B. dieser Kirchentag von unten 1987, die vor '89 liefen.

Zur Person Matthias Domaschk, ist vielleicht nicht so bekannt. Das ist auch ein Freund von mir gewesen. Ich habe in Jena gewohnt, und er ist bei der Staatssicherheit ums Leben gekommen. Er ist also ein exemplarischer Fall. Er hat damals bei der Oppositionsbewegung mitgearbeitet, und deswegen haben wir seinen Namen angenommen.

Und das ist das eigentliche Archiv mit den Stasiunterlagen. Da haben wir also Dienstanweisungen, Richtlinien, Propagandamaterial, Hinweise über MfS-Struktur, Schulungsmaterial, also diese Geschichten, die da in den Müllcontainern rumlagen, Befehle, IM-Berichte teilweise usw. Mit Zustimmung der Betroffenen sammeln wir jetzt auch die Akten, die Betroffene jetzt schon selbst bei der Gauckbehörde einsehen und kopieren konnten. Dieses Archiv ist an zwei Tagen in der Woche auch für Besucher geöffnet. Ferner stehen eine Bibliothek mit Fachliteratur, auch über Faschismus und Antisemitismus, sowie ein Vereinscafé zur Verfügung.

Zu den angefragten Problemen: Während die für die Repression in der DDR Verantwortlichen und Funktionierenden weiterhin in ihren Villen mit Seeblick wohnen, steht uns bereits wieder das Wasser bis zum Hals. Noch halten wir uns mittels ein paar ABM-Stellen über Wasser, sporadisch erhalten wir Spenden, z. B. auch von Bundestagsabgeordneten, manche sitzen hier, die von ihren Diäten etwas abgegeben haben. Es hilft schon weiter. Wir schreiben Bettelbriefe, aber unsere finanzielle Situation ist denkbar schlecht. Monatlich betragen die laufenden Kosten etwa 4.000,- DM. Davon sind allein 2.000,- DM für Miete, die bekanntlich noch steigen wird. Der „telegraph“ steht in den roten Zahlen. Ein Rückzug in den Keller scheint bereits unausweichlich. Abgaben aus dem eigenen Einkommen nehmen wir dann noch

zur Finanzierung, also jeder gibt ungefähr 100,- DM noch rein, von seinem eigenen Einkommen, so vorhanden. Wir haben es zwar geschafft, auch ohne ABM-Stellen und ohne Außenfinanzierung, das Projekt Umweltbibliothek aufrechtzuerhalten, aber auch jetzt, nachdem seit 1. Juli ABM-Stellen vom Arbeitsamt bewilligt wurden, ergeben sich neue Schwierigkeiten. Wir haben z. B. keine Zahlungen erhalten seit dem 1. Juli, aber das Problem betrifft auch verschiedene andere Träger. Das ist also ein spezielles Berliner Problem dort. Und es kommt dann dazu, nebenbei ergibt sich der Effekt, daß auch einige unserer Mitglieder ausschließlich mit bürokratischen Verwaltungsaufgaben beschäftigt sind und damit zumindest zeitweise der inhaltlichen Projektarbeit verlorengehen.

Unser Problem ist wie bei den anderen, daß eine Minimalfinanzierung nur eben reicht, den Betrieb aufrecht zu erhalten. Eine ganze Menge mehr wäre möglich. Neue Bücher müßten gekauft werden, Materialien, Arbeitsgeräte usw. Eigentlich könnte auch unser Projekt nur durch eine rege Finanzierung überleben. Das wäre hier auch unser wichtigstes Anliegen, da nachzufragen, wie kann die Enquete-Kommission das anschieben oder direkt tragen, wie auch immer.

Da kam etwas vom Dachverband. Das würde uns nicht so gefallen. Ich finde es ganz wichtig, daß die Autonomie der Projekte erhalten bleibt. Eine Zusammenarbeit gibt es. Mit Bürgerkomitees treffen wir uns, und natürlich müssen wir uns abstimmen, daß wir kompatible Datenbanksysteme verwenden. Daß vielleicht auch bei uns drin steht, gut, die und die Bücher stehen in Magdeburg, wenn ein Benutzer kommt, daß man da auch verweisen kann. Das wäre der Idealzustand, aber dazu braucht es Gelder, braucht es auch Qualifizierungsmöglichkeiten. Wir haben das ja alle uns selber irgendwie angeeignet. Die anderen hier auch alle, die hier sitzen.

Unabhängiger Verein zur historischen, politischen und juristischen Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit, Herr Schlanert: Mein Name ist Schlanert. Ich gehöre diesem Verein an. Der Verein hat seinen Sitz in Rostock. Ich bedanke mich, daß ich hier unsere Initiative heute kurz vortragen kann. Viele Dinge sind bereits gesagt, daher möchte ich gleich überleiten in die Schwerpunkte dieses Vereins. Der Verein hat sich zum Ziel genommen, die Berufsverbotspraxis an dem Bereich „Flotte“ in Rostock zu verfolgen. So ein Verein wächst ja mit denen, die ihn gründen, und daher werden auch die Themen bestimmt. Das zweite ist Enteignung, Zwangsverkäufe und die ganzen Grauzonen davor und danach. So gehöre ich z. B. selbst dazu; die Aktion „Rose“ zählt zu meinem Familienschicksal. Soweit ich inzwischen erfahren habe, hat es einen Modellfall vorweg gegeben, der hieß Aktion „Oberhof“. Daraus habe ich Kontakte entwickelt zu anderen, die scheinbar ähnliche Dinge erlitten, die man vorher nicht kannte. Dann werden weiterhin als dritter

Schwerpunkt politisch verursachte Strafurteile jeder Art, Verwaltungsunrecht usw. angesehen.

Von dem Verein ist zu sagen, er ist noch gar nicht richtig im Gang, und schon hat er sehr viele Turbulenzen erlebt und scheinbar auch ausgelöst. Und die ersten Erfahrungen sind: Anerkennung der Gemeinnützigkeit behindert, erst nach redaktionellen Änderungen an der Satzung wurde sie gewährt. Jetzt zur Zeit ist die Situation, es sind viele Ratsuchende. Es ist weder ABM noch irgend etwas anderes. Es läuft alles im privaten, im ehrenamtlichen Bereich, weil nun gehört wird, da ist so ein Verein, der kümmert sich um das, was mir auch so ergangen ist. Also, schon die erste Situation: Arbeitsüberlastung. ABM-Anträge sind abgelehnt. Die Begründung ist fadenscheinig. Aber hier scheint irgendwo doch etwas zu sein, was sich immer wieder wiederholt und daraus ergibt sich, daß Geldmittel, Finanzierungsmöglichkeiten sehr, sehr dünn sind.

Wenn wir die Projekte, die beabsichtigt, aber noch nicht finanziert werden können, mal kurz vorstellen. Informationsveranstaltung Berufsverbotopfer; Vereinsmitglieder und Gäste stellen sich vor, und die Leute, die Hilfe gesucht haben, nehmen daran teil. Es ist auch festzustellen, daß viele bei der eigenen Betroffenheit immer wieder gucken, wem kann ich vertrauen, mit wem kann ich ein Gespräch anfangen. Wenn da eine Zielperson ausgemacht ist, dann wird an Behörden vorbei und an anderen Institutionen vorbei gesagt, dem kann ich das mal erzählen, und ob ich das dann hinterher, nachdem ich mit dem gesprochen habe, für einen anderen offiziell zugänglich mache, ist dann der zweite Fall. Also soll diese Veranstaltung dann dazu dienen, daß man erst mal die gemeinsame Betroffenheit feststellt, auch anderen die Informationen gibt. Als Vortragsort ist Rostock gewählt worden, da es hier, insbesondere bei den Schiffahrtsbetrieben der ehemaligen DDR, eine ganz große Anzahl von Berufsverboten gegeben hat. Im Kontakt mit der N3-Journalistin Christine Bielenstein (phon) sind auch Gespräche geführt worden, wieweit Leute, die bei uns als Mitglieder oder viel mehr als Anfrager und als vertraute Informanten gesprochen haben, bereit sind, damit vor die Kamera zu gehen. Dabei war festzustellen, um die Sendung zu erreichen, die eigentlich eine gute Darstellung schon geworden ist, hat man vielleicht 100 Leute, die irgendwo etwas berichten, aber zwei, die sich vor die Kamera trauen, der Rest hat irgendwo Angst, daß ihm etwas, was er dort sagt, zum Nachteil für seine berufliche Zukunft oder für andere Dinge gereichen könnte. Das ist eine ganz typische Situation.

Die Aktion „Rose“ ist dann der zweite Bereich. Ich persönlich bin geboren auf der Insel Rügen. Mein Vater hat die Situation eines Kleinunternehmers gehabt, als diese Aktion ablief. Vom Herkommen an sich nicht aus großvermögenden Kreisen, hatte er es durch seinen Fleiß geschafft, einen kleinen Betrieb aufzubauen und war schon seit '50 etwa ständig den Attacken der Behörden,

auch der neuen Verwaltung ausgesetzt. Am Tag vor seiner Verhaftung wurde ihm dann recht glaubwürdig versichert, diesmal ist es kein Spiel, diesmal nehmen sie dich wirklich mit, und er konnte dann noch in der Nacht vor der Verhaftung mit uns in den Westen gehen. Das führt dazu, daß z. B. heute ein Vermögensamt argumentiert, na ja, er ist ja nicht verhaftet worden, es ist ihm ja gut gegangen, das ist kein Fall Aktion „Rose“. Also, Wiedergutmachung und solche Dinge hinten weg.

Das könnte man vielleicht noch verstehen, wenn man dann an den Ort zurückkehrt und die anderen Fälle sieht, wo Menschen der Verhaftung nicht entgangen sind. Da ist eine Frau zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt worden, weil sie ihre Hühner mit normalem Getreide gefüttert hat und nicht mit Ersatzfutter. Nun kommt der Erbe und fragt die Treuhand, ob er nicht wenigstens, wenn er es schon nicht offiziell zurückbekommt, sein Objekt kaufen kann, daß er einen Vorrang bekommt. Es wird überhaupt keine Rücksicht genommen. Das Ding wird anderweitig verkauft.

Was weiterhin in dem Film von N 3 und auch für uns als Betroffene sehr merkwürdig ist, ist die Verwaltung der Akten in der Gauckbehörde Rostock. Ich persönlich habe im Verein mal die Frage gestellt, wo sind denn eigentlich die Akten geblieben, die damals von den Bürgern beschlagnahmt wurden? Wo kann man die mal einsehen? Ich habe auch persönliches Interesse. Ratlosigkeit herrscht. Man weiß nicht, wo sie abgeblieben sind, denn sie sind penibel genau zusammengefaßt worden, irgendwo abgegeben worden, aber mir kann keiner beantworten, wo die Akten heute sind. Auch Merkwürdigkeiten. Vielleicht woanders oder vielleicht konzentriert im Raum Rostock. Ich kann es nicht sagen. Das Projekt, was von uns beabsichtigt wird, Archiveinsicht in die Akten, Rostock Kreis- und Bezirksarchiv usw. Da sind viele Fehler, Einzelaktivitäten gebremst worden. Daß wir das also auch mit Honorarkraft und ABM gerne ein bißchen gezielter angehen wollen, um an die Dinge heranzukommen, die uns heute verschlossen sind.

Dann ist beabsichtigt, eine Informationsveranstaltung für Roseopfer und für diejenigen, die im Umfeld dieser Aktion ja nicht direkt Betroffene sind, z. B. die, die nicht verhaftet wurden, die also nicht direkt zu diesem Kreis Rose gehören. Das genügt ja nicht, das so scharf abzugrenzen. Da sind Menschen dort im Lande geblieben, eine Frau wird krank, ständig kommt der Sozialpfleger, und es kommen Leute mit und zwingen diese alte Frau zum Verkauf. In diesen Akten ist dann auch der Name Schnur zu lesen, soweit ich mir von der Familie habe sagen lassen. Wenn man da forschen will und mit den Leuten irgendwo weiterkommen will, es ist nicht zu schaffen, die Ämter vor Ort reagieren nicht. Man kann also dann nur hören, es ist eine Folgefirma von Kunsthandel Berlin, die das Eigentum erworben hat und die sich auch sehr geschickt jetzt wehrt, daß nun ein Bescheid, der zugunsten dieser Erbin aus dem Zwangsverkauf entschieden worden ist, angefochten wird. Sie kriegt

weder rechtliche Hilfe, sie kriegt weder Beistand, niemand rät ihr, keiner sagt ihr, wie sie sich verhalten soll.

Um noch mal klar zu stellen, das ist dann wiederum nicht mit Republikflucht oder ähnlichem begründet, denn das sind Menschen, die hier geblieben sind und die solche Dinge auch noch erleben. Dann gibt es Fälle, wo LPG-Eigentum ganz seltsam bei der Treuhand behandelt wird. Jemand, der bis zum Schluß ausgeharrt hat, auch noch als Rentner seine Mitgliedschaft gehabt hat, 10 Hektar. Irgendwann hört man so nebenbei, daß die Treuhand das verkauft hat an einen Mann, der in Mannheim einen großen Mercedesbetrieb betreibt. Er kommt dann großzügig und sagt, Sie dürfen noch erst mal wohnen bleiben.

Ich habe die Dinge also so angerissen. Sie sind auch nicht komplett und vollständig. Sie müssen nachgearbeitet werden, aber hierin steckt viel. Es ist viel zu tun, um das, was wir eigentlich im Verein uns vorweg als Ziel gesetzt haben, nicht nur historisch aufzuarbeiten, das wird sicher in breiter Ebene da herauskommen, sondern denen, die heute noch an Unrechtsfolgen oder an neu entstehendem Unrecht leiden, auch zu helfen. Man kann vieles, vieles sicher nicht mehr zurückdrehen, aber die Dinge, die heute verfestigt, bestätigt oder jetzt erst vollzogen werden, denen sollte man doch irgendwo einen Riegel vorschieben. Ich hoffe, es gelingt uns.

Ich würde mich freuen, wenn dieser Beitrag heute dazu hilft, daß wir in Bonn auch mal mit den praktischen Schwierigkeiten vor Ort erkannt werden. Da wird ein Eigentumsgesetz gemacht, da wird ein § 6 a gemacht. Das ist meine persönliche Geschichte, die ich also wirklich jetzt eidesfähig zitieren kann, da wird dann anschließend nach 6 a verfügt. Der Betrieb ist so, wie er steht und liegt, mit allem, was da drauf ist, mit Mitarbeitern, mit Kundschaft und allem zurückzugeben. Man hat scheinbar 14 Tage vorher schon gewußt, daß das entschieden wird. Die VEB-Muttergesellschaft, die diesen Betrieb meines Vaters ja irgendwann mal vereinnahmt hat, arbeitet vor. Sie entkleidet ihn sämtlicher Kunden, sämtlicher Mitarbeiter und läßt eine Hülle zurück, ein Grundstück mit sanierungsnotwendigen Gebäuden. Nur die Last, der Rest ist weg. Ich frage dann nach, was zu tun ist, um das noch in dieser Phase des Geschehens zu reparieren. Lande beim Ministerialrat Biener (phon.) und kriege dort Auskünfte, die durchaus bei gutwilligen Behörden hätten zu Nachbesserungen führen können, und stelle fest, daß ein Landesamt dort einfach die Schultern zuckt. Ich bin kein Jurist. Ich frage, warum können Sie da nicht mal miteinander telefonieren? Das hört sich doch hoffnungsvoll an. Nein, das ist nicht unsere Aufgabe. Wir haben anderes zu tun. Ich habe das mit Entsetzen zur Kenntnis nehmen müssen, und da, aus dieser Sucherei, wo kann ich Hilfe bekommen, bin ich eigentlich in den Verein geraten und habe festgestellt, daß sie gesagt haben, Sie sind ja bisher am weitesten gekommen, Sie sind scheinbar einer

der Zähesten. Wollen Sie bei uns nicht an vorderer Stelle mitmachen? Ich hatte mich eigentlich nicht berufen gefühlt, hier vorne zu sitzen. Dann höre ich in diesem Verein von einer Frau, die eine Zuchthausstrafe bekommen hat. Sie hat in Gralenmüritz eine Pension und ist dann verurteilt worden, und dieses Urteil ist jetzt durch Kassation aufgehoben worden. Eigentlich heißt das sofortige Rückgabe aller Eigentums geschichten. Im Landesamt für Vermögensfragen in Greifswald kriegt sie dumme Antworten, und sie hat sehr große Schwierigkeiten, überhaupt das, was ihr zugesagt ist, auch durchzusetzen.

Und das sind eigentlich nur die Dinge von resoluten Leuten, die nicht so leicht aufgeben. Von denen, die im Vorfeld schon die Segel gestrichen haben, kann ich nicht berichten, weil ich sie wahrscheinlich nicht kennengelernt habe. Zu diesen Bündeln der Anfrager, irgendwo an zentralen Stellen, und zum Vereinigen dieser Initiativen möchte ich sagen, alle Betroffenen haben irgendwo ein persönliches Schicksal, und sie gehen nicht in irgendeine anonyme Stube. Sie suchen sich jemanden aus, dem sie vertrauen, und hängen sich quasi an und sagen: Bitte, was kann ich tun, Ratgeber? Und so bin ich auch in diese Ratgeberrolle im Dorfe Breege auf Rügen gerückt, obwohl ich mich da nicht drum gedrängt habe, aber die Fälle, die ich jetzt heute aus persönlichem Erzählen kenne und die alle noch weiterführendes Unrecht oder neu entstehendes Unrecht bedeuten, muß ich mit 10 bis 20 etwa beziffern. In einem Dorf, das noch nicht mal 1000 Einwohner hat.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ja, herzlichen Dank, immer wieder auch da, wo es biographischen Stoff gibt. Wenn ich es richtig sehe, haben sich, bis auf zwei, die sich nicht gemeldet haben, in dieser Gruppe alle vorstellen können. Mein Vorschlag wäre, daß wir ein bißchen von den 2 Stunden sogenannter Pause knapsen, damit wir zumindest die Fragen noch stellen können. Mir liegen zwei Meldungen bisher vor. Ich bitte die Fragenden, ihre Fragen ganz kurz zu machen. Da sind inzwischen vier.

Abg. Frhr.von Schorlemer(CDU/CSU): Ich habe eine kurze Frage, und zwar an die Projektgruppe zur Aufarbeitung der Geschichte der Humboldt-Universität. Ich möchte ganz gerne von Ihnen, auch Ihrer praktischen Arbeit hören, wie gerade Sie bei der Diskussion um den inzwischen ausgeschiedenen Rektor Fink agiert haben?

Abg. Dehnel (CDU/CSU): Dieselbe Frage wollte ich auch stellen.

Abg. Frau v. Renesse (SPD): Ich habe eine Frage an die Rehabilitationsgruppe, also Fernsehen/Funk. Ist wegen der Finanzierung gerade Ihres Projekts auch einmal die Gemeinschaft der Rundfunkanstalten angegangen worden, ARD, ZDF? Es könnte ja gerade im Vergleich mit der Rundfunkgeschichte im Westen ein sehr interessantes Projekt sein, das auch den Westen interessiert.

Abg. Hilsberg (SPD): Ich habe Fragen an die Projektgruppe zur Aufarbeitung

an der Humboldt-Universität und an die Rehabilitierungskommission für die Einrichtungen gemäß Artikel 36 Einigungsvertrag. An beide gemeinsam die Frage in bezug auf die Rehabilitierung. Welche Ergebnisse haben Sie denn da? Und wie sind sie zugänglich? Und eine Zusatzfrage an die Projektgruppe der Humboldt-Universität. Erzählen Sie doch mal ein bißchen, welche Erfahrungen Sie gemacht haben, einerseits mit den gesetzlichen Grundlagen für die Rehabilitierung, andererseits, da Sie ja auch beschäftigt sind mit denjenigen, die Verstrickung im MfS gehabt haben, mit dem Arbeitsgesetz etc. Oder gibt es richtige Konflikte, wo Sie sagen, es ist eigentlich erwiesen, daß derjenige Mitarbeiter für das MfS gearbeitet hat, aber es gelingt uns nicht, ihn aus der Humboldt-Universität herauszubekommen.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Meine Frage geht auch an die Vertreterin der Rehabilitierungskommission. Gibt es aus den Berliner Hochschulen, ich denke vor allem an die FU mit ihrem ausgebildeten kommunikationswissenschaftlichen Fachbereich, irgendjemand, der mal auf Sie zugekommen ist und Ihre Erfahrung auch nutzen wollte, um den Propagandaauftrag der Rundfunk- und Fernsehanstalten der DDR aufzuarbeiten?

Sv. Prof. Dr. Hermann Weber: Direkt im Anschluß daran. Es gibt in der Tat ja beim Rundfunkarchiv in Frankfurt am Main eine Forschungsstelle und da ließe sich eine Kooperation versuchen. Im übrigen ist es so, daß man natürlich bei der Betrachtung der Rundfunkgeschichte die verschiedensten Etappen – Sie haben Heinz Schmidt angeführt – und noch andere Hintergründe berücksichtigen muß. Schmidt war in englischer Emigration. Das war zu der Zeit eben sein „Fehler“ gewesen, ansonsten war er ein Parteimann, das muß man auch sehen. Ich habe aber noch andere Fragen, und zwar im Anschluß daran, was der Herr von der Umweltbibliothek gesagt hat. Er wendet sich gegen eine Dachorganisation, weil die Autonomie erhalten bleiben muß. Nun ist aber zwischen einer Dachorganisation und Autonomie überhaupt kein Gegensatz. Die Frage bei uns ist doch, wie soll man überhaupt einen Überblick bekommen, wenn es nicht irgendeine Form von Vernetzung auf der einen Seite gibt, aber auch Öffentlichmachung. Und da wäre es gut, wenn alle gemeinsam überlegen könnten, welche Gruppen am Werke sind, zu welchen Themen, damit man sich absprechen kann.

Abg. Meckel (SPD): Über die Frage des Dachverbandes: Ich denke, daß eine Zusammenfassung wichtig ist, um gemeinsame Interessen zu vertreten, um Doppelarbeit zu verhindern, um die Arbeit sich gegenseitig zu erleichtern. Die zweite Frage betrifft auch diejenigen, die sich mit Fragen der Anstellung und Personalfragen, eben wie z. B. in der Humboldt-Universität, beschäftigen. Hier haben wir das schwierige Problem, daß einerseits eine dringende Notwendigkeit besteht zu sichten und zu gucken, welche Personen welche Vergangenheit haben, andererseits es schwierig ist, an die entsprechende Personalakte heranzukommen. Das ist dann normalerweise nicht möglich.

Wie sind Ihre Erfahrungen in dieser Frage auf der begrenzten Ebene einer Universität? Es gibt ja andere Initiativen. Ich habe hier den Bericht einer Initiative hier in Leipzig, von einer Arbeitsgruppe Personalangelegenheiten im Oberschulamt Leipzig, die, weil sie Fragen gestellt hatte, sich dann auflösen mußte und im Grunde rausgeflogen und gekündigt worden ist. All das am Beispiel des Öffentlichen Dienstes. Es ist natürlich klar, daß eine Kommission des Bundestages, da es sich offensichtlich um Landesangelegenheiten handelt, keine Kompetenz hat, dazu zu reden. Aber daß so etwas von verschiedenen Behörden geschieht, ist doch eine Frage, der man sich, glaube ich, stellen muß.

Abg. Thierse (SPD): Zwei Fragen. Erstens an die Projektgruppe der Humboldt-Universität. Haben Sie sich schon mit dem ja öffentlich bekannten Vorgang bei den Historikern – Sie erinnern sich, Relegierung von Studenten und Mitarbeitern – einmal befaßt und vor allem damit, wie konsequenzlos dieser öffentlich bekannte Vorgang bisher geblieben ist. Zweite Frage an den Vertreter der Umweltbibliothek. Sie haben von Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Gauckbehörde gesprochen und gesagt, Sie erkennen, so ungefähr, den Monopolanspruch der Gauckbehörde auf die Akten nicht an. Wie ist denn das Verhältnis? Hat die Gauckbehörde von Ihnen Originale zurückverlangt, oder haben Sie sich geweigert, Originale rauszugeben, die Sie haben, aber nicht die Gauckbehörde? Wie ist das Verhältnis von Originalen und Kopien, weil wir ja in das Gesetz sinnvollerweise hineingeschrieben haben, daß die Gauckbehörde natürlich einen Anspruch darauf haben soll, alles zugängliche Material bei sich zu versammeln, damit es für die Zwecke der Aufarbeitung, die wir da festgelegt haben, auch zur Verfügung stehen soll. Das wäre ja einigermaßen ungünstig, wenn da eine Konkurrenzsituation entstehen würde oder Sie den Eindruck erwecken würden.

Abg. Poppe (Bündnis 90/Die Grünen): Zusammenarbeit oder auch Kontroversen mit der Gauckbehörde, das ist ja gewissermaßen vorprogrammiert aufgrund des vielen vagabundierenden Materials. Und ich wäre schon mal interessiert zu hören, ob sich da Kompromisse andeuten. Denn natürlich müssen die Materialien, die in der Behörde nicht sind, dorthin zurück, d. h. aber nicht unbedingt, daß sie andererseits dem Domaschk-Archiv oder auch anderen Stellen, die in einer ähnlichen Situation sind, verlorengehen müssen. Es scheint doch, daß ihr da eine gute Regelung schon habt, wenn das Einverständnis der Betroffenen, auf die diese Akten sich beziehen, eingeholt wird, ehe man das ausstellt und auf sonstige Weise veröffentlicht. Hat sich diese Kontroverse mit der Behörde inzwischen beruhigt oder gibt es Lösungen, die man jetzt noch anstreben muß und die unterhalb einer Schwelle der Novellierung des Gesetzes liegen, z. B. auch durch den jetzt installierten Beirat? Da würde ich gerne noch einmal die Vorstellungen hören, weil das ja auch nicht nur die Umweltbibliothek betrifft, sondern eigentlich ganz viele Leute.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich hoffe, daß die gestellten Fragen so Ihr Interesse geweckt haben, daß Sie nach Beendigung der Pause auch alle wieder hier sein werden. Ich habe einen Augenblick gezögert, ob ich es tue, aber ich bin hier dreimal öffentlich nach einer eigenen Entscheidung angefragt worden und meine, daß ich dazu in eigener Angelegenheit vielleicht vier Sätze sagen darf.

Für die, die da vielleicht nicht so genau informiert sind: Ich bin im Frühsommer 1990 gefragt worden, ob ich mein Ja dazu geben könnte, daß ein Befehl, der von meinem Vorgänger gegeben worden war, was die Vernichtung von Personal- und Sachakten von Menschen anging, die im Auftrag der Nationalen Volksarmee Militärspionage in der Bundeswehr, in der Bundesrepublik betrieben hatten, weiter ausgeführt würde. Und dann bin ich gefragt worden, wie ich heute darüber denke, und darum antworte ich bloß darauf, weil ich ja aus dem Fakt an sich nie ein Geheimnis gemacht habe. Erstens, wenn ich damals richtig informiert worden bin und heute noch richtig informiert bin, habe ich den Eindruck, daß das, was ich getan habe, formaljuristisch O. K. ist. Zweitens, menschlich bin ich ein Stück enttäuscht darüber, daß der ja an der Stelle unerfahrene und schlecht informierte Minister offensichtlich nicht über alles genau informiert worden ist; salopp könnte ich vielleicht sagen, an der einen oder anderen Stelle über den Tisch gezogen worden ist. Ethisch, moralisch meine ich auch heute noch, daß das, was ich getan habe, verständlich und verstehbar ist. Wenn ich davon ausgehe, daß es mir unmöglich erscheint, einen Heidelberger, der im Auftrag der alten Bundesrepublik Militärspionage gegen die DDR betrieben hat, heute vor ein Gericht zu stellen, so erscheint es mir auch heute noch unverständlich oder unvorstellbar, daß ein Dresdner, der im Auftrag der Deutschen Demokratischen Republik Militärspionage gegen die alte Bundesrepublik betrieben hat, dafür vor Gericht gestellt wird. Ich betone aber, ich meine DDR-Bürger, die im Auftrage der DDR Spionage betrieben haben, keine Altbundesbürger, die im Auftrag der DDR Spionage betrieben haben. Ich habe den Eindruck, daß da auch die Juristen im Augenblick im Streit liegen. Wenn ich das richtig sehe, hat es einen Fall bei dem Berliner Kammergericht gegeben und jetzt liegt das beim Bundesverfassungsgericht, das sich bis 1993 damit befassen soll. Ein vierter Satz, der mir dazu einfällt, ist ein historisch-wissenschaftlicher Gesichtspunkt. Da bin ich inzwischen traurig. Auf den bin ich damals nicht gekommen, weil natürlich das, was weg ist, nicht mehr zur historisch-wissenschaftlichen Forschung genutzt werden kann. Ein fünfter, das ist ein politischer, und den kann ich auch nur aus heutiger Sicht beantworten. Da halte ich meine damalige Entscheidung für fragwürdig oder vielleicht sogar für falsch. Jetzt lassen Sie mich einen Satz ein bißchen schmunzelnd sagen. Ich hätte als ein Rechts- und BRD-Unkundiger dem Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland vertrauen sollen, daß das nicht

passieren wird, daß ein Dresdener wegen des genannten Falles vor ein gesamtdeutsches Gericht gestellt wird. Aber, Sie merken, ich sage das ein bißchen schillernd. Ich bin mir nicht so ganz sicher, ob wir in jedem Falle der Versuchung widerstehen können.

Projektgruppe zur Aufarbeitung der Geschichte der Humboldt-Universität (MfS-Verflechtung) beim Studentenrat: Ist es möglich, daß wir jetzt noch antworten? Zur ersten Frage von Herrn Schorlemer. Wir haben mit der Arbeit angefangen, als die Kündigung von Herrn Professor Fink schon vollzogen war. Wir haben uns im Rahmen der Arbeitsgruppe mit einer Reihe von Studenten aus dem Fachbereich Theologie unterhalten. Selbstverständlich kriegen wir nicht Akteneinsicht zu Dingen, die also gerichtsnotorisch sind und eigentlich für das Land interessant, also diese Möglichkeit haben wir nicht. Zu Herrn Hilsberg will ich sagen, die Rehabilitierung ist kompliziert. Die Humboldt-Universität hat nur eine sehr begrenzte Zahl von Stellen. Im Rahmen der Berufungen, die jetzt laufen, versucht man zu rehabilitieren, d. h. den ehemaligen Mitarbeitern und Professoren möglichst hohe Berufungschancen einzuräumen. Erfahrungen mit den gesetzlichen Grundlagen Arbeitsgesetz – dafür ist die Ehrenkommission zuständig. Die studentischen Senatoren der Universität haben im Frühjahr einen akademischen Beschluß durchbekommen, daß Endauskünfte der Gauckbehörde nicht nur zur Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung in Berlin, sondern gleichzeitig zur Universitätsleitung gehen. Das ermöglicht uns, daß die Leute von der Ehrenkommission angehört werden, und wenn die Kündigungsvorlagen in der Personalkommission der Universität verhandelt werden, liegt das Votum der Ehrenkommission vor, und in den allermeisten Fällen hat sich diese Personalkommission auch daran gehalten. Zu Herrn Thierse möchte ich sagen, dieser öffentlich bekannte Vorgang liegt der Ehrenkommission vor, aber aus personalrechtlichen Gründen können wir uns dazu jetzt nicht äußern. Also, die Ehrenkommission ist im Moment damit befaßt.

Abg. Frhr. von Schorlemer (CDU/CSU): Bei der Frage Fink war mir das nicht konkret genug. Das war ja eine Auseinandersetzung sowohl in der Studentenschaft wie auch in der Professorenschaft. Wie war da Ihre Stellung? Solidarisch oder dagegen?

Projektgruppe zur Aufarbeitung der Geschichte der Humboldt-Universität (MfS-Verflechtung) beim Studentenrat: Wir warten die Gerichtsurteile ab. Wir haben uns mit Studenten des Fachbereiches Theologie unterhalten und haben sehr ambivalente Antworten bekommen. Unsere Projektgruppe hat öffentlich zu Herrn Fink keine Stellung bezogen.

Sv. Dr. Armin Mitter; Ich möchte hier grundsätzlich den Standpunkt der Studenten unterstreichen, den sie hier im Fall Fink eingenommen haben. Ich finde es wirklich völlig unangemessen, von Ihnen jetzt so eine Art moralische Verurteilung oder Rechtfertigung für den ehemaligen Rektor zur

fordern. Sondern verantwortungsbewußt ist es, diese Aktenberge abzuwarten, die zweite Entscheidung des Verwaltungsgerichtes. Und ich finde es völlig unangemessen von Ihnen, jetzt hier moralische Wertungen abzufordern.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Es geht überhaupt nicht um moralische Wertungen. Es geht darum, daß wir wissen wollten, wie in einem solchen politischen Konfliktfall an der alten Berliner Universität, die unter DDR-Zeiten eine SED-Eliteuniversität war, wie da sich die Studenten verhalten haben, und das kann man bitteschön erwarten, daß das mal offen gesagt wird und sich die Studenten eben nicht hinter Gerichtsurteilen verstecken. Armin Mitter, so geht es nicht.

(Pause)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Liebe Freunde, wir sind ein paar weniger geworden, aber das muß ja nichts Schlechtes sein. Nach Antworten auf die Fragen, die unmittelbar vor der Pause noch gestellt wurden, soll das Gespräch eröffnet werden, dafür sitzen jetzt die Obleute der Enquete-Kommission mit hier vorne. Es geht uns darum, daß Sie die Möglichkeit haben, uns entweder Fragen zu stellen oder auch Erwartungen an uns heranzutragen, mit uns ins Gespräch zu kommen. Es wird jetzt also keine große Vorstellungsrunde mehr geben, sondern jeder stellt sich an der Stelle vor, an der er sich selber durch ein Problem oder eine Frage ins Gespräch bringt.

Umweltbibliothek Berlin – Domaschk-Archiv –: Ich möchte etwas sagen zu den beiden Fragenkomplexen Vernetzung oder Dachorganisation sowie zu der Anfrage bezogen auf die Gauckbehörde. Bei mir kommt mit dieser Forderung nach einer Dachorganisation eben an, daß wir also wieder organisiert, zentralisiert werden sollen. Das kann nicht das Ziel sein. Ein Vernetzungsprozeß, das ist vielleicht das, was auch die anderen meinen, der ist hilfreich und der ist auch im Gange und auch anstrebenswert. Und da arbeiten also die Bürgerkomitees in verschiedenen Gremien zusammen und da ist auch vieles noch offen, ich habe eigentlich in meinem Referat auch schon etwas dazu gesagt. Darin kann eine sehr effektive Zusammenarbeit liegen und weitestgehend auch Doppelarbeit ausgeschlossen werden, wobei auch gesagt werden muß, daß wahrscheinlich eine Doppelarbeit nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden kann. Alle werden irgendwie auch ein Zeitungsartikelarchiv haben, es ist einfach aktuell, irgendwie wichtig, wird es durchaus auch in Magdeburg geben, und dann wieder in Berlin und dann auch an zwei Stellen in Berlin. Jede Gruppe hat ihr eigenes Profil, und das ist ja auch deutlich geworden und muß eigentlich auch erhalten bleiben, denn es steht und fällt ja mit den Leuten, die das machen, die da auch sich bestimmte Aufgaben zum Ziel gesetzt haben, die sich auch zum Großteil aus ihrer eigenen Geschichte erklären lassen. Dann der andere Problembereich. Das ist vielleicht ein bißchen mißverständlich angekommen. Wir wollen hier nicht eine Konkurrenz machen zur Gauck-Behörde, aber selbst schon die Eröffnung unseres Archivs war eigentlich

kein Affront in der Weise, da ja das Stasiunterlagengesetz nicht ganz unseren Vorstellungen entsprach. Es sollte eigentlich alles vor der Öffentlichkeit ein Stückchen verschlossener bleiben, und wir haben gedacht, nein, es muß an die Öffentlichkeit, die Dinge müssen öffentlich auch geklärt werden. Und dann gab es diese Strafanzeige, aber seitdem ist es nicht weitergegangen. Durchaus ist auch klar, die Gauckbehörde kann natürlich zu uns kommen und gucken, was wir haben und sie nicht. Das ist ein ganz logisches Ding, daß die Dinge überreicht werden, aber wir haben keinerlei Originale von solchen personenbezogenen Sachen. Es ist also illusorisch, da irgendwie zu meinen, wir hätten da mehr als die Gauck-Behörde.

Rehabilitationskommission ehem. Einrichtungen gem. Art. 36 EV, Silvia Müller: Ich kann es kurz machen, weil ein Teil der Fragen schon in der Pause angesprochen wurde. Zum Rundfunkarchiv Frankfurt/Main, Vorschlag von Professor Weber: Da sind die Aussichten nicht besonders gut. Frage von Frau von Renesse, in bezug auf einen Antrag an die Gemeinschaft der Rundfunkanstalten: Da ist unser Antrag abgeblitzt. Dann bliebe noch die Frage von Professor Wilke wegen Kontakten zu wissenschaftlichen Fachbereichen: Es gibt Kontakte zum Grimme-Institut, wo ich auch mitarbeite, es gibt Kontakte zu etlichen anderen Medienwissenschaftlern, die informeller Art sind und im Informationsaustausch bestehen, so auch zur Fernuniversität Hagen, die sich ja zum Beispiel mit biographischer Forschung befaßt, und es gibt auch Kontakte zum Riasrundfunkarchiv Berlin.

Projektgruppe zur Aufarbeitung der Geschichte der Humboldt-Universität (MfS-Verflechtung) beim Studentenrat: Meine Damen und Herren, ich möchte die Frage von Abgeordneten Hilsberg beantworten nach dem Rehabilitierungsprozeß an der Humboldt-Universität. Zunächst möchte ich vorwegschicken, daß am Zentralen Runden Tisch die Frage der Stasidokumente für die Rehabilitierung der Opfer des Stalinismus eine ganz zentrale Rolle gespielt hat. Es war ein ganz zentrales Argument, um damals die von vielen Seiten geforderte Vernichtung der Akten aufzuhalten. Heute nach nahezu 3 Jahren kann ich als Selbstbetroffener sagen, daß mit den Akten sicherlich sehr viele nützliche Prozesse angeschoben wurden, aber zuallerletzt dieser Prozeß der Rehabilitierung, da ist bis heute relativ wenig passiert. An der Humboldt-Universität hat sich bereits 1990 ohne gesetzliche Grundlage eine Rehabilitierungskommission gebildet, sie besteht aus einer Kommission und einem ständigen Sekretär und hat bis heute etwas über 200 Anträge bearbeitet. Richtig ist dabei, diese Kommission arbeitet nur auf Antrag. Man muß sich klar machen, daß die Humboldt-Universität in den letzten 40 Jahren im Durchschnitt vielleicht 20. 000 Studenten und Mitarbeiter hatte, dahingegen ist die Zahl von 200 Anträgen auf Rehabilitierung denkbar gering. Von diesen Anträgen sind ungefähr 30% als berechtigt eingestuft worden, bei 30% fällt es schwer, anhand der Unterlagen, die sich an der Universität befinden, eindeutig

zu entscheiden, ob eine politische Verfolgung vorliegt oder nicht, und ungefähr 30% sind abgelehnt worden. Bislang ist auch von Seiten der Gauck-Behörde in Richtung Durchsicht der Unterlagen zwecks Rehabilitierung der Opfer nach meiner Einschätzung relativ wenig geschehen. Die Aufdeckung der Verfolgung von Personen muß in Zukunft ebenso Aufgabe der Gauck-Behörde werden wie beispielsweise das Heraussuchen von inoffiziellen Mitarbeitern der Staatssicherheit. Wir haben an der Humboldt-Universität verschiedentlich Gespräche geführt mit politisch Verfolgten, und die Erfahrung ist, daß diese Menschen oft nicht mehr den Mut, oft nicht mehr die Kraft haben, zumal bei fehlender gesetzlicher Grundlage, überhaupt diesen Rehabilitierungsprozess anzustoßen. Das sind Leute, die oft als Dozenten oder wissenschaftliche Mitarbeiter ins Gefängnis kamen, dann irgendwie in den Westen gelangten und heute einfach nicht mehr den Mut haben, das noch zu beginnen, und ich meine, es fehlt tatsächlich auch an der Ermutigung damit anzufangen. Wir haben festgestellt, daß die Frage der Rehabilitierung enorm vielschichtig ist. Es gibt Leute, die noch nicht einmal zum Abitur gekommen sind, es gibt Leute, die Ihren Abschluß nicht machen konnten oder die Professur nicht bekamen. Sicherlich ist zunächst einmal eine gesetzliche Grundlage zu schaffen und eine Behörde einzurichten, wie das auch im UBG vorgesehen ist, um den einzelnen Menschen tatsächlich Beistand und Förderung zukommen zu lassen, aber ich meine, dieser Prozeß dauert nun schon ewig und der Senat von Berlin hat beispielsweise auf eine entsprechende Anfrage mitgeteilt, daß eine Behörde für Rehabilitierung erst dann eingerichtet werden kann, wenn man weiß, wie groß der Personenkreis ist und welche gesetzlichen Grundlagen dafür anzuziehen sind. Ich meine, da sind Sie als Mitglieder dieses Ausschusses im besonderen Maße gefordert, hier schnellstens Abhilfe zu schaffen, denn ich meine, das ist auch eine Frage des inneren Frieden im Osten Deutschlands, daß die ehemals Diskriminierten nicht heute auch die Benachteiligten im vereinigten Deutschland bleiben.

Vorsitzender Eppelmann: Einen möchte ich noch zu Wort kommen lassen, weil ich den Gedanken habe, das ist erforderlich, er ist angestellt bei einer Behörde, die gestern mehrmals genannt worden ist, auch kritisch, heute wieder. Diese Behörde sollte die Chance haben sich zu äußern. Ich begrüße unter uns und erteile das Wort zu einer kurzen Stellungnahme David Gill von der Gauck-Behörde aus Berlin, bitte.

Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, David Gill: Ja, vielen Dank, daß mir Gelegenheit gegeben wird, kurz hier zu antworten. Für die, die es nicht wissen, ich bin Pressesprecher des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik. Der eine Punkt, ich bedauere, daß ich gestern nicht da war, und also die Ausführungen von Herrn Schaefgen nicht

verfolgen konnte. Trotzdem möchte ich etwas Grundsätzliches noch einmal dazu sagen. Ich verstehe natürlich seine Ungeduld und auch vielleicht in manchen Fällen seine Unzufriedenheit. Es gibt jedoch viele Gründe, warum die Zusammenarbeit oder die Zurverfügungstellung der Akten nicht so problemlos ist. Zwei objektive Gründe aus meiner Sicht möchte ich nennen. Der eine liegt nach wie vor darin, daß unsere Behörde eine Behörde im Aufbau ist, das ist ganz klar. Wir dürfen uns nicht vormachen, daß diese Behörde schon hundertprozentig funktioniert. Wir haben überdurchschnittlich lange Einarbeitungszeiten nötig für unsere Mitarbeiter. Es gibt nun einmal nicht das Berufsbild eines Stasiaktenrechercheurs, und die Recherchen, die ohnehin kompliziert sind durch die vielschichtigen Karteien, die uns vorliegen, werden dadurch noch erschwert, daß der Archivierungszustand ja auch noch nicht so ist, wie wir das wünschen würden, ich will hier keine Eule nach Athen tragen. Des weiteren stehen wir natürlich in einem Interessenkonflikt zwischen sehr vielen Interessenten an der Nutzung, öffentlicher Dienst, Staatsanwaltschaft, Untersuchungsausschuß, Parlamente, Kirchen etc., und ein Antragsansturm von 1,35 Millionen ist jetzt zu verzeichnen. Die zweite Schwierigkeit, bei der Zusammenarbeit und bei der Nutzung der Akten durch die Justiz, ist natürlich auch im Gesetz verankert. Sie haben ja selbst dieses Gesetz mit verabschiedet, was auch die Einsichtsrechte der Justiz einschränkt. Ich nenne nur zwei Punkte, zum einen die Zweckbestimmung der Einsicht, die ja auch im Antrag der Justiz klar gemacht werden muß, und zum zweiten Akten von Betroffenen. Aus diesem Grund ist eine Herausgabe von Originalunterlagen so ohne weiteres nicht möglich, und es kommt noch ein weiterer Grund hinzu. Hier überlappen sich ja auch Interessen, ich nenne nur das Beispiel Schalck-Golodkowski. Hier sind viele Institutionen daran, aufklärend zu wirken, z. B. der Untersuchungsausschuß des Bundestages und gleichzeitig der Untersuchungsausschuß des Bayerischen Landtages, hinzu kommt der Generalbundesanwalt, der ermittelt, und auch Herr Kittlaus hat Interesse an manchen Akten aus diesem Bereich. Um das abzuschließen, mit Herrn Kittlaus, so bin ich informiert worden, haben Sie gestern ja über Wege und Möglichkeiten nachgedacht, wie wir hier auch ein vereinfachtes Verfahren herbeiführen können durch Abordnung z. B. von Kriminalbeamten. Dies wird selbstverständlich in unserer Behörde auch überlegt, und ich denke, daß wir hier zu einer einvernehmlichen Lösung kommen können.

Der zweite Punkt, wozu ich etwas sagen möchte: Zusammenarbeit mit dem Domaschk-Archiv. Um es vorweg zu sagen, wir wollen uns dieser Arbeit natürlich in keinsten Weise entgegenstellen, und wir sind daran interessiert, daß es hier eine vernünftige Zusammenarbeit gibt. Was mich jedoch ärgert, das sage ich ganz deutlich, ist, wenn hier in den Raum gesetzt wird, die Gauck-Behörde strebe aus heiterem Himmel ein Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen die Umweltbibliothek an, das Domaschk-Archiv. Ich persönlich stehe in

ständigem, nicht sehr regelmäßigem aber häufigem Kontakt mit manchen Vertretern des Domaschk-Archivs. Ich habe von Januar an häufig, wenn ich mit ihnen zusammengetroffen bin, sie darauf aufmerksam gemacht, daß es in dem Gesetz eine Anzeigepflicht für diejenigen gibt, die Stasiakten im Original oder in Kopie besitzen. Dies habe ich von Anfang Januar an des öfteren gemacht. Wir haben nie eine Reaktion darauf bekommen, übrigens auch aus manchen anderen Bereichen nicht, daraufhin hat dann ein Gespräch im Domaschk-Archiv stattgefunden zwischen Vertretern unserer Behörde und dem Archiv, wo es nicht darum ging, daß diese jetzt mit großen Koffern kamen und die Akten einsortiert haben, sondern wo es darum ging, ein einvernehmliches Verfahren zu finden, die Akten gemeinsam zu sichten und zu entscheiden, welche Akten müssen im Original zurück ins Archiv, welche können hierbleiben, weil es Duplikate sind, wo müssen in diesen Unterlagen auch in den Kopien unter Umständen Namen geschwärzt werden, wie es im Stasiunterlagengesetz verankert ist. Auf dieses Gespräch hin gab es noch einmal eine schriftliche Aufforderung, wo dann natürlich allerdings von dem zuständigen Mitarbeiter der Behörde auch auf die Ordnungswidrigkeit hingewiesen wurde. Der Schriftwechsel ging weiter, in dem dieser Brief ziemlich abschlägig und lapidar beantwortet wurde durch das Archiv, durch Herrn Rüddenklau, und dann erst kam es zur Einleitung dieses Ordnungswidrigkeitsverfahrens. Hier ist wirklich nichts aus heiterem Himmel passiert, und wir sind daran interessiert, daß wir hier die Verfügung dieser Einrichtung über Kopien oder Stasiunterlagen auf legale Beine stellen, hierzu ist aber die Grundlage das Stasiunterlagengesetz. Soviel vielleicht dazu.

Sonderausschuß des Sächsischen Landtages zur Untersuchung von Amts- und Machtmißbrauch infolge der SED-Herrschaft, Herr Dreikopf: Mein Name ist Dreikopf. Ich bin Vorsitzender des Untersuchungsausschusses in unserem Landtag. Es ist gestattet, Herr Vorsitzender, vielleicht noch zwei Sätze zu sagen, welche Aufgaben dieser Ausschuß hat. Er ist im Oktober 1990 eingesetzt worden, als ständiger Ausschuß, hat eine Aufgabenstellung bekommen, die vom dem Ausschuß für Verfassung und Recht formuliert wurde und die besagt, ich zitiere nur einen Satz, neben der Überprüfung der Parlamentarier soll er in exemplarisch geeigneten Sachbereichen und an Einzelfällen die politisch-moralische Verantwortlichkeit für Verletzungen der Menschen- und Bürgerrechte unter der SED-Herrschaft u. a. untersuchen. Wir haben sehr schnell gemerkt, daß dieser Ausschuß auch ein paar Mittelchen braucht, um diese Arbeit durchführen zu können, jetzt gibt es ein Untersuchungsausschußgesetz in Sachsen und noch ein Gesetz, das diesem Ausschuß noch erweiterte Rechte gibt. Wir haben uns ein Thema gestellt, dieses Thema heißt Untersuchung der Verantwortlichkeit für die vorbereitenden Maßnahmen von Internierungs- und Isolierungslagern. Jetzt komme ich zu meiner Frage. Der Ausschuß hat zu diesem Thema bis jetzt 11 Sitzungen gehabt, und wir haben

über 30 Leute zeugenschaftlich vernommen, die gesamte Bezirksebene im Freistaat Sachsen, die ehemaligen Ersten Sekretäre der SED-Bezirksleitungen, die Chefs der Bezirksbehörden der deutschen Volkspolizei, die Chefs der Bezirksverwaltungen der Staatssicherheit und noch einige andere. Jetzt sind wir im Augenblick auf der Kreisebene, weil wir dort fündig geworden sind. Die Zeugen, die geladen waren als hauptamtliche Mitarbeiter der Stasi, also die Bezirkschefs und auch z. B. gestern der Leiter der Arbeitsgruppe des Leiters bei der Bezirksverwaltung der Staatssicherheit, ehemals Karl-Marx-Stadt, haben alle die Aussage verweigert und berufen sich auf einen Beschluß des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 16. Mai 1990. Es ist sonnenklar, daß die Ausnahmen, die in diesem Beschluß definiert sind, für diese Leute nicht zutreffen, auch für dieses Thema nicht zutreffen. Die Ausnahme ist dort, daß sofern Staatsgeheimnisse angefallen sind, die mit der Verfassung der DDR in Übereinstimmung stehende frühere geheimdienstliche oder nachrichtendienstliche Tätigkeit betreffen. Die vorbereitenden Maßnahmen für Isolierungsobjekte, Isolierungslager, fallen nach unserer Meinung mit Sicherheit nicht darunter. Auch das Amtsgericht Dresden, weiß ich seit gestern, ist unserer Auffassung und hat wohl schon als erstes Ordnungsgeld gegen einen Zeugen verhängt. Die Zeugen sagen, jetzt kommt die Frage und vielleicht auch ein Auftrag an Sie und eine Bitte: Wenn Sie mir ein Papier vorzeigen, auf dem ich von meiner Schweigepflicht entbunden werde, dann werde ich aussagen. Nun haben Sie gefragt, wer soll das sein. Ich bitte Sie als Enquete-Kommission, sich dieses Problems anzunehmen. Ich habe die Hoffnung, daß Sie das mal klären, ansonsten wechselt das immer hin und her zwischen Ordnungsgeld und mißlungener Vernehmung. Und aus welcher Kasse diese Ordnungsgelder bezahlt werden, weiß ich auch nicht.

Kurt-Schumacher-Kreis Berlin e.V., Hermann Kreutzer: Ich habe drei Fragen an die Mitglieder der Kommission. Die erste Frage lautet: Ist die Kommission auch bereit, mündliche Hinweise, Aussagen etc. auf Disketten und auf Band aufzunehmen oder übernimmt sie nur Aktenmaterial und schriftliche Aufzeichnungen? Ich stelle die Frage deswegen, weil wir vom Kurt-Schumacher-Kreis kein Material mehr zur Verfügung haben, wir haben nur noch die geistige Konterbande behalten. Das NKWD hat uns alles weggenommen, wir haben also nichts behalten aus unserer Zeit nach 1945. Aber ich glaube, daß wir für die Kommission ganz interessant sein werden, denn ich denke, daß es nicht mehr viele Menschen gibt in Deutschland, die sowohl gegen die nationalsozialistische Diktatur als auch gegen die kommunistische Diktatur gekämpft haben und von beiden Diktaturen erhebliche Verfolgung erleiden mußten, und ich bin auch überzeugt, daß es nur noch wenige Menschen gibt, die damals nach 1945 in den Landesvorständen politischer Parteien saßen und von daher aktiv gearbeitet haben und natürlich die Entwicklung nach 1945 in der damaligen Zone

überaus besser überblicken konnten als andere, und ich denke auch, daß es nur noch wenige Menschen in Deutschland gibt, die mehrfache persönliche Begegnungen hatten und vor allen Dingen politische Auseinandersetzungen mit Pieck und Ulbricht und Honecker, Rau und Matern usw.

Wir vom Kurt-Schuhmacher-Kreis stellen uns in dieser Beziehung zur Verfügung insbesondere für zwei zeitliche Bereiche. Erstens: Wie wir meinen für den wichtigsten Bereich, von 1945–1949, in dem neben der Schaffung der Grundplanung dieser Diktatur auch die Menschen die erheblichsten Opfer erbringen mußten. Ich nenne nur zwei Zahlen, die das deutlich machen. Es wurden in dieser Zeit damals 180.000 Menschen verhaftet, von denen 70.000 umgekommen sind. Ich glaube, die Zahl sagt alles. Im übrigen muß man sich schon einmal die Frage stellen, wenn jetzt in der Zeitung öfters berichtet wird, daß da und dort wieder Massengräber gefunden wurden. Im übrigen haben wir das natürlich die ganze Zeit gewußt und es auch notiert, aber die Zeitungen haben es nicht gebracht. Aber es hat sich noch niemand gefragt, wieso diese Menschen eigentlich verhaftet wurden. Als die Sowjets hier in die Zone kamen, haben sie doch gar nicht gewußt, wer sind denn nun „Nazis“ und „Kriegsverbrecher“, beides in Anführungsstrichen. Ich möchte die Kommission bei dieser Gelegenheit gleich darauf hinweisen, daß man den Befehlen oder Anweisungen von Walter Ulbricht nachgehen sollte, die wichtig waren, gleich 45, daß nämlich die Kommunistische Partei in allen örtlichen Bereichen Kommissionen zu bilden hatte aus Mitgliedern des M-Apparates, Mitgliedern des ehemaligen RFB, KZ-Opfern und Vorstandsmitgliedern der alten KPD, die systematisch die Bevölkerung durchgekämmt und die Leute gegenüber dem NKWD als „Nazis“ und „Kriegsverbrecher“ deklariert haben. Dabei ging es um die Entbourgeoisierung, es ging nicht um Nazis und Kriegsverbrecher, es ging um die Zerstörung des Bürgertums. Genauso war das mit diesen jungen Leuten, die 14, 15, 16-jährig verhaftet wurden und von denen 1000, etwa im Höchstfall 10%, wieder zurückgekommen sind, das waren nämlich junge Hitlerjugend-Führer, Jungvolkerzieher, wie das damals hieß, die alle aus dem Bürgertum kamen, auch das mußte vernichtet werden. Und bei der Gelegenheit wurden auch gleichzeitig Voraussetzungen geschaffen für die Enteignung der Betriebe, denn wer eingesperrt war, war ja Nazi, so einfach war das.

Ich denke aber auch an andere Fragen, wo wir ebenso Hinweise geben könnten, nämlich über die Vereinigung der SPD und KPD. Die Auseinandersetzung darüber wurde vorzugsweise innerhalb der Vorstände der SPD geführt, nicht gegen die KPD, sondern innerhalb der Vorstände, weil eine Mehrzahl der Funktionäre für die Vereinigung war und eine Minderheit dagegen, die Mitgliedschaft wurde eh nicht gefragt. Und ich möchte vor allen Dingen hinweisen auf die dann erfolgte Zerschlagung des sozialdemokratischen Elements. Das werden Sie nicht wissen, daß damals 1948 auf Geheiß von Ulbricht die

sogenannten PPA's eingerichtet wurden, Personalpolitische Abteilungen als Vorläufer der sogenannten späteren K-Abteilungen, die die ehemaligen Sozialdemokraten innerhalb der SED zu kategorisieren hatten. Erste Kategorie: Mitläufer, zweitens: die, die zu maßregeln waren, die sind dann meistens geflüchtet, und drittens diejenigen, die zur administrativen Behandlung dem NKWD zu übergeben waren. Dorthin gehörten u. a. neben vielen meiner gleichgesinnten Freunde mein Vater, meine Frau und ich. Wir haben im Schnitt damals alle über 7 Jahre gesessen, soweit wir es überlebt haben. Und jetzt komme ich zu einem ganz besonderen Punkt, meine Damen und Herren: Es sind damals etwa 5000 Sozialdemokraten inhaftiert worden, 410 davon sind in Haft umgekommen und 1000 an den Haftfolgen unmittelbar hinterher verstorben. Und ich darf jetzt die Vertreter der Parteien fragen, bis zum heutigen Tage haben die Parteien sich nicht die Mühe gemacht, genau festzustellen, wie viele Opfer sie zu verzeichnen haben, dasselbe gilt auch für den DGB, Gewerkschafter waren auch mit darunter. Das ist nicht geschehen und es wäre Zeit, daß sowohl die Zahlen festgestellt werden derer, die Freiheit und Gesundheit hingegeben haben und die ihr Leben hingegeben haben, und auch die Namen notiert werden. Das wäre eine Aufgabe auch der Enquete-Kommission zusammen mit den Parteien, das bei dieser Gelegenheit festzustellen. Ich glaube, das ist man den Opfern in dieser Beziehung schuldig. Ich denke dabei an meinen Freund Manfred Klein von der CDU, der unter Haftfolgen verstorben ist, unter Mitwirkung von Honecker inhaftiert, und ich denke an Hermann Meißel als Gewerkschafter, der schon 8 Jahre Nazi-KZ hinter sich hatte, und ich denke vor allen Dingen an Arno Esch, der noch 1951 hingerichtet worden ist. Das gehört alles mit in diesen Bereich hinein. Wir würden dann weiterhin uns natürlich auch zur Verfügung stellen, um die Strukturen der politischen Haft in den 40er, 50er und 60er Jahren aufzuhellen, wir wissen sehr gut Bescheid über alle Dinge.

Und dann als dritter Punkt käme dann in Frage auch die Stabilisierung des SED-Regimes von Westen her. Da gibt es einiges, ich will nur ein Beispiel sagen, z. B.: Innerdeutsches Ministerium, dem ich über 15 Jahre angehört habe. In den 70er Jahren wurden Filme von der DDR aufgekauft, und dann hat man im Innerdeutschen Ministerium diese Filme überprüft, ob nicht irgendwelche Positionen drin sind, die hier bei den Zuschauern aus Westdeutschland negative Eindrücke über die DDR entwickeln könnten. Und die wurden rausgeschnitten, das sagt wohl alles zur Stabilisierung.

Ich komme damit zu meiner dritten Frage. Die fällt ein klein wenig aus dem Rahmen, aber vielleicht sind Sie trotzdem in gewisser Weise ein bißchen kompetent dafür. Es geht um unser Mitglied Hermann von Berg, ich brauche ihn Ihnen sicherlich nicht vorzustellen, Professor Hermann von Berg. Und da habe ich die Frage, auch an die Leute von der Humboldt-Universität, warum eigentlich seine Professur nicht erneuert worden ist, warum er nicht

herangezogen worden ist vom Senat. Ich glaube, es sind Fragen, die man stellen muß, ein Mann, der vieles weiß und sicherlich auch ein hervorragender Zuarbeiter für die Kommission sein könnte. Aber in allererster Linie geht es darum: Warum wird er dann nicht wieder herangezogen in seiner alten Universität?

Geschichtskommission des Verbandes deutscher Schriftsteller in den IG Medien, Herr Seiler: Ich spreche für die Geschichtskommission des Verbandes deutscher Schriftsteller. In dem Rahmen der heute vorgestellten Organisationen ist sie eine Ausnahme, weil es sich hier um ein Gremium handelt, das sowohl aus Kollegen aus Westdeutschland als auch aus Ostdeutschland besteht, und zwar zu gleichen Teilen in der gleichen Größenordnung, je 6, und unsere Aufgabe ist es wohl, die Geschichte der beiden Schriftstellerverbände zu erkunden, aber sie ist jetzt vor allem unter dem Gesichtspunkt, einen Verband, der aus 3200 Mitgliedern besteht, davon 800 aus der ehemaligen DDR, funktionstüchtig zu machen. Denn bei dem ersten gesamtdeutschen Kongreß in Lübeck im vorigen Jahr stellte sich heraus, daß die Differenzen so groß waren, daß zu befürchten war, daß der Verband auseinanderbricht. Da wurde also von der Basis sozusagen diese Kommission gefordert, und wir versuchen nun nach besten Kräften, etwas für die Zukunft zu tun, indem wir die Vergangenheit kennenlernen. Es hat sich dabei ein Problem ergeben, das vielleicht zu erwarten war, und zwar war der Beschluß so, daß die Kommission sowohl die Geschichte des VS, also des westdeutschen Schriftstellerverbandes, als auch die Geschichte des DDR- Schriftstellerverbandes aufarbeiten soll. Dabei hat sich gezeigt, daß die jeweils andere Seite einfach ahnungslos ist und ziemlich dumm rumsitzt, wenn es um Interna geht. Aber die andere Sache ist die, daß dadurch ein Lernprozeß in Gang gesetzt ist. Ich bedauere sehr, daß wir heute Vormittag nicht die Möglichkeit hatten, uns näher vorzustellen. Ich komme zu meiner Frage: Es ist ja wie ein Kontrapunkt heute vormittag immer wieder die Frage des Geldes aufgeworfen worden, und aus unserer Erfahrung stellt sich das so dar, daß wir mehr damit beschäftigt sind, die Geldquellen zu erforschen als eigentlich unseren Gegenstand, den wir zu erforschen haben. Und ich könnte mir vorstellen, daß es sehr nützlich wäre, wenn es eine Beratungsstelle gäbe, die solche Organisationen wie z. B. auch uns beraten kann, wo Geldgeber zu finden sind, wie die Verfahrensweisen sind, denn das ist also gerade für mich z. B., der ich aus dem Osten komme, ein Hürdenlauf, wo die Hürden einfach zu hoch sind. Das wäre also für uns eine ganz konkrete praktische Hilfe, und ich möchte also diesen Vorschlag Ihnen unterbreiten.

Bürgerkomitee „15. Januar“ e.V. zur Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit, Hans Schwenke: Zunächst eine Bemerkung zu David Gill. Daß im Stasi-unterlagengesetz die Anzeigepflicht verankert ist, ist mir wohlbekannt, ebenso wohlbekannt dürfte der Gauck-Behörde und jedermann sein, daß nahezu alle,

die hier auf dieser Liste vermerkt sind, Dokumentationen unterhalten, Archive haben. Ich habe auch im Vorfeld der Verabschiedung des Stasiunterlagengesetzes immer wieder gefordert, daß dort eine Passage hineinkommt, die den Bürgerkomitees und adäquaten Initiativen das Recht einräumt, solche Dokumentationszentren zu unterhalten, so daß also diese gesonderte Anzeigepflicht entfällt, zumal für solch eine Anzeigepflicht auch Zeit gelassen werden muß, Zeit gelassen zur Registratur, und ich denke, man muß wohl doch schon unterscheiden, wenn man auf die Herausgabe pocht, zwischen Stasioffizieren, die etwas beiseitegeschafft haben, und Bürgerrechtlern, die sich in den Besitz nichtpersonenbezogener Unterlagen gesetzt haben. Und was die Schwärzungen anlangt, kann es ja wohl nicht angehen, daß Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens geschwärzt werden müssen, die in dieser Zeit 40 Jahre SED geherrscht und agiert haben. Dies erstmal dazu. Zu unserem Bürgerkomitee möchte ich nicht weiter mich auslassen und dies also genauer vorstellen, ich denke, hier liegt überall „Horch und Guck“ aus. Wir versuchen alles, was wir archivieren, von Monographien bis hin zu Dissertationen zur Erlangung des Doktorgrades der Hochschule des MfS, in einen Thesaurus zu bringen, einen Thesaurus, den wir versuchen, auch mit anderen gleichartigen Einrichtungen wie etwa der Umweltbibliothek oder unseren anderen Bürgerkomitees in anderen Teilen des Landes abzugleichen. Ich denke, das ist günstig um des gegenseitigen schnelleren Verständnisses willen und auch um anderen zu helfen, schneller Zugriff zu erlangen, die für ihre wissenschaftliche Arbeit diese Unterlagen brauchen; die aus sehr objektiven Gründen die Gauck-Behörde natürlich nicht so schnell zu Verfügung stellen kann, das verstehe ich durchaus, sie ist eine Behörde im Aufbau, das begreife ich auch. Wir haben zu keiner Zeit geglaubt, daß man Geschichte der DDR verkürzen könne auf Stasi oder auf die Frage nach inoffiziellen Mitarbeitern. Es wurde uns schon damals klar in der Arbeitsgruppe Sicherheit des Zentralen Runden Tisches, als dort Vertreter der Staatsanwaltschaft der DDR, der Nationalen Volksarmee antanzten, auch jene von der Versorgungseinrichtung Ministerrat, und die Herausgabe ihrer Unterlagen forderten. Da wußten wir, hier ist ein großes Netz. Wir wissen heute, daß dieses System, das man zu Recht als totalitär bezeichnet, den gläsernen Menschen geschaffen hat. Dieser Tage bekomme ich Kenntnis über den ganzen Umfang des Systems der Personenkennzahlen und des Zentralen Einwohnerregisters, mit dessen Hilfe man tatsächlich Zugriff bekommt auf alle Daten, einschließlich der verlorengegangenen Daten über offizielle Mitarbeiter des MfS, vermutlich auch derer, die im Ausland tätig waren. Ich frage mich heute, der ich selbst beteiligt war an der Vernichtung der elektronischen Datenträger des MfS, ob man diesen Fehler heute noch einmal wiederholen sollte, ob das sinnvoll erscheint, nun also auch diese elektronischen Daten gänzlich zu löschen. Sicherstellen muß man sie, vor unbefugtem Zugriff muß man sie sichern, aber nutzen sollte man sie zur Aufklärung und zur Erhellung dessen, was gewesen ist.

Wir befassen uns mit der Erhellung dessen, was totalitäres System war und was seine Ursache war, die Denkweise, Verhaltensweise, ja dieses verheerende Gefolgschaftsdenken, dieses immer wiederkehrende Denunziantentum und all die gesellschaftlichen Mechanismen, die totalitäres Denken und totalitäre Systeme befördern. Da das Interesse der Öffentlichkeit daran nicht gerade groß und im Sinken begriffen ist in den 5 neuen Bundesländern, das ist auch mir klar, und auch die Gründe dafür, daß sie zu suchen sind in den sozialen Nöten, ja, verstärkt auch durch die Vorsicht, über sich schon wieder die alten Kader zu sehen. Und insofern stelle ich durchaus die Frage an die Behörde von Jochen Gauck, hier vertreten durch David Gill: Wie steht es mit den Prioritäten? Wo liegen die Prioritäten für die Einsichtnahme in die Unterlagen all derer, die sich in die wirtschaftliche Macht gerettet haben, von der politischen hinein in die wirtschaftliche?

Es gibt auch einen anderen Grund. Durch diese sozialen Nöte wird auch befördert eine zum Teil schon wieder aufkommende Verklärung der Vergangenheit, so etwas hatten wir nach 1945 auch. Und weil niemand den Menschen so recht helfen kann und sie sich alleine gelassen sehen, eine Abwendung von der Demokratie und eine Hinwendung zur äußersten Rechten. Und umso notwendiger erscheint es mir, die Vergangenheit nicht Vergangenheit sein zu lassen, sondern lebendig zu halten, in Erinnerung zu halten. Ich möchte dies nicht wieder geschehen sehen wie etwa nach 1945 im östlichen Teil Deutschlands, wo die Geschichte des Widerstandes sehr einseitig geschrieben wurde, insofern vermag ich auch nicht Herrn Professor Schroeder zu folgen, der irritiert scheint über die Vielfalt der Gruppen und nach Profilierung sucht im Sinne etwa von Spezialisierung und Vermeidung von Doppelarbeit. Nein, Pluralismus tut not. Je vielgestaltiger und aus unterschiedlichen Blickwinkeln herangehend man sich der Vergangenheit nähert, um so näher wird man auch der Wahrheit kommen. Und ich möchte bei dieser Aufarbeitung sehen Karl-Wilhelm Fricke ebenso wie Wolfgang Rüdtenklau.

So ich um etwas bitte, ist meine Bitte an die Abgeordneten des Bundestages, uns zu helfen. Wir stehen echt alle in finanziellen Nöten. In Berlin wäre vieles schon gewonnen, würde uns das Haus 1 in der Normannenstraße unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Und mögen auch die finanziellen Nöte noch so groß sein und der Haushalt noch so eng sein, die historische Aufarbeitung zweier totalitärer Systeme in Deutschland darf darunter nicht leiden.

Bürgerinitiative Vergangenheitsbewältigung der Stadt Saalfeld, Herr Morgenroth: Mit mir zusammen sind gekommen Bernd Backer und Josef Rode, die dort in der Mitte sitzen. Wir sind eingeladen worden aufgrund eines längeren Briefes, den wir der Enquete-Kommission, dem Innenministerium in Bonn und dem Innenministerium in Erfurt übersandt haben, ein offener Brief mit 300 Unterschriften ungefähr. Ich glaube, daß die Arbeit, die Sie hier machen, sehr wichtig ist, aber Sie sind vielleicht nicht das Gremium,

das uns in unserem Bemühen weiterhelfen kann. Ich will Ihnen trotzdem unser Problem nennen. Wir sind gewissermaßen eine Bürgerinitiative der zweiten Generation, die es erst seit ungefähr einem halben Jahr gibt. Wir haben uns gebildet, um eine ganze Reihe Eingaben von frustrierten Mitbürgern aufzunehmen und zu sammeln, die die Hoffnung verloren haben, daß auf einer offiziellen Schiene das, was sie bewegt, richtig bearbeitet werden kann, sie sehen die Kommission für Korruption und Amtsmißbrauch und dergleichen irgendwo in Watte laufen, daß die Arbeit sich verfangen hat, in vielen auch nebensächlichen Aktivitäten.

Ich möchte Ihnen gern, damit Sie verstehen, wovon ich rede, ein paar solcher Fälle nennen, die wir in diesem Brief auch mitgeteilt haben. Es geht zum Beispiel um einen Mann, der Kampfgruppenkommandeur von Saalfeld war, gleichzeitig Leiter der Urania, Erwachsenenbildung, der vor der Wende und speziell in dieser zweiten Stelle sehr viel zur Verbildung und zur Unterdrückung von Umweltgruppen und dergleichen beigetragen hat in der öffentlichen Diskussion. Dieser Mann ist dann nach der Wende ganz schnell von der Sabelschule übernommen worden als einer ihrer Lehrer, hat dann dort gearbeitet. Er hat sich dann nicht ewig halten lassen, jetzt ist er in Pension, aber was der Mensch auf der Straße sieht, dieser Herr fährt nun in einem dicken schwarzen Audi durch die Gegend, wo andere arbeitslos sind. Und die Leute fragen auch, ist es eigentlich gerecht, daß dieser Mann mit dieser Vergangenheit eine dicke Pension bezieht, während andere Mütter, alleinerziehend, irgendwo sehen müssen, wie sie ihre Kinder durchkriegen, sie nicht auf den Schulausflug mitschicken können, weil sie keine Arbeit haben. Das ist ein Fall, der die Leute verbittert. Oder der Fall einer Kaderleiterin eines Krankenhauses, die dem MfS Zugriff zu den Akten gewährt hat. Sie konnte nicht anders, sie hätte sonst ihre Existenz aufs Spiel gesetzt, sagt sie. Aber wessen Existenz sie sonst noch aufs Spiel gesetzt hat durch die Herausgabe, danach fragt sie nicht. Und von dem neuen Geschäftsführer oder technischen Direktor des Krankenhauses, der aus den alten Bundesländern gekommen ist, wird sie übernommen. Der Leiter der Abteilung Inneres beim Rat des Kreises Saalfeld arbeitet vermutlich bis heute, wenn er nicht in den letzten Tagen entlassen worden ist, noch immer im Landratsamt als Mitarbeiter in einer wichtigen Position. Solche Fälle sind in diesem Brief geschildert, und dann noch sind fast alle ehemaligen Betriebsleiter und jetzigen Geschäftsführer von einflußreichen Saalfelder Betrieben wie der Maxhütte und der Wema benannt. Es ist fast durchgängig, alle großen Betriebe, Zeiss nicht zu vergessen, haben ihre Leute behalten. Das sehen die Leute, und ich würde auf die Frage, die heute früh gestellt worden ist, nicht sagen, das Interesse an der Aufarbeitung der Vergangenheit läßt nach, sondern der Glaube läßt nach, daß es auf demokratischem Wege möglich sein könnte, diese Vergangenheit aufzuklären und einer gerechten Beurteilung zuzuführen.

Ich will sagen, ich selbst habe den Glauben noch nicht verloren, aber wenn ich diesen Leuten, die uns diese Eingaben gegeben haben, die Antwortbriefe vom Innenministerium, vom Justizministerium und inzwischen auch von der Treuhandanstalt zeigen würde, wie wir von einem zum anderen vertröstet und als nicht zuständig erklärt werden und dergleichen Dinge mehr, dann, denke ich, würde das ihre Zweifel an der Möglichkeit der Demokratie, solche Vergangenheit aufzuarbeiten, eher bestärken, als daß es die Zweifel beheben würde. Da kommt das, was mein Vorredner auch schon gesagt hat, ins Spiel, daß die Leute sagen, wir müssen eben doch die Rechten wählen, die sagen, was Sache ist, und die greifen handfest zu und das, was ihr damals gesagt habt auf dem Markt: Überhaupt keine Gewalt, das war die falsche Entscheidung, es hätten Köpfe rollen müssen, dann hätten wir heute den ganzen Salat nicht. Das halte ich für die eigentlich gefährlichste Entwicklung in diese Richtung.

Heute im Laufe des Tages ist eine Überlegung geboren worden, die wir Ihnen als der Enquete-Kommission doch zumindest auch zu bedenken geben wollen. Wäre es nicht möglich, daß man einmal einen Landkreis gewissermaßen exemplarisch aufarbeitet und sagt, wer hat eigentlich früher in dieser Amtsstube gesessen, in jener, wer hat auf der Kreisleitung der SED gesessen, wer bei den Blockparteien, wo sitzen diese Leute heute? Sitzen zu erheblichen Teilen in der Bundesrepublik und haben dort eine einflußreiche Stellung. Wo haben ihre Frauen gearbeitet, und wo arbeiten die Frauen heute? Das ist ein ganz interessantes Kapitel, daß dies einmal exemplarisch für einen Landkreis gemacht würde. Ich denke, das wäre eine ganz hilfreiche Arbeit. Wir wären von unserer Seite aus gerne zu Zuarbeit für Sie bereit, um so vielleicht doch den Nachweis zu erbringen, daß es der Demokratie gelingen kann, das Unrecht der Vergangenheit zu überwinden.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich möchte jetzt zunächst die hier vorne sitzenden Obleute bitten zu antworten. Ich habe Ihnen allen fünf, die jetzt hier geredet haben, viel Zeit gelassen und meine, das sollten wir auch beim nächsten Mal so machen. Von daher meine ich, sollten die jetzt antwortenden Obleute es so kurz wie möglich machen, damit Sie möglichst bald weitergeben können.

Abg. Meckel (SPD): Ich werde mich an diese Bitte nicht ganz halten, weil ich denke, es ist ganz wichtig und entspricht auch der Strategie, wie wir sie abgesprochen haben, daß in dieser zweiten Runde es wichtig sein soll, daß Sie etwas erfahren über die Arbeit der Enquete-Kommission. Heiko Lietz hat ja darauf hingewiesen, ich könnte jetzt gar nicht die Zahl sagen, aber daß wir schon 13,14 Sitzungen gemacht haben. Deshalb sind wir es den hier Anwesenden und der Öffentlichkeit schuldig, die Frage zu beantworten, was die Enquete-Kommission, die seit März im Deutschen Bundestag eingesetzt

ist und von der man bisher öffentlich nichts gehört hat, eigentlich getan hat. Ich denke, das ist eine wichtige Frage, auf die es eine Antwort geben muß.

Die Enquete-Kommission wurden am 12. März eingesetzt. Sie besteht aus 16 Abgeordneten, 16 Stellvertretern und 11 Sachverständigen, nach dem üblichen Modus auf die Parteien verteilt. Wir hatten bis zum 20. Mai die Aufgabe, unsere eigene Aufgabenstellung überhaupt erstmal zu erarbeiten, denn auch das war natürlich nicht so klar: Was ist eigentlich die Aufgabe einer Kommission des Bundestages, die sich diesem Thema widmet? Es gab die Forderung eines Tribunals, es gab die Frage, ist es sinnvoll, daß Parteien sich überhaupt in dieser Weise mit dieser Frage beschäftigen. Wir waren der Meinung, daß dies sinnvoll ist und daß es eine spezifische Aufgabe des Deutschen Bundestages gibt, wobei wir uns auch darüber im klaren waren: Es gibt kein Monopol auf Aufarbeitung. Weder der Deutsche Bundestag noch irgendjemand anders könnte sagen, wir machen die Aufarbeitung, sondern wir können nur versuchen, miteinander dies zu tun und die jeweils spezifischen Möglichkeiten zu nutzen, die man als gesellschaftliche Initiative hat, als Institution oder Komitee innerhalb einer großen Institution, wie es die Kirchen sind oder andere, innerhalb des öffentlichen Dienstes, eines Parlamentes oder eben auch des Deutschen Bundestages.

Unsere Aufgabe war schwierig, weil die ersten Anträge aller Parteien eher so aussahen, als wären sie eine Beschreibung einer Institutsarbeit für die nächsten 20 Jahre. Als könnte es Aufgabe des Parlaments sein, daß die gesamte Komplexität von 40 Jahren Geschichte darstellt werden soll. Uns war klar, einerseits ist so etwas nötig. Die historische Forschung für diesen Zeitraum muß stärker in das Blickfeld kommen, viele Wissenslücken müssen gefüllt werden. Viele Akten sind da, die durchgearbeitet werden müssen, und es ist recht skandalös, daß in diesem Wissenschaftsbereich sehr viele jetzt eher arbeitslos sind, als daß sie wirklich an dieser Aufgabe arbeiten. Zum zweiten aber kann es nicht Aufgabe einer Kommission des Bundestages sein, in allererster Linie historische Forschung selber zu machen. In dieser Zwickmühle waren wir und haben dann bis zum 20. Mai einen Beschluß erarbeitet, der dann vom Deutschen Bundestag gefaßt worden ist, in dem wir beschreiben, was unsere Aufgaben sind. Neben der Förderung der Forschung ist die Frage nach Bewertung zu stellen und die Frage nach Strukturen und Verantwortlichkeiten, nach den Zuständigkeiten sowohl des Machtsystems als auch den differenzierten Situationen des Lebens in der DDR, also der Möglichkeit und was dies eigentlich heißt: widerständiges, sich verweigerndes Verhalten. Natürlich soll auch nach den verschiedenen Institutionen, Blockparteien, Massenorganisationen gefragt werden sowie nach der Bedeutung der Kirche. Daß dies eine riesige Aufgabe ist, darüber waren wir uns klar. Wir haben dann nach diesem Beschluß bis zur Sommerpause daran gesessen, ein Arbeitsprogramm zu machen, in dem wir festlegen, wie

die Zeit bis 94 eingeteilt werden soll, in welchen Wochen oder Monaten wir welchen der 6 thematischen Schwerpunkte bearbeiten: Im Anschluß an die Frage nach den Machtstrukturen des SED-Systems sollen ab Februar die Fragen, ich sag mal der „Softwarerepression“, der Bedeutung von Bildung, Privilegien, des ganzen Ideologiesystems behandelt werden, dann die Frage von Recht und Justiz als Herrschaftsinstrument, dann ab Herbst, ab September nächsten Jahres fahren wir fort mit der Frage der innerdeutschen Beziehungen und der internationalen Beziehungen und ihrer Bedeutung für die DDR und ihr Herrschaftsinstrumentarium, dann anschließend die Frage der Kirche und zuletzt die Opposition in den 40 Jahren DDR, der Herbst, der Wandel, die Vereinigung. Dies in Kurzform das Programm, das wir haben.

Es ist unter uns strittig, wir sind der Meinung, daß die Enquete-Kommission nicht nur in dieser Legislaturperiode arbeiten kann, sondern von der Aufgabenstellung her notwendig auch nach 94 weiterarbeiten muß, dies aber wird von anderen Fraktionen bestritten. Jedenfalls denken wir, daß wir eine Defizitliste machen müssen, die enthält, was nicht jetzt gemacht werden kann, sondern in der nächsten Legislaturperiode, und dann muß der nächste Bundestag darüber entscheiden. Wir müssen natürlich eine Empfehlung abgeben, und ich denke, wir müssen weitermachen, weil dieses Programm in 2 Jahren nicht zu leisten ist. Ich denke, das ist klar und muß festgehalten werden. Ich bin deshalb jetzt so ausführlich gewesen, um erst einmal die Aufgabenstellung klar zu machen.

Wir haben gestern zusammen gesessen mit Juristen und diskutiert um die Fragen nach den Grenzen und Möglichkeiten justitieller Aufarbeitung, um dazu ins Verhältnis zu setzen die Frage nach der politischen Aufarbeitung und ihren Aufgaben. Dies hat den gestrigen Tag bestimmt als öffentliche Anhörung hier im Haus. Der heutige Tag soll dem Gespräch mit den Initiativen dienen, die ähnlich wie wir, aber in ganz anderer Funktion und eigener Initiative, sich mit Fragen der Aufarbeitung beschäftigen. Denn soviel ist klar, wir jedenfalls gehen davon aus, daß die Initiativen wichtig für unsere Arbeit sind. Wir haben manches schon entdeckt, von dem wir meinen, hier ist Material, hier ist Kontakt, hier sind Leute, die in eine bestimmte Fragestellung sich eingearbeitet haben, das brauchen wir. Wo sind in der Frage der Aufarbeitung Dinge, bei denen Sie Erwartungen an die Enquete-Kommission haben? Gibt es solche Erwartungen, oder meinen Sie, daß das nicht nötig ist? Auch das ist dann zur Kenntnis zu nehmen, wir haben jedenfalls, denke ich, jeweils genug zu tun.

Ich möchte auf ein paar der angesprochenen Punkte noch kurz eingehen, insbesondere auf die Frage der Finanzen. Ich kann dies nicht nur verstehen, sondern unterstütze ausdrücklich, daß eine solche Finanzierungshilfe kommen muß, ich denke, keine Vollfinanzierung, sowas wird nicht möglich sein. Wir werden darüber unter uns reden müssen, wie geholfen werden kann. Es wird nur in Grenzen möglich sein. Aber daß hier etwas geschehen muß,

davon jedenfalls bin ich überzeugt, wenn wir gewährleisten wollen, was unser aller Anliegen ist, daß nicht Initiativen vor Ort erstickt werden, einfach aus Geldmangel. Manchmal hilft ja ein kostenloses Zur-Verfügung-Stellen von Räumen schon weiter. Gleichzeitig müssen wir natürlich fragen, was wir vermögen, damit wir uns nicht selber mit überhöhten Erwartungen belasten. Es ist ganz klar, daß die Fragen der Personalpolitik im öffentlichen Dienst und auch in der Wirtschaft zwar Themen sind, zu denen wir Aussagen machen können, zu denen wir jetzt auch als Bundestag auf der Ebene des Bundes noch mal Fragen stellen können und sollten, daß aber die Länder und die Kommunen die Entscheidungen fällen müssen. Ich begrüße den Vorschlag, einen Landkreis exemplarisch aufzuarbeiten. Ich denke, daß wir die Idee an der entsprechenden Stelle aufnehmen sollten, wenn nicht in dieser Legislaturperiode, dann in der nächsten.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Danke schön, Markus Meckel. Auch Dank für die kurze Darstellung dessen, was sich die Enquete-Kommission für die nächsten 2 Jahre vorgenommen hat. An einer Stelle ist mir allerdings wichtig, das, was du gesagt hast Markus, ein bißchen zu differenzieren. Wenn ich mich an die entsprechenden Gespräche in der Enquete-Kommission erinnere, ist keiner von uns der Meinung, daß wir in der zur Verfügung stehenden Zeit das Aufgabengebiet, Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur, abgearbeitet haben werden. Das, glaube ich, ist uns allen deutlich. Wir haben gesagt oder einige von uns sagen, ob da was fortgesetzt werden kann, das können wir höchstens empfehlen, aber entscheiden muß das der nächste Deutsche Bundestag, aber ich glaube, da gibt es keinen großen Unterschied zwischen dir und den anderen hier oben Sitzenden.

Abg. Poppe (Bündnis 90/Die Grünen): Was den letzten Punkt angeht, so hat, glaube ich, tatsächlich noch nie jemand etwas anderes gesagt innerhalb der Enquete-Kommission. Wenn wir heute zusammentreffen mit den vielfältigen Initiativen, so ist das ja zunächst mal gar nicht selbstverständlich, wenn man weiß, daß es sich um eine Einrichtung des Bundestages handelt. Ich bin froh, daß die Enquete-Kommission wirklich einstimmig sich gleich zu Beginn ihrer Arbeit darauf verständigt hat, daß sie nicht aus eigener Kraft diese Aufgabe bewältigen kann, auch nicht mit Hilfe nur von Sachverständigen oder von Institutionen, die in irgendeiner Weise in dieses Thema mit einbezogen werden können, sondern daß dazu unabdingbar ist auch nicht nur das Kennenlernen der verschiedenen Initiativen, sondern auch der Versuch, Wege zur Zusammenarbeit zu finden und das, was z. B. von uns bearbeitet wird zu vergleichen gegenseitig zu ergänzen und vielleicht dort auch sehr unkonventionelle Wege – für eine Enquete-Kommission erstmalig, die natürlich erstmalig überhaupt mit

einem solchen Thema betraut – zu finden. Das ist also die Intention des heutigen Treffens.

Auf der anderen Seite haben wir auch schon gegenüber der Gauck-Behörde versucht, sehr deutlich zu machen, daß wir ihre Arbeit unterstützen, und ich denke, das liegt so auf der gleichen Linie. Es ist ja richtig, Hans Schwenke, wenn du sagst, Pluralismus ist gut und notwendig, das würde ich durchaus unterstützen, aber Pluralismus darf nicht gleichbedeutend sein mit unserer Schwächung oder sogar zu einer gemeinsamen Hilflosigkeit führen. Ich erinnere einmal an Stasiakten, wo so sinngemäß drinsteht, diese Gruppen, die sich jetzt in den kirchlichen Räumen aufhalten, haben nun begonnen, sich gegenseitig zu bekämpfen oder ihr Unverständnis gegeneinander zum Ausdruck zu bringen, und es ist das erreicht worden, was die Zielstellung war, nämlich die Auseinandersetzung zwischen den eigentlichen Widersachern Staat und Opposition findet nicht mehr statt. Zu einer vergleichbaren Situation darf natürlich diese gemeinsame Arbeit an dem Thema nicht führen, und deshalb meine ich, ist es gerade angesichts der Defizite, die im Moment zu spüren sind, angesichts auch des Klimas, was ja zum Teil durch Vernebelung und zum Teil ja regelrecht durch Sabotieren der Arbeit an der Vergangenheit gekennzeichnet ist, manchmal auch sehr bewußt – ich erinnere mal an die ganzen Auseinandersetzungen, die mit Stolpe zu tun haben, was im Rahmen dieser Debatte erfolgt manchmal an Unfairneß gegenüber denjenigen, die an der Aufarbeitung interessiert sind und die nicht nur behindert, sondern auch mittlerweile verleumdet werden...

Wir kennen also diesen Zustand, wir können damit natürlich nur unzufrieden sein, und wir müssen jetzt natürlich auch überlegen, wie kommen wir da wieder raus, wie kommen wir aus diesem Unbehagen raus, das ein großer Teil der Bevölkerung inzwischen schon hat, wenn er davon hört, daß sich Leute mit der DDR Vergangenheit befassen. Da müssen wir natürlich einmal selber sehen, daß sich sehr viel auf die Stasi konzentriert hat und da noch mal sehr viel auf die inoffiziellen Mitarbeiter, daß vergleichsweise viel zuwenig gelaufen ist zu den Machtstrukturen in ihrer Gesamtheit, zur Verantwortung der SED usw. Dies alles ist von der Enquete-Kommission ja auch durchaus erkannt, wie man an diesem Arbeitsplan, der ja draußen liegt, sehr genau erkennen kann. Aber ich meine eben, wir müssen sehen, daß wir jetzt nicht die falschen Fronten aufbauen, daß wir zum einen also an diese Erweiterung dieses Themas herangehen, daß wir also auch nicht ein Thema der Vergangenheit einfach nur wieder als bloß historisch bezeichnen. Es hat was zu tun mit dem Zusammenwachsen der Deutschen, es hat was mit dem Verständnis zu tun, was gegenseitig aufgebaut werden muß, es ist also eine Aufgabe, die auch mit unserer Zukunft zu tun hat, und das muß man, glaube ich, sehr viel deutlicher auch in der Öffentlichkeit immer wieder sagen und auch vielleicht ein wenig beweisen. Es geht dann nicht nur einfach um die Nabelschau ein paar

Oppositioneller, die sich ungerecht behandelt fühlten in der Vergangenheit. Ich denke, daß wir dazu die Chance haben, wenn wir das wirklich auch gemeinsam unternehmen.

Dazu kommt das hier schon angesprochene Problem Ost/West oder internationale Beziehungen. Wie ist denn das gewesen mit der Deutschlandpolitik der großen bundesrepublikanischen Parteien? Was hat denn die Kirche in diesem Zusammenhang für eine Rolle gespielt? Das sind plötzlich Themen, die werden dann ganz brisant und werden vielleicht doch einiges Unbehagen auslösen auch bei Politikern, die heute eine wesentliche Rolle spielen. Und wenn wir meinen, daß wir in dieser Richtung etwas unternehmen wollen, dann können wir das nur gemeinsam tun. Und dann kann nicht ein Bürgerkomitee die Gauck-Behörde bekämpfen oder ein anderes, sagen wir mal, die Arbeit der Enquete-Kommission niedermachen, sondern da müssen wir wirklich in diesen unterschiedlichen Verantwortungsbereichen das reden, was möglich ist.

Ganz kurz zur Gauck-Behörde, weil ja vorhin dieser Konflikt schon wieder zum Vorschein kam. Ich meine, daß in der angespannten Situation, die ich versucht habe ganz kurz anzudeuten, man sehr genau überlegen muß, ob man jetzt eine Novellierung des Stasiunterlagengesetzes zu diesem Zeitpunkt fordert, oder ob wir nicht einfach uns gemeinsam mit der Behörde und mit allen, die jetzt noch damit zu tun haben, vorhin wurde auch erwähnt Ermittlung oder das, was Herr Kittlaus macht oder vielleicht jetzt machen könnte mit Mitarbeitern im Rahmen der Behörde, alle die Beteiligten sollten jetzt noch mal gemeinsam überlegen, wo sind denn die ungeklärten Probleme mit der Akteneinsicht, von den Schwärzungen brauchen wir erst gar nicht zu reden. Es gibt bei allen Leuten eigentlich, die sich intensiv mit den Akten befaßt haben, die Kritik an dieser Stelle, aber es gibt andererseits den Wortlaut dieses Gesetzes oder, wenn man so will, eine Kritik, der Wortlaut dieses Gesetz werde zu eng interpretiert. Ja, aber darüber kann man sich verständigen. In dieser Woche tagt erstmalig der Beirat der Gauck-Behörde. Der Beirat könnte unter anderem diese Aufgaben haben, das, was so jetzt an Unschärfen und Unklarheiten über die bisherige Art des Umgangs mit den Akten entstanden ist, zu klären und die verschiedenen Interessen, die Interessen der verschiedenen Beteiligten, auch irgendwie zusammenzubringen. Ich will also sagen, wir müssen in diese Richtung gehen, andernfalls werden wir allesamt mit diesem Problem scheitern.

Ein paar Anmerkungen zu dem, was jetzt hier in Ihren Beiträgen noch kam. Was diese Schweigepflicht für die ehemaligen Stasioffiziere betrifft, so haben wir mehrfach schon Anfragen gerichtet an verschiedene Leute. Das ist natürlich im Grunde genommen ein Problem, was Juristen beantworten müssen. Ich habe aber den Eindruck, daß die Juristen sich selber darüber uneinig sind. Wir haben prophylaktisch schon vor einem halben Jahr oder dreiviertel Jahr als Bundestagsgruppe den Antrag eingebracht, diese Schwei-

gepflicht aufzuheben. Das wäre dann eine ganz formale Angelegenheit, und ich denke, das könnte eigentlich sofort geschehen, denn das Ganze ist wirklich eine absurde Vorstellung, daß sich jetzt noch Leute auf die Schweigepflicht, die ihnen von Herrn Mielke auferlegt wurde, berufen können. Was sehr viel schwieriger ist, ist das Problem, das Herr Kreutzer angesprochen hat, also insbesondere die Zeit von 45 bis 49. Da kommt natürlich der Einwand der Justiz, es liegt nicht in unseren Möglichkeiten, es war Besatzungsrecht. Wo es Möglichkeiten gibt, wo ich denke, daß es Möglichkeiten geben sollte, wäre die Rehabilitierung und die Entschädigung von Menschen, die darunter gelitten haben.

Hermann Kreutzer (Kurt-Schumacher-Kreis Berlin e.V.): Entschuldigung, nur noch ein kurzer Einwurf. Es geht uns nicht darum, diese Leute, die meistens tot sind, zur Rechenschaft zu ziehen. Aber ein Punkt ist wichtig. Wenn der Deutsche Bundestag den Leuten, die von der SED zu Opfern des Faschismus oder Kämpfern gegen den Faschismus deklariert wurden, 1400,- DM Zusatzrente zahlt und die gleichen Leute tätig waren, damals 1945, Hunderte, Tausende, Zehntausende dem NKWD zu überliefern, da hakt es eben aus. Das ist der Punkt.

Abg. Poppe (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, ich sehe das ganz genauso, ich verweise jetzt hier auch noch mal auf diesen ersten Themenkomplex der Enquete-Kommission. Da wird dieses ein Kapitel sein. Ich glaube, diese Personen verdienen natürlich eine späte und leider in vielen Fällen zu späte Würdigung, und das muß auch im Rahmen der Enquete-Kommission geschehen. Da sind wir also völlig einer Meinung.

Was die Initiative Saalfeld angeht, exemplarisch einen solchen Landkreis zu untersuchen, das halte ich für eine sehr gute Idee, wie überhaupt vieles, was wir machen können, wenn wir auch nur annähernd unserer Zielstellung, die wir beschrieben haben, näherkommen wollen, da können wir ohnehin nur exemplarisch arbeiten, müssen uns bestimmte historische Situationen, bestimmte regionale Verhältnisse, was auch immer, heraussuchen und anhand eines solchen Themas versuchen, aus diesem exemplarische Rückschlüsse zu ziehen auf das, was so in der Gesamtheit gelaufen ist. Das verlangt natürlich, daß es in dieser Region eine Initiative gibt wie in Ihrem Falle, die selber diese Aufarbeitung betreibt, die können das natürlich am allerbesten, und das sollte natürlich mit den Mitteln unterstützt werden, die andere Institutionen, auch die Enquete-Kommission, haben.

Ein letztes Wort, es sind immer wieder die Geldquellen angesprochen worden. Das wird eine Aufgabe sein müssen, den Versuch zu unternehmen, in die laufende Haushaltsdebatte noch vielleicht Ergänzungen einzubringen. Ich denke, daß die Mitglieder der Enquete-Kommission das vielleicht in ihren jeweiligen Fraktionen tun werden. Was mich jetzt interessieren würde, wäre natürlich noch mal, wenn ein bißchen Stärke hier ins Spiel käme, die

Möglichkeiten, die Sie sehen, einer inhaltlichen Zusammenarbeit. Also wir kennen unsere Themen und unsere Möglichkeiten und wir kennen Ihre jetzt zum Teil. Aber wo sind denn Berührungspunkte, die Sie sehen? Wie können wir uns in unserer Arbeit gegenseitig unterstützen, z. B. durch Zugriff auf bestimmte Materialien. Dazu würde ich doch gerne noch weitere Vorschläge hören.

Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU): Ich möchte mich zunächst einmal sehr herzlich bedanken, daß Sie alle unserer Einladung gefolgt sind. Ich denke, es ist vielleicht nicht ganz das erste Mal, aber es ist nicht so ganz die Regel, daß so viele Initiativen zusammenkommen, um Erfahrungen auszutauschen, denn ich nehme an, die Diskussion heute morgen, heute nachmittag ist auch für Sie interessant, weil sie wieder voneinander hören. Und ich möchte hier ein ausdrückliches Ja auch zur Pluralität der Aufarbeitung des SED-Regimes sagen, zur Pluralität unter Beachtung der Gesetze, aber ich glaube, das ist so selbstverständlich, daß man es nicht vertiefen muß. Die Aufarbeitung einer politischen Vergangenheit nach einer unblutigen Revolution ist, glaube ich, immer sehr viel schwieriger, wie ja eine Reihe von Beispielen gezeigt hat, Herr Morgenroth hat es noch mal sehr nachdrücklich gesagt, als die Aufarbeitung nach einer blutigen Revolution. Nun sind wir alle ganz glücklich, daß diese Revolution in Deutschland unblutig verlaufen ist, und wir sollten uns dieses Glück auch nicht trüben lassen; wir sollten eigentlich, wenn ich das jetzt einmal fast dialektisch sagen darf, froh darüber sein, daß wir diese Probleme haben, vor denen wir jetzt stehen, anderwärts wären sie vielleicht nicht so da. Ich möchte das in aller Deutlichkeit sagen, wir sollten immer wieder betonen, daß es wirklich ein großes Geschenk war, daß diese Wende 89/90 so verlaufen ist, wie sie verlaufen ist, nämlich ohne blutige Opfer.

Und da scheint es mir auch machbar zu sein, mit den Problemen, die ohne Zweifel da sind, auch fertig zu werden. Ich denke, daß der Vorschlag, den Herr Morgenroth gemacht hat, mal die Struktur, die jetzige Sozialstruktur, die politische Struktur in einer Region zu untersuchen, sehr sinnvoll ist, wir sollten dem nachgehen, wobei wir nie vergessen dürfen, daß der Datenschutz manchem hier schon Schranken entgegenstellt; wir sollten hier ganz nüchtern und ganz realistisch sein.

Ich denke, daß dieses Zusammentreffen hier heute auch noch aus einem anderen Grunde wichtig ist, nämlich um auch dem Bundestag, der Bundesregierung, die auch durch Vertreter hier war und noch ist, deutlich zu machen, daß tatsächlich die Frage der Finanzierung von Vorhaben keineswegs befriedigend gelöst ist. Ich glaube, niemand von uns ist so naiv anzunehmen, wir könnten eine vollkommene Finanzierung aller privaten Initiativen haben, niemand nimmt das an, Sie auch nicht. Aber es ist richtig, daß noch einmal darüber nachgedacht werden muß und das ist sicher eine Aufgabe eben auch für uns, noch einmal darüber nachzudenken und auch nachdenken zu

lassen, wie Initiativen, Projekte, die Sie auf den Weg gebracht haben, bringen wollen, wie das noch vernünftiger einzubauen ist in diesen Gesamtkomplex von Forschung und auch politischer Bildung. Ich möchte noch einmal das sagen, was ich heute morgen gleichsam gefragt habe, ich halte es auch für ganz wichtig, daß Ihre Initiativen nicht nur forschungsmäßig da sind, sondern auch ein bißchen mit einfließen in die politische Bildungsarbeit, politische Bildungsarbeit im allerweitesten Sinne. Dies kann der Bund nicht allein, das muß auch von den Ländern und von den Kommunen mit geleistet werden.

Zu den konkreten Fragen. Herr Dreikopf, Sie hören, das Thema steht auf der Tagesordnung, hoffentlich können wir es befriedigend lösen. Wir hoffen es sicher alle. Herr Kreutzer, ich möchte nachdrücklich ihre Frage mit Ja beantworten, nämlich ob wir auch mündliche Berichte entgegennehmen, also Stichwort: Zeitzeugen. Zeitzeugen auch sozusagen in ihrer mündlichen Darlegung, ganz klares Ja. Wir haben ja bereits auch damit begonnen hier, und wir werden bei der Bearbeitung der einzelnen Themenkomplexe, die Ihnen jetzt durch den Rahmenplan bekannt sind, selbstverständlich auch immer wieder auf Zeitzeugen zurückkommen. Wir sind, glaube ich, hier alle der Auffassung, daß am Ende, wenn wir einen Bericht der Enquete-Kommission fertigstellen, auch ein Anhang da sein muß mit Berichten von Zeitzeugen, denn das gibt dem Ganzen noch eine andere Lebendigkeit. Die Phase von 1945 bis 49 wird unsere ganz besondere Aufmerksamkeit finden. Professor Fischer, Professor Weber und andere werden sich hier mit diesem Zeitraum befassen. Wir müssen entlarven, daß es sich eben nicht nur um die Begründung eines Antifaschismus handelte, sondern es war die Stabilisierung des eigenen Machtsystems. All dies werden wir zu untersuchen haben, und ich hoffe wirklich sehr, daß es uns gelingt, neben dem schon Bekannten vielleicht auch noch die eine oder andere neue Erkenntnis zu gewinnen, und Sie dürfen gewiß sein, daß wir in bezug auf die Jahre bis 55 besondere Sorgfalt walten lassen.

Ich möchte eine letzte Bemerkung machen, auch auf die Gefahr hin, daß ich vielleicht mißverstanden werde oder Sie mir sagen, so kommen wir nicht weiter. Meine Damen und Herren, ich glaube nicht, daß es uns gelingen wird, sozusagen von Staats wegen zu erreichen, daß Menschen, die früher auch leitende Funktionen in der DDR gehabt haben, heute nicht mehr in leitenden Funktionen tätig sind, sei es in der Wirtschaft, sei es in privaten Organisationen, sei es hier und da auch in staatlichen oder kommunalen Einrichtungen. Ich glaube nicht, daß es gelingen wird, jeden hier herauszuhalten, es wird uns nur sicher in schwierigen Fällen gelingen, und es wird ganz hart auch eine Aufgabe von lokalen Komitees oder von den lokalen Parteien, von den lokalen Parlamenten sein, daß sie in einem eigenen Prozeß sagen, der geht nicht und die geht nicht und der kann da auch nicht mehr sein, weil er eben früher Funktionen gehabt hat. Aber dieses anzuordnen,

dieses von oben her zu bestimmen, dies entspricht nicht der Gesetzmäßigkeit und den Regeln des demokratischen Staates, und dies kann nur zum Teil auf der lokalen Ebene durch entsprechende Prozesse der Transparenz geschehen. Ich glaube, da sollten Sie auch von einer Enquete-Kommission nicht zuviel erwarten. Wir können unseren Beitrag leisten, das System weiter transparent zu machen, aber die Personalfragen können wir nicht lösen, und ich sehe auch hierin im Prinzip nicht unsere Aufgabe. Wir sind kein Untersuchungsausschuß, das muß man auch noch einmal sehr deutlich sagen. Wir sind eine Enquete-Kommission zur Durchleuchtung eines bestimmten Problems, so ist auch die Definition. Vielleicht, meine Damen und Herren, auch dies möchte ich sagen, müssen wir aber auch Menschen zubilligen, daß sie, die vielleicht einmal Täter waren, auch eine moralische Wandlung durchmachen und vielleicht heute manches schon anders sehen und beurteilen als vor 3 oder 4 oder 5 Jahren. Ich sage dies, weil ich glaube, das gehört auch zu dem Thema, das wir miteinander zu besprechen haben.

Abg. Dr. Keller (PDS/LL): Als sich die Enquete-Kommission konstituiert hat, waren wir uns einig darüber, daß wir nur einen Beitrag leisten können und daß viele Menschen dazu beitragen müssen, über die Geschichte des vergangenen halben Jahrhunderts zu diskutieren und versuchen Antworten zu finden. Wenn ich die Diskussion heute betrachte, denke ich mir, wir sind in eine Situation gekommen, daß sehr viel entstanden ist an Initiativen und Bewegungen, daß wir allerdings noch nicht beherrschen, das alles öffentlichkeitswirksam zu machen. Ich hab mir heute diesen Stoß gekauft, ich bin mir sicher, ich werde ihn gar nicht lesen können, aber das Interesse daran, zumindest zu wissen, daß so etwas existiert, ist größer. Ich frage mich nur, was müssen wir machen, damit viele Menschen von dem etwas erfahren, was Sie machen wollen, mit dem Sie sich beschäftigen. Hier ist sozusagen die Querschnittsfrage nach dem Geld gestellt worden, für mich ist das sozusagen nur ein Ausdruck dessen, daß man nicht arbeiten kann, wenn man nicht zumindest ein Minimum an Instrumentarien zu Verfügung hat. Und ich denke mir, wir sollten als Obleute aus der Diskussion die Schlußfolgerung mitnehmen, darüber uns mal zu verständigen, was eigentlich zu machen ist. Die Vielfalt ist gestern mit dem Institut für Zeitgeschichte angesprochen worden, sie ist heute mit dem Geld angesprochen worden, im Prinzip ist es immer dasselbe. Zweitens, die historische Kommission des Schriftstellerverbandes hat hier auch ihre Geldsorgen artikuliert. Ich könnte mir jedoch sehr gut vorstellen, daß, wenn der Verband den Antrag an die Stiftung des Deutschen Kulturfonds stellt, Geld zur Verfügung gestellt werden könnte, denn ich glaube schon, daß die Aufarbeitung der Geschichte des Schriftstellerverbandes der DDR und die Geschichten der beiden Verbände es wert wären, daß sie sehr, sehr schnell aufgearbeitet werden, nicht nur für die Mitglieder des Verbandes, sondern auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ja, herzlichen Dank. Auf meiner Liste stehen noch 6 Erstmeldungen und zwei, die gern noch ein zweites Mal reden würden. Wir müssen sehen, wie wir mit der Zeit hinkommen. Ich möchte die Diskussion jetzt öffnen, damit auch die eine Chance haben, die schon geredet haben, noch mal Fragen hier an die Enquete-Kommission zu stellen. Denken Sie allerdings daran, wir sind bei 17.40 Uhr, d.h. wir haben noch etwas mehr als ein Stündchen für einander Zeit. Wir sollten pünktlich aufhören. Sie brauchen überhaupt nicht nervös zu werden.

Kunstdokumentation SBZ/DDR e.V., Herr Pohl: Wir sind eine Kunstdokumentation, haben einen Verein gegründet, der nennt sich Kunstdokumentation SBZ/DDR. Und zwar geht es um bildende Künstler, eine Problematik, die bisher überhaupt noch niemals in der Öffentlichkeit war, über Schriftsteller ist geredet worden. Mit der Gründung wollten wir dann auf die alarmierenden Nachrichten über einen Verlust der Quellenlage reagieren. Wichtige Materialien wurden der Forschung bereits entzogen. Manchmal ist der Quellenverlust zwecks Verwischung von Spuren gezielt geschehen, manchmal im Gefolge struktureller Veränderungen oder einfach aus Unkenntnis. Wenn man dem nicht Einhalt gebietet, werden zahlreiche Kunstvorgänge im ostdeutschen Raum, die der Aufklärung bedürfen, sich nicht mehr wissenschaftlich rekonstruieren und bewerten lassen. Vieles liegt überhaupt gänzlich noch im dunkeln. Auch hat der Literatur- und Prominenz-Zentrismus, der in der Diskussion über die DDR-Kultur immer wieder zur beobachten ist, den Blick auf nichtliterarische Kunstgattungen, für normale oder durch keinerlei Herausgehobenheit geschützte, der Macht einfach so preisgegebene Künstler verstellt. Demokratischer Sinn kann sich mit dergleichen Verengung, ja Verharmlosung der Problematik nicht abfinden. Er fordert eine breitere, tiefere Analyse, es darf keine neuerliche Verdrängung von Geschichte geben.

Wir bitten deshalb die Enquete-Kommission und alle um Unterstützung durch Hinweise auf bislang unbekannte und noch nicht genügend beleuchtete Fälle von kunstpolitischer Manipulation seitens der Machthaber in der ehemaligen SBZ und in der ehemaligen DDR, auf Fälle von Verfolgung, Ausgrenzung, Diskriminierung, Vertreibung von bildenden Künstlern, Kunsthändlern und Kunstsammlern, auf verbotene, behinderte, vorzeitig geschlossene Ausstellungen und auf unterdrückte Schriften, auf alle Fälle von Beschlagnahmung und Vernichtung von Kunstwerken und Sammlungen.

Ich gehöre selbst zu denen, die entsorgt worden sind, nämlich mit ihrem Werk, das sie bis zu ihrem 40. Lebensjahr geschaffen haben. Und ich bin nicht der einzige. Darüber redet keiner. Aber die Herren – ich habe gestern im Mitteldeutschen Rundfunk im Erfurter Gespräch eine Diskussion gehört mit Herrn Tübke: von einer Insel der Seligen haben sie da gesprochen. Es ist einfach eine Impertinenz, sich so darzustellen und so zu tun, als hätte es verfolgte bildende Künstler nicht gegeben, und lediglich so zu tun, als würden

jetzt ihre Werke entsorgt, es stimmt nicht. Leider sind die Medien in eine Art Affengeilheit verfallen, sich besonders dieser Leute zu bedienen, von Leuten befragt, die keinerlei Kenntnis haben, welche Fragen sie zu stellen haben, und es wird niemand eingeladen, der eine entsprechende Gegenposition auf vernünftiger und Erfahrungsbasis einbringt. Und so kann es dann geschehen, daß das Überkommene aus der DDR, was die Kunst, die bildende Kunst betrifft, weiterhin hier herumgeistert. Das betrifft natürlich auch westdeutsche Galeristen, die damit ihre Geschäfte gemacht haben. Die haben natürlich eine Menge der Herren eingekauft, das sind jetzt Bleikammern geworden, und nun warten sie auf die Zuwächse. Und wenn ich mir hier in Leipzig jetzt ansehe, was in einer Ausstellung abläuft, da ist es so, als wenn die Wende nie stattgefunden hätte. Die verfolgten, ausgegrenzten Künstler sind gar nicht vorhanden. Also frage ich mich, was da abläuft.

Jetzt will ich noch etwas auf Fragen der Dokumente und dergleichen, die das belegen, und vor allen Dingen auf die drohende Gefährdung von öffentlichen und privaten Archiven eingehen. Ich habe die Möglichkeit, ein Archiv zu übernehmen von einem Professor Dr. Max Kober, der gestorben ist. Dieses Archiv steht zur Forschung zur Verfügung. Es kostet Geld, es muß transportiert werden, es muß gesichert werden, dazu braucht man Geld. Und die ganze Forschung, die abläuft, kann nicht in neben-, in ehrenamtlicher Arbeit getätigt werden, dazu brauchen wir vertrauenswürdige Historiker, Kunstgeschichtler – also das ist eine Problematik, die man nicht so nebenbei am Nachmittag machen kann, dann wird daraus nichts. Also, das bitte ich zu bedenken, daß das ein langwieriger Prozeß sein wird, der aber, wenn er nicht bald angegangen wird, versanden wird, weil die Archive verschwunden sind und gesäubert werden. Wir sind natürlich auf Spenden angewiesen und arbeiten auf gemeinnütziger Basis.

Zum Schluß will ich noch folgendes sagen: Ohne oberflächlichen Pauschalurteilen über die Rolle der Kunst und der Kunstwissenschaft in der ehemaligen DDR Vorschub zu leisten, aber auch in klarer Absage an die um sich greifende nostalgische Verklärung der DDR- Realität wollen wir alle sachlich-kritischen Bestrebungen, die wirklichen Leistungen herauszustellen und die Kunstvorgänge in der DDR zu erhellen, unterstützen und bekanntmachen sowie auch selber mit Hilfe von geeigneten Aufträgen und Projekten die Forschung vorantreiben, Ausstellungen veranstalten, Periodika herstellen, die dann der Wissenschaft und der Öffentlichkeit zu Verfügung gestellt werden. Ein erstes Ausstellungsprojekt soll der Zeit von 1945 bis 1953 gelten. Diesem Kunstverein oder diesem Verein für Dokumentation gehört eine gute Melange von Ost-West-Leuten an, die sich in diesem Metier einigermaßen auskennen.

Neues Forum, Frau Jeske: Ich komme vom Neuen Forum, Fachforum Wirtschaft. Wir bündeln die Vorwürfe im Prozeß der Umwandlung der volkseigenen Betriebe in Kapitalgesellschaften, seitdem dieser Prozeß ansteht, und

haben also diese Seilschaftsvorwürfe aufgegriffen und uns mit Problemen der Kaderarbeit in der DDR befaßt. Im Ergebnis dieser Seilschaftsvorwürfe, die wir also nicht nur registriert, sondern wirklich gebündelt und versucht haben, an die verantwortlichen Stellen weiter zu transportieren in die Treuhandanstalt, haben wir uns mit der Treuhand sehr intensiv auseinandergesetzt und mußten feststellen, daß sich fast die gesamte DDR-Nomenklatura unter dem Dach der Treuhand niedergelassen hat. Als wir mit diesem Problem konkret in die Treuhand gegangen sind, wurde uns erklärt, das seien loyale Mitarbeiter, alle seien wunderbar, hätten großes Fachwissen, seien in keiner Weise in die Machtstrukturen eingebunden gewesen, also alle diese Dinge haben wir da offiziell von der Präsidentin zur Kenntnis nehmen müssen. Wir waren mit diesen Dingen natürlich nicht einverstanden. Wir sind in den Bundestag gegangen. Wir haben unsere Gruppe Bündnis 90/Die Grünen mit einer Anfrage, Kleinen Anfrage, an die Bundesregierung ins Rennen geschickt. Die Antworten waren so, daß man sagen kann, man kann halt auf diese Leute nicht verzichten. Es sind halt Staatssekretäre, stellvertretende Minister, ja was war denn das schon, das ist ja alles nicht so schlimm. Und diese Diskussion, die ist eigentlich das, was dazu beiträgt, daß die Leute resignieren. Es kann nicht sein, daß ein Stasi-Mitarbeiter nicht mehr berechtigt sein kann, Briefe auszutragen oder den Besen zu führen oder die Straßenbahn zu fahren, und die hochrangigen Leute, die im Rahmen der Nomenklatura voll verantwortlich sind für die marode Wirtschaft, für die Probleme, für die Kaderpolitik, für die Auswahlverfahren, für die Berufsverbote, für all diese Dinge, die sie ja getragen haben, wofür sie standen, daß diese Leute weiterhin in den Schlüsselpositionen und an den Schalthebeln sitzen.

Dasselbe Problem mußten wir feststellen in den Arbeitsämtern. Es war so, daß die Betriebsdirektoren, die Genossen, die Parteilosen in der ersten Phase aus den Betrieben herausdrückten, denn das waren ja unbequeme Leute, die aufmüpfig waren. Und diese kommen zu den Arbeitsämtern, und sie sitzen den gleichen Leuten, bloß in anderer Gestalt, wieder gegenüber. Das waren Dinge, die wir bündeln und rübertragen wollten. Aber diese Verständnislosigkeit scheinbar auch im Bundestag oder in den Gremien, in der Bundesregierung, ich weiß nicht wo, daß man sich diesen Fragen gar nicht stellen will, kann oder möchte, das ist eigentlich das, was die Leute frustriert. Die Würdenträger von gestern sitzen heute noch in den gleichen Ämtern, in den Kaderleitungen, auch wenn die jetzt Personalabteilungen heißen, es sind die gleichen Leute. Die machen weiterhin ihre gleiche Personalpolitik und sie heben jetzt ihre Genossen, die zweite Generation wird schon wieder in die Betriebe gehievt. So kann es doch nicht sein und das ist eigentlich das, wo mein Anliegen ist, daß das auch hier rüberkommt.

Diese Stasi-Diskussion ist so vordergründig, die ist auch falsch, und wer sich die Halle-Liste und die Funktionen der Leute jetzt einmal konkret angeguckt

hat: Es waren die Betriebsdirektoren, es waren die Produktionsdirektoren, die neben ihrer offiziellen Einbindung noch einmal inoffiziell in dieses System eingebunden waren. Und das verstehen wir eigentlich nicht, denn die wurden ja über Sicherheitsüberprüfungen, wer ist wer, auf ihren Standpunkt zum Staate und ihre Loyalität wurde ständig überprüft. Warum mußten die dann noch inoffiziell mitarbeiten? Das sind Fragen, die richte ich jetzt einmal ganz konkret an Herrn Keller, daß er sich doch einmal dazu äußert.

Wir finden leider von den ehemaligen Genossen, die Verantwortung getragen haben, nicht die Bereitschaft, sich diesen Dingen zu stellen und darauf hin Auskunft zu geben. Es wird immer abgewiegelt, und das sind Dinge, die vielleicht auch in diesem Rahmen einmal abgeklärt werden müßten und die auch, sagen wir mal, zu einem Stück Vertrauen in eine Demokratie beitragen. Und dieses Resignieren ist ja eigentlich auch darauf zurückzuführen: Man hatte gehofft, jetzt haben wir auch einmal andere Aspekte, aber jetzt wird weiterhin diese Klüngelei betrieben, die wirkt halt weiter. Diese Liste, die wir übergeben haben, eine namentliche Liste mit den Funktionen, die sie innegehabt haben in der Nomenklatura, wurde scheinbar nicht zur Kenntnis genommen, denn diese Leute sitzen weiterhin auf ihren Plätzen. Daß inzwischen der eine oder andere aus der Treuhandfunktion z. B. rausgefallen ist, ist anderen Dingen geschuldet, daß man nämlich jetzt langsam anfängt, eine Überprüfung bei der Gauck-Behörde durchzuführen und da halt doch auch Rückäußerungen kommen, daß der eine oder andere etwas belastet ist und deshalb gehen muß. Aber im Prinzip, und dies ist das generelle Problem, wird an solcher wichtigen Schaltstelle, wo praktisch alle DDR-Bürger, die irgendetwas mit Wirtschaft zu tun hatten, jeder Betrieb und alles erfaßt ist, und da wird überhaupt nicht geguckt, ob der eine Verpflichtungserklärung abgegeben hat oder nicht. Es ist nicht flächendeckend abgeprüft, ob diese Leute auch eine Dichte zur Staatssicherheit haben neben ihrer Einbindung in die gesamte Machtstruktur, und das ist eigentlich unverständlich. Schließlich ist es ja auch eine Anstalt des öffentlichen Rechts, bundesnah, eigentlich müßten da die gleichen Kriterien wie im öffentlichen Dienst gelten. Aber anscheinend gilt das alles nicht, und darum wollen wir uns einmischen. Das sind unsere Beweggründe, immer wieder aus diesen Erkenntnissen irgendwelche Leute im Bundestag anzusprechen. Bloß leider ist es so, daß man oft anspricht und es keine Rückreaktion gibt, also man hört nichts davon, das ist abgelegt, das kommt nicht an, so daß eigentlich alle resignieren.

Ziel dieser Enquete Kommission sollte es sein, doch gewisse Kriterien zu schaffen oder zu erarbeiten, wo man sagt, so in etwa sollte man mit diesen Leuten umgehen, die hoch eingebunden waren, die sollten sich jetzt einmal ein bißchen zurückhalten und nicht schon wieder über Schicksale von Menschen entscheiden. Man sollte doch einmal überlegen, daß man da gewisse Kriterien festlegt. Das war eigentlich mein Anliegen.

Biographische Forschungen und Sozialgeschichte e.V., Thomas Friedrich:

Dem Berliner Verein, den ich vertrete, gehören gegenwärtig 18 Historiker an. Ihm liegt insbesondere die Grundlagenforschung zur Geschichte der DDR am Herzen. So arbeiten wir seit 1 Jahr an der Erarbeitung einer mehrbändigen Dokumentenedition zur Geschichte der SED. Ich nenne jetzt aus Zeitgründen nur einmal kurz die einzelnen Titel der Bände. Das wäre 1. der Zentrallausschuß der SED 1945/1946, 2. die Stalinisierung der SED, die stenographischen Protokolle der 10.-14. Tagung des Parteivorstandes 1948, die Haltung der SED zur Oder-Neiße-Grenze 1948–1950, die Fremdbestimmung der westdeutschen KPD durch die SED 1948/1949, die SED und der Konflikt Stalin- Tito, 6. die SED und der 17. Juni 1953 und als 7. Projekt die SED und der Prager Frühling 1968. In diese einzelnen Bände werden Eingang finden vor allen Dingen Materialien der Führungsspitze der SED aus dem Zentralen Parteiarchiv und dem ehemaligen internen Archiv des Politbüros, die es ermöglichen sollen, zu den genannten Themenkomplexen breiten Einblick in die Entscheidungsfindungen auf dieser Führungsebene der SED zu gewinnen. Diese Bände werden in der Regel einen Umfang von 1000 Manuskriptseiten haben, werden beim Akademieverlag verlegt, und es ist geplant, daß im nächsten Jahr die Bände 17. Juni 1953 und Stalinisierung der SED erscheinen sollen. Ich glaube, daß mit solchen Projekten, wo Originalquellen einer breiten Allgemeinheit zugänglich gemacht werden, die auch durch einen umfangreichen Anmerkungsapparat aufbereitet werden, doch wichtige Grundlagen geschaffen werden, um sich auch längerfristig mit der Geschichte der SED und der DDR auseinanderzusetzen. Wir haben bei der Realisierung dieser Projekte natürlich mit den gleichen Schwierigkeiten zu kämpfen wie die anderen Initiativen, Organisationen. Auch wir haben kein Geld und leisten diese Arbeit bisher ehrenamtlich. Die Hauptprobleme, die wir haben, sind a) Erhalt der Arbeitsplätze, da derartige Projekte in der Freizeit kaum zu realisieren sind; der Oder-Neiße-Band, um den fertigzubringen, müssen im Parteiarchiv der ehemaligen SED nahezu 600 Akten durchgearbeitet werden. Das ist nicht nach 17.00 Uhr zu realisieren. Und die andere Problematik ist natürlich der weitere Zugang zu den Archiven, und hier richtet sich auch meine Frage an die Enquete-Kommission: Wie wird Ihrerseits die Situation der Archive der ehemaligen Partei- oder Massenorganisationen der DDR eingeschätzt? Was unternehmen Sie, daß die Arbeitsmöglichkeiten erhalten und auch weiter ausgebaut werden?

Arbeitsgemeinschaft 13. August e.V., Rainer Hildebrandt: Ich gehöre ja nun zu der Generation, die die Vergangenheitsbewältigung als Opfer des Nationalsozialismus durchgemacht hat. Wer weiß, wie da gegenüber den Opfern verfahren worden ist, der ist fassungslos, wenn er den Unterschied sieht. Wir hatten Schaden an Beruf, Schaden an Gesundheit, Schaden an Ausbildung. Wir konnten die Versicherungen nachzahlen, und das ist

ungeheuerlich, was da geleistet wurde. Aber der noch größere Unterschied ist psychologisch. Wenn der 20. Juli war, dann kam eben zu jedem Jahrestag der Bundeskanzler oder es kam oder kommt heute noch der Bundespräsident. Da frage ich mich, wie soll hier was erreicht werden, wenn Leute, denen es nur um ABM geht, dann einfach abgelehnt werden und Angst haben müssen und wenn nicht in den Dienststellen schon, also auf der mittleren und unteren Ebene, die Leute einfach die Verpflichtung fühlen, dem darf ich mich nicht aussetzen, daß politische Gefangene, Opfer so behandelt werden. Und ich kann nur wie Hermann Kreutzer für die Toten sprechen, sie werden sprechen, gegen das Naziregime haben sie gesprochen, sie sprechen heute noch. Es gibt ja Gott sei Dank eine Generation, die sagt, wenn ich das erlebt habe in Auschwitz oder gesehen habe, hat sich mein ganzes Leben seitdem verändert. Und wir dürfen ja nicht nur, was in Deutschland geschehen ist, vergelten. Hier sind Zahlen genannt worden. Wir müssen sehen, was in der Sowjetunion alles Furchtbare geschehen ist. Die Toten sprechen, und sie sprechen durch uns. Wir haben diese Verpflichtung. Wir können uns nicht entziehen, und ich kann also nur zu Ihnen an diesem Tisch hier sagen, besonders zum Pfarrer Eppelmann, wir wissen ja, wie sich das hier durchgekämpft hat, damals und heute wieder. Es ist eine ungeheure Verantwortung, die auf Ihnen lastet. Wenn Sie sagen, Sie sind zuversichtlich, dann bin ich schon ängstlich, da mache ich mir Sorgen, daß Sie sich durchsetzen können. Aber ich denke an die Gerechtigkeit Ihrer Sache. Ich denke z. B. daran, was in Berlin passiert ist, daß ein Grundstück, das historischste überhaupt, wo sich die Panzer gegenüberstanden am Checkpoint Charlie, wo demonstriert wurde, wo der John Remmings auf der Mauer saß, wo Amerikaner die Flüchtlinge hochgezogen hatten mit einem Seil, wo alles das sich zugetragen hat, einfach verhökert werden sollte an ein American Business Center. Es dauerte mit einer Bürgerbewegung eine einzige Woche, es stand auf der ersten Seite der New York Times, was hier geschehen war, und ich möchte sagen, diese im Vergleich zu der Ihren relativ kleine Sache war so naheliegend, so gerecht, daß wir auch hier hoffen sollten, eben auch die Konstruktionen zu schaffen, um diese selbstverständlichen Kriege wie ABM durchzufechten.

Jetzt also, Entschuldigung, ich habe ein ganz anderes Thema. Wir machen ja nun die Täter-Opfer-Gespräche. Es ist jetzt schon das 13. Das letzte war immerhin mit dem Stasi-Insider-Komitee, das seine erste Begegnung mit der Öffentlichkeit bei uns stattfinden ließ. Ich stelle zunächst mit großem Schmerz fest, daß es überhaupt noch nicht gelungen ist, daß Gros der Stasi aus ihrem Schneckenhaus heraustreten zu lassen. Das ist unfäßbar, und das ist schon in der Sprache erkennbar. Wenn also der erste Sprecher des Insider-Komitees, der Herr Eichner, um sich vorzustellen sagt, er habe sich nichts zuschulden kommen lassen und er wolle auf seiner Würde beharren, so habe ich ihm dann natürlich später gesagt: Selbstverständlich haben Sie ihre Würde, und es

ist auch glaubhaft, wenn sie sich nichts haben zuschulden kommen lassen im juristischen Sinn. Aber Sie müssen doch bedenken, wie die von der Abteilung 9, Ihre Kollegen, wie deren Würde belastet wurde und wie, wenn sie dann hören, wie Sie von Ihrer Würde sprechen, wenn Sie sagen, Sie seien historische Verlierer, dann müssen Sie doch auch realisieren, warum es doch nicht ein Zweikampf gewesen ist. Schauen Sie doch an die ganzen Parteienabzeichen am Checkpoint Charlie und wie alles, was wertvoll war, jetzt verkauft wird. Es fehlte an inneren Werten. Oder wenn der Oberst Wittke (phon.) anfängt: Ich bin gekommen, obwohl mein Hochzeitstag heute ist. Wie viele Häftlinge, muß ich ihm später sagen, haben ihre Hochzeitstage so verbringen müssen und konnten nicht einmal raus, als Angehörige ersten Grades gestorben sind. Der zweimal sagte, er wollte sauber die Abteilung verlassen, das ist also der Nachfolger von Markus Wolf, der letzte Nachfolger. Es ist von vornherein die Sprache. Ganz im Gegensatz dazu gibt es andere, es sind diejenigen Stasi-Leute, die wir – und es waren jetzt schon mehrere hundert Male, es ist gibt fast jeden Tag 1 oder 2 solcher Gespräche – mit Gruppen zusammenbringen. Die Gruppen wollen Stasi-Leute hören, auch die Journalisten, und wir bringen die einfach zusammen. Und jetzt ist das ein interessantes Phänomen, da spüren die Stasi-Leute keinen Feind oder keinen potentiellen Feind oder keinen, der sie aushorcht, der ihnen gefährlich werden könnte. Jetzt können sie anfangen zu sprechen. Z.B. der Schartschneider (phon.), der in der Abteilung 2 ganz speziell, also auch hier, zu verfolgen hatte, auch Ärzte, da sagt er, wie das so gemacht wird, wenn Ärzte dableiben. Dann sagt er eben, Ihre Frau ist ja schon in West-Berlin, die hat ja schon einen anderen Liebhaber und er nannte das ganz selbstverständlich, daß man das nur sagt, um den Mann hier zu halten, auch wenn das gar nicht stimmt. Dann hat einer ihm gesagt: Warum sagen Sie immer „man“, warum sagen Sie nicht „ich“? Und jetzt hat er tatsächlich angefangen, vorsichtig „ich“ zu sagen. Und dann frage ich ihn, na, wie bekommt Ihnen das Ich-Sagen? Da sagt er, ich fühle mich jetzt besser. Das heißt also, wir müssen bei der Vergangenheitsaufarbeitung, wenn wir schon versuchen wollen, die Stasi-Leute aus ihrer Isolation herauszuholen, sie in Umgebungen bringen, wo sie sich eher leichter, ungefährdeter aussprechen können und wegen ihrer geheiligten Biographie, in der Ungesetzliches gefunden werden könnte, eben keine Angst zu haben brauchen. Das zum einen. Dann sagte Herr Eichner (phon.) am Schluß: Wir lassen uns nicht schabowskisieren. Das war ein bitteres Wort. Der Schabowski ist ein Mensch, der wirklich seine Vergangenheit ganz schwer verarbeitet mit seiner Frau, die eine Russin ist. Und der geblieben ist, natürlich, auch weil er hoffte, weil er erwarten konnte, er könne im Politbüro noch etwas machen, und der sicher, es geht ihm finanziell ganz schlecht, wenn er mit seinem Wissen etwas machen würde in einer bestimmten Richtung, sicher besser zu Geld kommen könnte. Aber das will er nicht, und er empfindet sogar eine gewisse Berechtigung, daß es ihm so schlecht geht. Der ist an der

Stelle, an der man ihm dieses chinesische Sprichwort sagen kann: „Wo der Weg aufhört, ist des Wegs Beginn, wo der Sinn aufhört, waltet der Sinn“. Es kommt darauf an, daß wir solchen Menschen, die diesen Weg an der tiefsten Stelle des Tales durchwandert haben, helfen; daß wir wissen, es sind ja 100.000 insgesamt, wenn es da vielleicht nur einige hundert gibt, die sollen zurück, denen müssen wir wirklich die Hand reichen.

Aber es gibt noch einen anderen Aspekt. Das ist der, wie die DDR vom Westen aus hochgejubelt wurde. Wir alle, jeder, der vernünftig denken konnte, war doch der Meinung, sie sei reformierbar. Aber jetzt schaue ich da zu den Leuten vom Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen. Dieses Haus wußte alles, es wußte, sie ist strukturell nicht und niemals reformierbar. Es war eine zusammengeschmiedete Gemeinschaft. Es ist die ganze Tragik, daß dieses Ministerium – ich denke an solche Leute wie Karl Wilhelm Fricke oder an Hermann Kreutzer, wie Hermann-Josef Flade oder Claus Gosselck –, das wirklich die DDR richtig erkannt hat, richtig eingeschätzt hat die ganze Zeit – der Gerhard Finn, Pfarrer Eppelmann, wie der gehört hat, da brauchen Leute Geld, da gibt einer den „Grenzfall“ heraus, das muß weitergehen, der war am nächsten Tag bei mir in Berlin und hat gefragt, wie können wir helfen. Sie sehen an solchen Beispielen, was da passiert ist – daß dieses Ministerium in die Winde verweht ist, kann man fast sagen, zur Impotenz verurteilt wird. Und jetzt sollen Sie das alles, was da passiert ist, gutmachen. Also ich bin so erregt... man hat soviel immer erhofft, erwartet, und deshalb müssen wir auch gerade, weil das passiert ist, uns fragen nach unserer Verantwortung. Ich bin überzeugt, wenn wir selbst uns in dem Ministerium mehr informiert hätten, was da passiert, daß eine Bürgerbewegung es sofort geschafft hätte, daß diese Leute zusammengeblieben wären.

Ich denke jetzt auch an Wolfgang Templin. Der sagte, Gott was haben wir selber Schuld, daß wir zugeesehen haben, wie zentnerweise Akten aus dem Stasigebäude rausgeliefert worden sind, daß wir das hingenommen haben, wir waren zu schwach. Und ich muß mich genauso fragen und so spreche ich auch mit den Stasi-Leuten: Wir haben doch alle eine Mitverantwortung und alle eine Schuld, es war eine Revolution, da geht es bei allen durcheinander. Ich muß mich selber fragen, ich wußte ja alles ganz genau, es hat gar keinen Sinn, es ist ein Tröpfchen auf einen heißen Stein, aber es verändert immer noch nichts, und doch muß ich mir bis ans Ende meines Lebens den Vorwurf machen, daß, wie der John Remmings (phon.) zu mir gekommen ist und gesagt hat: Komm mit auf die Mauer, wir schlagen mit dem Hammer zu – ich wußte genau, die werden nicht schießen, die können nicht schießen, wenn neben mir ein Amerikaner sitzt – ich nicht mitgegangen bin, bloß weil ich um mein Museum Angst hatte und weil er ein bißchen verrückt war. Und was ist heute geblieben? Daß er ein bißchen verrückt war, ist vollkommen vergessen. Es bleibt seine Tat, und es wäre schön gewesen, wenn auch ein Deutscher auf der

Mauer gestanden hätte. Und so müssen wir heute alle auch uns selbst fragen, wo wir versagt haben.

Es ist eine ganz große Verantwortung, die wir haben, es war eine Revolution, denn die Weltenteilung ist zu Ende. An dem Ergebnis sehen Sie, daß dies eine Revolution war, und da gibt es eine vollkommene Umwertung aller Werte. Jetzt kommen die ABC-Waffen, jetzt kommen die Ökologie, die Bevölkerungsexplosion und daß wir unfähig sind, in Jugoslawien einzuschreiten, das alles kommt jetzt. Die Verantwortung kommt auf uns zu. Und aus diesem Kreis, es waren ja letzten Endes nur ganz wenige und die sitzen ja schon zum großen Teil hier, aus diesem Kreis muß die Verantwortung kommen. Jetzt. Das zu begreifen, was wir den Opfern, den Millionen Toten, genauso den Russen, die uns befreit haben, was wir denen schuldig sind.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Lieber Herr Hildebrandt, herzlichen Dank nicht nur für Ihre Worte, sondern auch für das, was Sie in vielen Jahren getan haben. Ich finde, das ist auch gut, daß wir hier nicht unter uns sind, sondern daß einer unserer Väter mit dabei ist.

Ökumenischer Arbeitskreis „Recht und Versöhnung“, Leipzig: Wir sind ein ökumenischer Arbeitskreis, bei dem Katholiken und Evangelische mitarbeiten, und Recht und Versöhnung deswegen, um innerhalb der Kirche zu arbeiten. Ich heiße Roland Ostmann (phon.), 15 Monate Zuchthaus Cottbus. Ich möchte Ihnen zu Anfang einen Witz erzählen, mit Brecht gesprochen. Herr Karl kommt in den Himmel und fragt am Eingang: Nun, wer ist denn jetzt alles hier? Schaut sich Petrus um und sagt: Och, ein sündiger Papst, ein paar sündige Bischöfe, ein paar hundert sündige Heilige und ein paar Millionen sündige Gläubige.

Anfang 1990 übergab in der sächsischen Landeskirche, wozu Leipzig gehört, Hans Ulrich Langner (phon.) als ein gläubiges Gemeinderatsmitglied dem Bischof in Dresden ein paar mehrseitige Kopien von Stasi-Kader-Akten. Die Kader-Akten waren von beim MfS diensttuenden Pfarrern, die natürlich von der Kirche bezahlt wurden, und dann war erst einmal Sendepause fast über ein Jahr hinweg; auf Herrn Langner komme ich am Ende noch einmal zurück. Solche Leute gehören zum Arbeitskreis Recht und Versöhnung. Die Initiative gehört zur zweiten Generation der Bürgerrechtsgruppen, sie gibt es seit knapp einem Jahr in verschiedenen Städten, in Berlin, in Leipzig, in Thüringen, oft sind es Leute aus der Solidarischen Kirche. Das war auch eine Bewegung unter Honecker gegen Bevormundung und anderes.

Die Gruppe in Leipzig, über die ich jetzt kurz reden möchte, zählt insgesamt etwa 20 Leute. Es treffen sich kontinuierlich 8 bis 12, das wechselt. Wir haben uns im November letzten Jahres gebildet, spontan aus einer Gemeindeveranstaltung heraus, haben uns ein paar Pfarrer dazu geholt, die im Bürgerkomitee, in der Aktensichtungsgruppe waren bis zur Vereinigung Deutschlands, dann war Sense. Diese Pfarrer und wir als Laien innerhalb

der Kirche sind einfach empört über die Verlogenheit unserer Bischöfe, über die Verlogenheit der Kirchenleitung, daß es keine sündigen Oberkirchenräte mehr gäbe, daß im Prinzip jeder, der da nach und nach enttarnt wird, nur das Beste gewollt hat und daß er natürlich alle Kontakte nur zum Lob und Preis... ach nein, sagen wir einmal: der Kirche gepflegt hat, ja überhaupt war alles gut und richtig, und das MfS war eine karitative Dienstleistungseinrichtung. Gut, es gibt einige in der Kirche, die haben das anders erlebt und die finden sich bei uns zusammen. Wir arbeiten in Leipzig, ich mache es kurz, in zwei Gruppen. Die dritte Gruppe, die Seelsorgegruppe, wollte eigentlich bei der Akteneinsicht in der Gauck-Behörde helfen. Das geht ein bißchen langsam, deswegen ist die gegenwärtig wieder auf Eis gelegt. Die zweite Gruppe kümmert sich um Täter und Opfer und bringt sie an einem Tisch zusammen. Das geschieht zweiwöchentlich, jetzt schon fast ein Jahr lang. Es kommen mehr Hauptamtliche als IM's, seltsamerweise. Aber die Gespräche sind sehr interessant. Man redet über seine Motivation, und es soll inzwischen ja sogar eine Oberkirchenrätin geben, die sagt, ehrlich, sie habe es aus Klassenkampf getan, das Vertrauen mißbraucht; in Magdeburg ist das gewesen. Na gut, die zweite Gruppe macht Dokumentationen. Sie arbeitet gegenwärtig an fünf Forschungsvorhaben, die sind auch bei der Abteilung Bildung und Forschung der Gauck-Behörde angemeldet. Wir hoffen, daß wir jetzt nach und nach dann auch diese Unterlagen kriegen. Dann wird mit SED-Akten gearbeitet, Kirchenakten ist sehr schwierig, ist heute Vormittag schon ein Thema gewesen. Wir sind durchaus bereit, alle Akten nebeneinander zu legen, aber dazu müßten wir sie erst einmal haben.

Als Forderung: Wir brauchen unbedingt für die Provinz hier, für Leipzig, einen Ansprechpartner in der Gauck-Behörde, der für solche Forschungsvorhaben sich verantwortlich fühlt, auch namentlich. Es kann nicht nur immer über Bekanntschaften gehen, sondern wir möchten wirklich jemand, der da sich dafür einsetzt, der auch die Akteneinsicht begleitet, Unterlagen bereitstellt in die Forschungsrichtungen. Wir haben auch positive Erfahrungen gemacht. In einem der Forschungsvorhaben ging es sogar sehr schnell, daß wir in der Außenstelle jetzt Kontakte geknüpft haben. Vielleicht könnte dieser Landesbeauftragte, der überall im Gespräch ist, so eine Funktion erfüllen. Ich denke, das ist ungeheuer nötig, sonst gibt es noch mehr Irritationen.

Ich möchte zum Schluß noch einmal auf Hans Ulrich Langner zurückkommen. Dieses tiefgläubige langjährige Gemeinderatsmitglied erwartet jetzt seinen Prozeß. Vielleicht sagst du mehr.

Meine Name ist Traudel Weiße, ich habe Pfarrer Turek angesprochen am 13. November, vor einem Jahr, weil ich erschüttert war über die einseitige Darstellung, als bekannt wurde, daß Prof. Rotzsch, Thomas-Kantor, IM war. Ich bin an die Öffentlichkeit gegangen, weil es immer nur ganz einseitig hieß, Prof. Rotzsch habe ja nur das Beste getan, und das zieht sich durch

bis heute zu Stolpe. Leider ist das so, und ich habe Pfarrer Turek, weil ich wußte, daß er in der Gauck-Behörde oder im Bürgerarchiv gearbeitet hat, angesprochen, diese Gruppe zu gründen, daß der Kirche nicht noch mehr Schaden zugefügt wird. Wir sind zusammen mit Basisgruppenleuten. Wir arbeiten jetzt zusammen und versuchen diesen Aufschrei in der Kirche, der erfolgen muß, daß Stasi-Mitarbeiter endlich entlassen werden, daß der auch gehört wird. Es ist furchtbar, in Leipzig sind alle Pfarrer, die als IM tätig waren, immer noch in Amt und Würden, und der IM, der die Thomaner betreut hat, der ist heute auch immer noch tätig und er ist derjenige, der Herrn Langner angezeigt hat, weil er dessen Stasi-Akten dem Bischof gegeben hat. Dem Bischof Hempel, und man muß dazu sagen, Bischof Hempel hatte lange Zeit, diese Dokumente zu lesen. Es kam keine Reaktion, und so kam es zu diesem Buch „Pfarrer, Christen und Katholiken“, weil die Leute in Leipzig eben sagten, es muß jetzt einfach diese Sache aufgearbeitet werden, das kann nicht unter den Tisch gefegt werden. Also das auch einmal zur Klarstellung, weil immer über Prof. Besier diskutiert wird, hat er recht, hat er nicht recht. Aber die Dokumente, wer liest denn die? Heute stehen wir vor der Situation, daß wir uns solidarisch erklären müssen mit einem Opfer. Der IM hat juristisch in dem Rechtsstaat recht, dessen Stasi-Unterlagen veröffentlicht wurden. Der Mann, der glaubte, hier muß Gerechtigkeit einkehren, muß sich vor Gericht verantworten. Das wird jetzt Ende Oktober sein, und wir sind also auch dabei, wie in alten Zeiten, für diesen Mann uns einzusetzen und vielleicht Mahnwachen einzurichten. Er ist Landrat in Eilenburg und gewillt, die Strafe, wenn er sie denn erhalten sollte, anzunehmen. Das würde für ihn bedeuten 15 Tage Haft, und ich denke, wir müssen wirklich für Klarheit sorgen. Übrigens vertrete ich diesen Arbeitskreis im Synodalausschuß in der Nikolai-Kirche, die gibt es immer noch. Es werden immer noch Friedensgebete abgehalten und wir haben gesagt, ein Herr Stolpe, der am 19. Oktober zu den Tagen der Ermutigung in die Nikolai-Kirche eingeladen wurde, kann nicht an einem Podiumsgespräch teilnehmen. Er ist inzwischen gebeten worden nicht zu kommen. Er hat diese Ausladung auch angenommen. Es hätte da eine erste Protestveranstaltung gegen Herrn Stolpe gegeben.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Das ist die letzte Initiative gewesen, die lange und zusammenhängend von sich erzählen durfte. Mehr Meldungen gibt es nicht. Jetzt gibt es noch vier Menschen, die alle schon einmal oder mehrmals heute geredet haben.

Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstraße e.V. (ASTAK), Rudi Mold: Eine Frage an die Kommission: Sieht sich die Kommission in der Lage, eine Aussage zu treffen des Inhalts, daß die Förderung von Initiativen, wie sie heute hier anwesend sind, nicht ausschließlich Sache der Länder, sondern auch Sache des Bundes ist? Ich hatte Herrn Poppe vorhin so verstanden, als er für das Bündnis 90 sprach. Meine Frage geht an die Kommission bzw. an

die Obleute. Stimmen Sie dieser Auffassung zu und würden Sie bereit sein, eine Beschlußempfehlung im Bundestag einzubringen, die diese Auffassung unterstützt? Ich würde gern noch eine zweite kurze Frage stellen. Wir wurden vorhin gefragt, wie wir uns die Zusammenarbeit beispielsweise mit der Gauck-Behörde im Forschungsbereich vorstellen. Wenn Sie mir gestatten, würde ich gern diese Frage umdrehen und an Herrn Gill stellen, nämlich. Wie stellt sich die Gauck-Behörde die Zusammenarbeit mit den Initiativen vor? Die Gauck-Behörde ist ja nicht nur eine Behörde, die Akten verwaltet, sondern wir wissen, es gibt eine Forschungsabteilung, in der 60 Leute arbeiten oder arbeiten werden, an Geld fehlt es also nicht. Der Staat gibt Geld aus für die Forschung. Wäre die Gauck-Behörde bereit, von ihren Mitteln, die sehr beträchtlich sind, etwas abzugeben an andere Initiativen?

Dritte kurze Bemerkung: Ich fände es sehr hilfreich, weil es uns auch unterstützt in unserer Arbeit, wenn Sie auch Zwischenergebnisse Ihrer Arbeit schon veröffentlichen würden, weil wir die Ergebnisse, die Sie schon haben, gerne auch umsetzen würden bei uns in der Bildungsarbeit.

Projektgruppe zur Aufarbeitung der Geschichte der Humboldt-Universität (MfS-Verflechtung) beim Studentenrat, Carlo Jordan: Ich frage die Enquete-Kommission: Was unternimmt sie zur Beschleunigung des Gesetzgebungsverfahrens für die Rehabilitierung administrativ oder beruflich Diskriminierter? Darüber hinaus würde mich auch interessieren, wie die Einrichtung der Rehabilitierungsinstitutionen in den einzelnen Ländern durch die Enquete-Kommission beschleunigt werden kann, weil ich meine, daß für die Rehabilitierung dieser Menschen eine ganz besondere Unterstützung und auch eine sehr individuelle Betreuung notwendig wird.

Bürgerkomitee „15. Januar“ e.V. zur Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit, Hans Schwenke: Ich stimme voll überein mit der Auffassung, daß natürlich bei einem Pluralismus nicht am Ende herauskommt eine Zersplitterung, die zur Unfähigkeit führt, in politische Prozesse oder dergleichen sich einzubringen. Meine Vorschläge gehen dahin, wir haben ein Archiv aufgebaut, wir arbeiten weiter an der Archivierung. Wir haben einen umfangreichen Thesaurus. Diesen Thesaurus haben wir bereits einigen Initiativen, Bürgerkomitees, Dokumentationszentren zur Verfügung gestellt bzw. zur Einsichtnahme überlassen. Wir sind bereit, den auch anderen Initiativen zur Verfügung zu stellen und wären erfreut darüber, wenn wir es dahin brächten, einen gemeinsamen Thesaurus zu haben. Das würde vieles erleichtern. Zweiter Bereich wäre, wir haben einige unserer ABM-Kräfte mit Forschungsthemen beauftragt. Diese Forschungsthemen würden wir allen zur Kenntnis geben und die Möglichkeit einräumen, sich dort einzubringen, so daß das also nicht nur Monographien werden. Das nächste betrifft ebenso die Publikationen. Unsere Publikation „Horch und Guck“ ist offen für alle und möchte in sich auch pluralistisch sein. Da legen wir großen Wert drauf. Der nächste Bereich wäre die Vortrag-

stätigkeit. Wir haben in Vorbereitung, wir haben eingeladen einen ehemaligen Häftling des Gulag, der mitgewirkt hat an Aufständen im Gulag. Wir wollen mit ihm hier eine Vortragstour durch Deutschland machen und haben da auch schon Abstimmungen z. B. mit der Arbeitsgemeinschaft 13. August, mit Rainer Hildebrandt und auch hier in Leipzig und im Westen. Ich denke, das ließe sich vielleicht auch noch ausweiten, zumindest muß dafür gesorgt werden, daß Informationen über so etwas an alle gelangen. Jetzt haben wir auch eine bessere Liste, mit der wir das machen können. Wir möchten mit dem, was wir archiviert haben, mitwirken an Ausstellungen. Wir selbst haben keine Möglichkeiten, die Räume sind zu beengt, aber wenn Wünsche bestehen, sind wir bereit, an solchen Ausstellungen mitzuwirken. Von einem Dachverband war die Rede. Ich denke, wir bräuchten ihn nicht mehr zu erfinden. So etwas ähnliches, glaube ich, haben wir im Forum zur Aufklärung und Erneuerung. Hier kann eine Koordinierung zu Erfolgen führen im Sinne von Vernetzung unter Beibehaltung von Pluralität und zugleich Interessenvertretung. Ich würde dies jedenfalls so wahrnehmen wollen. Eine Zusammenarbeit in den Ländern hielte ich für sinnvoll, zu koordinieren bei den Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. So jedenfalls sieht es auch der Gesetzentwurf in Berlin vor. Keine Konfrontation suche ich mit der Gauck-Behörde, sondern im Gegenteil auch Zusammenarbeit. Aber das darf mich natürlich nicht daran hindern, meine kritischen Bemerkungen zur Arbeit dieser Behörde zu machen.

Bürgerinitiative „Vergangenheitsbewältigung“ der Stadt Saalfeld, Herr Morgenroth: Wir haben uns noch einmal verständigt. Herr Rode und Herr Backer, die diese Idee hatten mit der exemplarischen Aufarbeitung der wirtschaftlichen und Verwaltungsstrukturen eines Landkreises, wären schon bereit, diese Arbeit mit anzupacken und für den Landkreis Saalfeld das einmal exemplarisch zu versuchen, aber Herr Rot ist Landwirt, Herr Backer ist Bauingenieur, ich bin Pfarrer. Wir sind allesamt Laien, wir brauchen juristische und administrative Unterstützung, und das wäre meine Frage: Ob Sie sich zu diesem Zeitpunkt schon vorstellen könnten, wie so eine amtliche Unterstützung durch die Enquete-Kommission evtl. aussehen könnte?

Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, David Gill: Es ist für mich etwas schwierig jetzt, punktuell auf diese Frage einzugehen, weil die Frage der inhaltlichen Aufarbeitung natürlich etwas erdrückt wurde im letzten halben Jahr durch die Frage der Akteneinsicht und die Frage der Überprüfung. Gleichwohl ist die Abteilung Bildung und Forschung, die sich ja um diese inhaltlichen Fragen der Stasistrukturen kümmern soll, jetzt auch so weit arbeitsfähig, daß es jetzt schneller vorangehen wird. Wir suchen ganz eindeutig den Kontakt mit den Initiativen und Gruppen und wollen hier auch Unterstützung geben, muß ich einfach so sagen. Aber das ist vorhin in meinem Statement schon angekungen, ich erwarte da

natürlich auch eine gewisse Fairneß uns gegenüber, daß es nicht zu solchen Dingen kommt wie das Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen das Domaschk-Archiv, wo ich ein bißchen mehr Fairneß auch von der anderen Seite erwartet hätte. Wir sind durch das Stasiunterlagengesetz ja gehalten, selbst Dokumentationszentren einzurichten. Hier gehen die Überlegungen natürlich dahin, nicht noch mehr Pluralität zu betreiben, sondern vielleicht auch hier mit solchen Initiativen gemeinsam derartige Dokumentationszentren zu betreiben und auch zu unterstützen. Im übrigen weise ich darauf hin, daß wir ja aus dem Öffentlichkeitsfonds, den wir dieses Jahr schon hatten, aber teilweise nur ausschöpfen konnten, der ASTAK Forschungs- und Gedenkstätte ja auch 100.000,- zur Verfügung gestellt haben. Ich bin kein Haushaltsexperte und kann nicht sagen, ob wir jetzt etwas aus den Töpfen einfach hier verteilen können. Ich glaube eher nicht, dann wird uns der Haushaltsausschuß auf den Pelz rücken. Wir überlegen hier nach eine vernünftige Zusammenarbeit. Einzelheiten kann ich leider noch nicht nennen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Wir haben von gutem Willen in der Vergangenheit gehört und in der Zukunft, wenn ich das richtig verstanden habe. Das ist ganz sicher ein Thema, das hier im Detail nicht geklärt werden kann. Ich bitte jetzt ein letztes Mal die Obleute in genau der umgekehrten Reihenfolge wie vorhin.

Abg. Dr. Schmieder (F.D.P.): Herr Vorsitzender, ich darf aufgrund dessen, daß ich in der ersten Runde nicht antworten konnte, noch einmal darauf Bezug nehmen, mich drängt es praktisch, noch einmal meine Meinung zu sagen zu der Ordnungswidrigkeit, so wie Sie es bezeichnen, ich würde sagen zu dem Zwist zwischen Domaschk-Archiv und Gauck-Behörde. Es ist natürlich völlig richtig, daß das Stasiunterlagengesetz genau eben diese Verfahrensweise, wie sie jetzt angewandt wurde, vorschreibt oder eben als Möglichkeit vorsieht, aber ich denke, daß nun die Behörde gerade an einer wissenschaftlichen Forschungsstelle einer Bürgerbewegung zuerst aktiv wird und dort...

Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, David Gill: Darf ich ganz kurz, Herr Schmieder? Ich habe die Geschichte, wie es dazu gekommen ist, daß es nicht aus heiterem Himmel gekommen ist, vorhin deutlich aufgelistet, und von daher muß ich sagen, nehme ich diese Kritik so nicht mehr an. Ich bin für jede Kritik offen, aber gerade in diesem Fall ist ja auch einseitig berichtet worden vom Domaschk-Archiv. Das muß ich eindeutig so sagen.

Abg. Dr. Schmieder,(F.D.P.): Gut, dann darf ich trotzdem noch einmal darauf zurückkommen und die Frage nach der Verhältnismäßigkeit stellen, denn die Forderung, die jetzt erhoben wird von Herrn Zabel, die scheint mir doch recht unverhältnismäßig, wenn ich daran denke, daß wir als diejenigen, die federführend für dieses Stasiunterlagengesetz zeichnen, eine Anhörung

gemacht haben mit Vertretern der Medien, wo wir geprüft haben, ob dieses Stasiunterlagengesetz denn verfassungskonform sei oder ob wir die Medien behindern bei der Erfüllung ihres Auftrages, und dort ist uns gesagt worden von einem Vertreter eines großen Presseerzeugnisses, wenn er sich denn daran halten wollte an die Bestimmung dieses Paragraphen, dann müßte man mit mehreren LKW bei der Gauck-Behörde vorfahren. Nun muß ich daraus ganz einfach die Frage ableiten: Hat man denn bei diesem Presseorgan eine ähnliche Verfahrensweise an den Tag gelegt?

Zur Vertreterin der Arbeitsgruppe Wirtschaft vom Neuen Forum kann ich sagen: Die Empfindung, die Sie haben, teile ich vollkommen. Das ist genau das Problem, mit dem die Bevölkerung schlechthin zu tun hat, was alle in Rage bringt. Ich denke auch, wenn man das ganz schlichtweg versucht, nur mit den Instrumenten des Stasiunterlagengesetzes zu beantworten oder aufzuhehlen, dann ist dieses Gesetz überfordert, denn es regelt ja den Umgang mit den Akten. Man muß sich halt etwas anderes einfallen lassen als Würginstrument. Wir haben von Seiten der Mitglieder des Unterausschusses Stasi – und hier beziehe ich die anderen Parteien praktisch mit ein, weil wir dort eine ziemliche klare und auch eindeutige, gemeinsame Sprache sprechen – gesagt, die Gauck-Behörde liefert praktisch die Informationen über die Aktensachlage, und danach muß in jedem Gremium, welches diese Information angefordert hat, nach entsprechenden Bewertungskriterien gemessen werden. Und dort sind wir natürlich bestrebt, z. B. im Öffentlichen Dienst oder im öffentlichen Bereich, nach gleichen Bewertungskriterien vorzugehen. So hat auch der Innenminister Kriterien herausgegeben. Die Länder und Kommunen usw. sind angehalten, sich an dieser Empfehlung zu orientieren. Aber Sie wissen, wir haben ein föderatives System; ähnliches trifft auch zu auf die Verfahrensweise oder die unterschiedlichen Bewertungskriterien in den Ministerien. Und es ist im Prinzip ein offenes Geheimnis, daß zumindest vor der Sommerpause noch der Sachstand so war, daß in einzelnen Ministerien auf Bundesebene dieser oder jener, der vorher sich für das andere System sehr stark engagiert hatte, inoffiziell oder hauptamtlich, eben dort noch seinen Arbeitsplatz hatte. Ich denke unter anderem an das Wirtschaftsministerium, ich denke aber genauso gut an die Treuhand, also an eine nachgeordnete Einrichtung, und dort müssen wir ansetzen, indem wir versuchen, das auf parlamentarischem Weg im beharrlichen Gespräch mit den entsprechenden Führungspersönlichkeiten dieser Gremien zu klären.

Zum Problem der Finanzierung der Initiativen, denke ich, muß man sich mit diesem Gesamtproblem noch einmal im internen Kreis verständigen, daß man dieses oder jenes mit Bundesmitteln machen kann. Wir haben hie und da schon angedeutet, welche Möglichkeiten es gibt. Beispielsweise die Bundeszentrale für politische Bildung ins Spiel zu bringen, wäre aus meiner Sicht eine hervorragende Möglichkeit. Zum anderen darf ich auch daran erinnern, es gibt

eingetragene Vereine, die vom Land anerkannt sind, die von der Kommune anerkannt sind, und man muß natürlich als solcher Verein natürlich sich bei den entsprechenden Gremien um Unterstützung bemühen.

Zur Frage der Beschleunigung der gesetzlichen Fixierungen, was die Frage der Rehabilitierung betrifft, denke ich, ist die Enquete-Kommission an der Stelle überfordert, denn es gehört nicht zum eigentlichen Auftrag der Enquete-Kommission. Aber nun sind wir Abgeordnete ja auch noch tätig in anderen Ausschüssen, beispielsweise sind wir tätig in unserer Fraktion, und Sie können sich drauf verlassen, daß wir als diejenigen, die hier zusammensitzen, dort unsere Kraft benutzen werden, uns vorrangig für die Lösung dieser Probleme einzusetzen, so daß wir also schnellstmöglich die Frage der Rehabilitierung auch gesetzlich in den Griff kriegen. Ich möchte jetzt nicht irgendeine Zeitschiene entwickeln, Sie wissen, die Mühlen mahlen manchmal langsam, aber es ist natürlich auch schon einiges in Vorbereitung, so daß man im Prinzip zuversichtlich sein kann, daß sich in den nächsten Tagen oder nächsten Monaten einiges dreht. Von der Frau Leutheusser-Schnarrenberger, der dieses Problem bekannt ist, die aus meiner Sicht eigentlich eine ganz hervorragende Vertreterin für die Belange des Ostens schlechthin ist, haben wir also von der Seite auch eine starke Unterstützung zu erwarten.

Zur aufgeworfenen Frage der Aufarbeitungsgruppe Saalfeld, was die juristische Betreuung zur exemplarischen Aufarbeitung eines Landkreises betrifft, so kann ich sagen, das ist sicherlich ein sehr gutes Modell, was sich durchaus lohnt anzupacken. Ich zweifle allerdings, daß man jetzt in alle Sphären hineinleuchten kann. Sicherlich betrifft das jetzt nur wieder den öffentlichen Bereich, und ich muß für mich gestehen, ich bin also jetzt im Moment nicht in der Lage, da eine Aussage zu treffen, daß wir diesen oder jenen dahin abstellen zu juristischer Unterstützung. Aber man muß im Rahmen der Enquete-Kommission und vielleicht im Rahmen der Obleute noch einmal abklären, wie man derartige Angelegenheiten angehen kann, um auch nicht an die Erfordernisse der föderalistischen Zuständigkeiten dort anzubanden. Das erscheint mir ganz wesentlich.

Abg. Dr. Keller (PDS/LL): Sie hatten zwei Fragen an mich direkt gestellt. Die erste Frage: Ich bedaure es sehr, daß die Anzahl derer, die früher Verantwortung in der DDR getragen haben und heute bereit sind, sich zu dieser Verantwortung zu äußern und einen eigenständigen persönlichen Beitrag zu leisten, sehr gering ist. Ich werde selbst damit konfrontiert, daß viele nein sagen und nicht bereit sind, zumindest an Diskussionen als der ersten Form einer möglichen persönlichen Beteiligung mitzuarbeiten. Die zweite Frage, die Sie stellen, die nach den neuen Seilschaften: Ich verstehe Ihre Frage so, daß sie wahrscheinlich nicht die PDS gemeint haben, denn 80 % der PDS-Mitglieder sind arbeitslos. Sie meinten bestimmt viele ehemalige SED-Mitglieder. Da kann ich Ihnen nur antworten, was ich immer in dieser Frage sage, es gibt

keine Pauschalisierung, daß man sagt, alle weg oder alle dableiben. Wenn jemand von dem Arbeitskollektiv getragen wird, dann bin ich dafür, daß das Arbeitskollektiv darüber eine Entscheidung trifft. Wenn er nicht getragen wird, dann . . . Also entschuldigen Sie bitte, ich kann es doch jetzt Ihnen ganz leicht machen und sagen, Sie haben völlig recht. Da sind Sie nicht glücklich und ich bin nicht glücklich, weil wir das Problem nicht lösen. Das Problem können eigentlich nur die Betroffenen lösen und wir, indem wir Ihnen sozusagen Mut geben und sagen, wenn ihr könnt, müßt ihr das Problem lösen. Wir können hier keine Festlegungen treffen, wenn einer Geschäftsführer geworden ist, daß er nicht mehr Geschäftsführer ist. Also jetzt komme ich in die beschissene Situation, daß das so aussieht, als wollte ich irgendjemanden verteidigen. Jetzt erkläre ich mit aller Deutlichkeit, ich denke überhaupt nicht daran, jemanden zu verteidigen, ja, damit es da keine Meinungsverschiedenheiten gibt, erkläre ich auch, wenn welche in der Treuhand sind, die dort nicht hingehören, müssen sie weg. Es gibt doch gar keine Diskussion darüber. Ich bin auf der gleichen Position wie alle anderen, die hier diskutiert haben. Gleiches Recht für alle. Wenn einer nicht mehr kehren darf, gilt das für andere in ganz anderer Verantwortung genauso. Und eine allerletzte Bemerkung. Herr Hildebrandt, verstehen Sie es bitte nicht als Kritik, dazu hat mich das viel zu sehr bewegt, was Sie gesagt haben. Für mich ist Herr Schabowski jetzt nicht ein Beispiel ehrlicher guter Aufarbeitung von eigener Verantwortung und eigener Schuld. Ich würde sehr gern darüber mit Ihnen sprechen, aber ich muß es einfach sagen, weil Sie es hier in diesem Raum mit diesem Namen belegt haben.

Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU): Als jemand, der aus dem Westen kommt und ein bißchen was tun hatte mit dem Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen, möchte ich mich sehr herzlich bedanken für Ihre Worte und auch für das, was Sie über viele Jahrzehnte im Sinne der deutschen Sache getan haben, Herr Hildebrandt. Dies möchte ich hier auch noch einmal zu Protokoll geben

Zu den Punkten, die angesprochen worden sind, Herr Pohl und auch Herr Feist: Ich denke, wir haben es Ihnen schon einmal im privaten Gespräch eben gesagt, ich möchte es auch hier noch einmal sagen, daß der Bereich von Kultur und Kunst bei unserer Aufarbeitung eine ganz wichtige Rolle spielen wird in dem Themenbereich 2 des Rahmenplans, und Sie dürfen gewiß sein, daß die Kollegen, die sich vor allen Dingen in dieser Frage engagieren, gerade auch diesem Bereich, den Sie angerissen haben, eine große Aufmerksamkeit zuwenden wollen. Ich sage das auch deshalb, weil ich wie Sie den Eindruck habe, daß man heute über viele Bereiche spricht, über Wirtschaft, über Polizei, über Öffentlichen Dienst und ich weiß nicht was, aber daß man über den Bereich von Kunst und Kultur relativ wenig spricht, und ich denke, es ist eine Aufgabe für uns, dies dann auch entsprechend zu bewerten.

Frau Jeske, ich will nur zum Thema Arbeitsämter sagen, daß der Bundesar-

beitsminister seit etwa 1 1/2 Jahren, nein seit etwa 2 Jahren, sehr bemüht ist, in den Arbeitsämtern in wichtigen Positionen, also Leitungspositionen, Personalwechsel vorzunehmen. Auf die Schwierigkeiten, die auch da entstehen, brauche ich hier nicht näher hinzuweisen, die werden Sie kennen. Aber der Wille gerade bei Arbeitsämtern, die ja einen besonderen Berührungspunkt mit den Menschen haben, bei den Arbeitsämtern auch personell saubere Lösungen hinzukriegen, ist vorhanden, und ich glaube, hier ist auch in den vergangenen Monaten eine ganze Menge getan worden.

Dann ist gefragt worden, ob Initiativgruppen wie Sie oder auch viele andere, die ja nicht hier unter uns sind, vom Bund unterstützt werden können. Es gibt eine Regel für Zuwendungsempfänger des Bundes, daß eigentlich nur solche Gruppierungen regelmäßig vom Bund unterstützt werden können, die auch bundesweit tätig sind. Andere Institutionen werden vom Land unterstützt. Es gibt da natürlich wie von jeder Regel auch Ausnahmen, daß auch einzelne Vorhaben durchaus auch einmal von Bundesinstitutionen unterstützt werden können. Ich glaube, ich wiederhole das einmal, was ich eben sagte, daß diese Diskussion des heutigen Tages sicher auch mit dazu beiträgt, daß die Frage der Unterstützung von Initiativgruppen noch einmal sehr gründlich durchdacht werden muß, was hier machbar ist, wie man hier die Regel auslegen kann und auch wie man hier vielleicht auch flexibel die Dinge handhaben kann. Wir werden das auch in unsere Arbeit nicht nur in der Enquete-Kommission, sondern auch in den Fachausschüssen, in denen wir tätig sind, mit hineinnehmen.

Zu den anderen Fragen hat Kollege Schmieder schon einiges gesagt, dem ich zustimme, ich möchte es nicht wiederholen. Zu dem Thema Untersuchung der sozialen und politischen Struktur eines Kreises, Herr Morgenroth, Sie haben es noch einmal aufgegriffen: Lassen Sie uns darüber noch einmal nachdenken. Ich könnte mir vorstellen, aber nehmen Sie es bitte nur als einen Denkansatz, daß vielleicht der Städte-, Landkreis- und Gemeindetag, also die Arbeitsgemeinschaften, die sozusagen unterstützende Funktion ausüben für die kleineren Städte und kleineren Gemeinden und die Landkreise, auch Forschungsstellen haben, von denen vielleicht eine Hilfestellung kommen könnte. Ich sage es im Konjunktiv, ich bitte, daß wir das noch einmal überlegen dürfen, wo da Hilfsmöglichkeiten sind.

Abschließend von mir aus noch einmal herzlichen Dank auch wirklich meinerseits für diesen Tag, den wir miteinander haben konnten.

Abg. Meckel (SPD): Zur Frage der Finanzierung durch den Bund hat Frau Wilms die rechtliche Schwierigkeit eben dargelegt. Gleichzeitig denke ich, daß die Aufgabe der Initiativen unersetzbar und von bundesweiter Bedeutung ist. Denn die Aufarbeitung ist eine gesamtdeutsche Aufgabe, kann aber in diesen Bereichen, in denen Sie arbeiten, eben nur im Osten gemacht werden.

Von daher, glaube ich, gibt es Argumente dafür, und ich hoffe, daß man sich auf seiten der Bundesregierung überzeugen läßt.

Zweitens, auch ich sehe es so, David Gill hat dazu ja schon eine Bemerkung gemacht, daß es natürlich nicht so ganz einfach sein wird, daß die Gauck-Behörde einfach Geld weitergibt. Dies kann dann nur in Zusammenarbeit geschehen und mit den Aufgaben, die nach dem Gesetz der Gauck-Behörde zustehen, und man muß aufpassen, daß man die Behörde nicht überfordert. Wenn es um die Zwischenberichte der Arbeit geht, denke ich, sind unsere Interessen gleich. Gleichzeitig ist unsere Arbeit aber eben doch längerfristig angelegt und nicht sozusagen auf Ad-Personam-Fragen, sondern es geht um die Darstellung von Strukturen. Es gibt eine Vorüberlegung, das, was gestern und heute hier gesagt wurde, in einer Broschüre zu veröffentlichen. Wie dies im einzelnen zu machen ist, wird sich zeigen, aber ich denke, daß solche Dinge wichtig sind. Wir sollten das auch tun. Die Öffentlichkeit muß von dieser Arbeit erfahren und Anteil nehmen können.

In bezug auf die Rehabilitierung ist hier die Frage der Zuständigkeit angesprochen worden. Ich bin nicht ganz so zuversichtlich wie der Kollege, dessen Fraktionskollegin Justizministerin ist, hoffe aber, daß das, was er hier gesagt hat, dann auch ihrer Meinung entspricht und in dieser Weise in den Bundestag kommt. Ich würde das jedenfalls sehr begrüßen.

Zur Frage der Kirche kann ich jetzt nicht so ausführlich reden. Das wäre jetzt wirklich ein nicht nur abendfüllendes Programm. Ich bin sehr dankbar für diese Initiative, die sich hier zuletzt vorgestellt hat, und denke, daß diese Dinge weiterverfolgt werden müssen. Es ist ein Thema, mit dem wir uns beschäftigen werden, das aber Zeit braucht und von uns jedenfalls zeitlich relativ aufwendig behandelt werden wird.

In der Frage des Landkreises, der exemplarisch dargestellt oder aufbereitet werden soll, bitte ich zu verstehen, daß wir heute keine Beschlüsse fassen können. Das würde unserer Arbeitsweise nicht entsprechen, daß wir hier einfach so auf dem Podium Beschlüsse der Kommission erklären. Wir haben unsere eigene Arbeitsweise, die Themenbereiche werden durch Arbeitsgruppen vorbereitet. Wir werden es mitnehmen, verschiedene Möglichkeiten sind angesprochen. Ich denke, daß wir uns darüber ernsthaft Gedanken machen und uns dann wieder melden werden.

In der Sache Treuhandseilschaften, oder wie auch immer man die Begriffe wählt, kann ich nur sagen: Man sollte nicht vergessen, daß dies eine Bundesinstitution ist, die dem Finanzminister untersteht. Dort liegt auch die Verantwortung. Ich kann diese Forderung nur unterstützen und hoffe, daß Sie damit Erfolg haben, und würde bereit sein, mich dafür mit einzusetzen. Vielen Dank.

Abg. Poppe (Bündnis 90/Die Grünen): Ich möchte ich mich erst mal der letzten Bemerkung von Markus Meckel anschließen. Ich meine auch, man

sollte vielleicht, wenn es irgendwie geht, solche Namenslisten veröffentlichen. Natürlich muß man sich vorher eines ausreichenden Rechtsschutzes versichern. Wie das sich ja in letzter Zeit gezeigt hat, ist das nicht unproblematisch, aber gerade weil immer wieder die Menschen ja dieses Problem schildern, glaube ich, ist es auch notwendig, öffentlich diesen Nachweis zu führen.

Was die bundesweite oder die Unterstützung vom Bund angeht, sollte hier vor allen Dingen im Vordergrund stehen, daß es auch ein bundesweites Interesse gibt und daß es durchaus, da möchte ich Dir widersprechen, Markus, durchaus nicht nur ein Problem des Ostens ist...

Abg. Meckel (SPD): Die im Osten gemacht werden muß.

Abg. Poppe (Bündnis 90/Die Grünen): Gut, ich versuche, auch diese Meinung zu korrigieren, indem ich denke, es muß auch dort gemacht werden. Uns sind ja inzwischen massenhaft Versuche der Staatssicherheit bekannt, im Westen tätig zu werden, und da waren durchaus eine ganze Menge Menschen aus den alten Bundesländern involviert. Die müssen natürlich ihre Sachen selbst aufarbeiten, das können wir nun für sie nicht erledigen.

Ich bin sehr dafür, daß die Zwischenergebnisse der Enquete veröffentlicht werden. Wir haben uns gestern auch schon darüber verständigt, weil die gestrige Anhörung das ebenfalls hergab, daß es vielleicht doch im Wortlaut veröffentlicht werden sollte oder mindestens in den wesentlichen Teilen. Man könnte ja ohne Schwierigkeiten dazu übergehen, das, was an öffentlichen Veranstaltungen der Enquete-Kommission gemacht wird, und es wird ja noch sehr viele Anhörungen geben, grundsätzlich zu dokumentieren und schnellstmöglich zu veröffentlichen. Man kann damit natürlich nicht bis zum Jahre 1994 warten. Damit sollen ja eben auch Impulse gegeben werden für die Arbeit an dem Thema.

Zu dem Dachverband noch einmal, Herr Schwenke: Vielleicht sollten wir darüber nachdenken, wir haben am Sonnabend und Sonntag die Gelegenheit in diesen gleichen Räumen mit dem Forum, ob es tatsächlich solche Möglichkeiten gibt. Dann würde sich natürlich einiges an Problemen evtl. leichter klären lassen, wie z. B. die Unterstützung mit Bundesmitteln. Also man sollte das vielleicht am Wochenende aufgreifen.

Und zu Herrn Morgenroth noch einmal: Ich meine, daß die Unterstützung der Enquete für solche exemplarischen Untersuchungen möglich ist, und zwar durch historischen wie auch juristischen Sachverstand. Sicherlich nicht durch die direkten Ermittlungen vor Ort, denn das müssen Sie, glaube ich, vor allen Dingen selbst machen, aber z. B. mit dem historischen Wissen, was wir haben. Diese Ereignisse auch in den historischen Rahmen zu stellen und daraus auch vielleicht verallgemeinerbare politische Schlußfolgerungen zu treffen, das, denke ich, könnte eine Aufgabe sein, die in einem größeren Rahmen dann Ihre Initiative ergänzen könnte.

Schließlich ein letztes Wort zu Rainer Hildebrandt. Mich hat das sehr beeindruckt, wie Sie gesprochen haben, aber ich hätte auch noch einen Vorschlag oder die Hoffnung, die ich auch Ihnen gegenüber äußern will zu diesen Täter-Opfer-Gesprächen. Ich meine, daß es nicht viel bringt, wenn da immer so ein paar bereitwillige ehemalige Stasioffiziere, vielleicht aus der HVA, die sich sowieso als etwas wie eine Aristokratie der Stasi betrachten, was sicherlich nicht ganz berechtigt ist, aber daß sie sich sozusagen als Täter vom Dienst zur Verfügung stellen, um da mit gänzlich anderen Leuten, gänzlich anderen Bereichen Täter-Opfer-Gespräche zu führen. Ich glaube, da gibt es eine Grenze dessen, was damit erreicht werden kann. Was ich für nötig halte, ist die direkte Konfrontation von Opfern und Tätern. Also bringen Sie mir einen Offizier der Hauptabteilung 20 des MfS, und ich bringe Ihnen aus der gleichen Hauptabteilung mehrere Personen, die bereit wären, sich als Betroffene zur Verfügung zu stellen. Vielleicht gibt es auch Hoffnung auf einige, die als inoffizielle Mitarbeiter gearbeitet haben, wenngleich das nicht sehr viele waren, von den 100, die in meinen Papieren vorkommen, sind es bisher nur 3 gewesen. Aber vielleicht kann sich das ja erweitern, aber ich würde sehr dafür plädieren, daß man versucht, solche Konstellationen herbeizuführen, wo tatsächlich die miteinander in Bezug zu setzenden Leute sich austauschen und vielleicht ihre Probleme klären.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Danke, lieber Gerd. Meine Uhr zeigt 19.00 Uhr. Ich glaube, ich habe das auch mehrmals gestern und heute gehört, es war gut und notwendig, daß wir hier zusammengekommen sind. Ein erstes Mal, das muß vielleicht nicht das letzte Mal sein. Einlader kann ja dann jemand anders sein. Ich hoffe, daß es keine einzige Gruppe, keine einzige Initiative gibt, die jetzt in wenigen Minuten hier den Saal verläßt, von der ich nicht zumindest Name und Adresse weiß.

Von Strukturen ist immer wieder die Rede gewesen, wer für was verantwortlich oder zuständig ist, gerade bei den Problemen der Menschen, die da in der Wirtschaft heute schon wieder oder immer noch an Stellen sind. Es gibt zum Glück auch Beispiele dafür, daß man da Veränderungen bewirken kann. Es geht aber immer nur durch konkretes Tun von Menschen, die sagen können, ich kenne den nicht bloß heute, ich kenne den auch von gestern und bin bereit, das, was ich von ihm weiß, was ihn belastet, was ihn mit Schuld auszeichnet, zu benennen und meinen Namen darunter zu setzen, und dann gibt es zumindest schon die eine oder andere Chance, sich an den Richtigen zu wenden dabei, eine Veränderung zu erreichen. Bei Leitern von Arbeitsämtern ist das der Herr Franke und wenn Sie den Eindruck haben, daß Herr Franke Ihnen nicht antwortet, dann nehmen Sie Ihren Bundestagsabgeordneten in Anspruch. Der wird Ihnen dabei, so meine oder hoffe ich zumindest, behilflich sein.

Ich weiß nicht ob Sie wissen, daß es in der Treuhand nicht nur Frau Breuel gibt, sondern auch sogenannte Vertrauensmenschen, die da extra eingesetzt worden

sind. Wenn Sie den Eindruck haben, die haben Ihnen da nicht weiterhelfen können, biete ich Ihnen ausnahmsweise an, geben Sie mir diese Liste. Ich lege Sie einem Vertrauensmenschen auf den Tisch, von dem ich weiß, daß er die nicht bloß in den Papierkorb steckt, sondern unter das Kopfkissen legt.

Es ist vielleicht kein Zufall, daß hier ein Brief auf dem Tisch liegt von heute, mir eben in die Hand gedrückt. Ein Stadtverordneter teilt hier mit zur Information, in der Stadt Leipzig habe eine Personalkommission gerade begonnen, Mitarbeiter auf sensiblen Stellen des Öffentlichen Dienstes, insgesamt etwa 25.000 Mitarbeiter, anhand eines Fragespiegels und durch Befragung der Betreffenden auf besondere Systemnähe zum SED-Regime zu überprüfen und dem Oberbürgermeister Empfehlungen zu übergeben; Richtung Kündigung oder Umsetzung oder Weiterbeschäftigung.

Ich glaube, bevor ich dann noch ein Wort des Abschiedes sage, sollte David Gill noch einmal die Möglichkeit haben. Du wirst zumindest noch einmal sehr direkt angefragt, wie das mit der Gleichbehandlung, wenn ich das richtig verstanden haben, von „Spiegel“ und „Domaschk“ ist.

Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, David Gill: Vielleicht eines noch zuvor, Herr Schmieder. Sie haben das Glück, Bundestagsabgeordneter zu sein und in Ihren Handlungen relativ frei. Wir haben das Pech, von Ihnen ein Gesetz bekommen zu haben, nach dem wir nun handeln müssen. Dieses Gesetz kann man auslegen, das hat Gerd Poppe gesagt, das haben wir auch getan im übrigen. Die Geschichte habe ich erzählt. Es spielen dann im Endeffekt auch menschliche Enttäuschungen eine Rolle, das muß man ganz eindeutig sagen. Aber wir sind nicht mit dem Staatsanwalt angerückt, sondern es hat eine Vorgeschichte gegeben. Was dieses ominöse Nachrichtenmagazin betrifft, auch von dort haben wir Materialien angefordert und haben sie bekommen. Und genau dies wollten wir beim Domaschk-Archiv nicht, sondern wir wollten mit ihm zusammen diese Akten auflisten bzw. darüber reden, was kann bei euch bleiben, was müßt ihr uns geben und ihr bekommt eine Kopie, unter Umständen in Einzelfällen geschwärzt. Mit der ASTAK haben wir das gemacht, und ich denke, seitdem ich mit denen gesprochen habe, das war ein einvernehmlicher Weg. Also wir haben jedenfalls einen gesunden Weg gefunden, und wir haben die Akten nicht aus der ASTAK rausgeschleppt. Einzelne vielleicht, wenn es im Sinne des Gesetzes nötig war. Aber dieses Gesetz, Herr Schmieder, haben Sie verabschiedet.

Abg. Dr. Schmieder (F.D.P.): Sie können sich glücklich schätzen, daß das Gesetz da ist, sonst hätten wir überhaupt keine Handlungsmöglichkeiten.

Vorsitzender Eppelmann: Na hervorragend, nun sind Sie beide glücklich, herzlichen Dank. Ich glaube, das war ganz gut, daß Du noch einmal reagiert hast, weil daran vielleicht deutlich wurde, daß die Mitarbeiter Deiner Behörde nicht mit der Kalaschnikow durch die Gegend laufen, sondern nur versuchen,

den Rahmen auszufüllen und dem zu entsprechen, der ihnen vorgegeben ist. Das ist nicht immer das, was sich jeder wünscht, aber das ist auch so.

Ich möchte Ihnen allen nochmals herzlich danken, auch den guten Geistern im Hintergrund, die dafür gesorgt haben, daß wir hier Mikrophone fanden, Nahrung fanden, Trinken fanden, saubere Räume fanden, daß wir überhaupt dieses Haus hier haben, also auch ein Dank an Leipzig und die Gastgeber hier. Ich wünsche allen einen guten Heimweg, besonders denen, die es weiter haben als die, die in Leipzig wohnen.

Kommen Sie gut nach Hause, lassen Sie es sich gut gehen. Ich hoffe, jeder hat begriffen, daß die, die hier im Raum sind, Verbündete sind. Menschen, die an der gleichen Strecke etwas miteinander erreichen wollen. Auf Wiedersehen. Herzlichen Dank.

Ende der Sitzung 19.00 Uhr